

Ausgabe  
Groß-Berlin

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Stegerwalds Heilsbotschaft

## Die Arbeitslosigkeit ist billig!

Wachsendes Erwerbslosenheer — Sinkende Soziallasten

### Strafanträge gegen die Nazi-Helden vom Kurfürstendamm

Berlin, 6. November.

Der Staatsanwalt beantragte im Heildorf-Prozeß gegen den Grafen Helldorf und gegen den Stabsleiter Ernst wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Aufreizung zum Klassenkampf je drei Jahre Gefängnis und wegen Beleidigung 300 Mark Geldstrafe und ersatzweise 30 Tage Gefängnis mit der Maßgabe, daß die Geldstrafe durch die Untersuchungshaft als verbüßt gilt,

gegen den Angeklagten Brandt wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Aufreizung zum Klassenkampf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat und zwei Wochen der Untersuchungshaft und Einziehung des Kraftwagens,

gegen die Angeklagten Damerow, Schulz, Hoff und Hagemeister wegen einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Aufreizung zum Klassenkampf je 1 Jahr Gefängnis und Einziehung des Motorrades, gegen Samerski wegen einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Aufreizung zum Klassenkampf 9 Monate Gefängnis.

Weiter beantragte die Staatsanwaltschaft, den von Helldorf und Ernst beleidigten Zeugen Deterding und Simon die Befugnis zu geben, die Verurteilung des Grafen Helldorf wegen der Beleidigung im „Berliner Tageblatt“, der „Deutschen Allgemeinen-Zeitung“ und im „Berliner Lokalanzeiger“ öffentlich bekannt zu geben.

### Streik in der Kölner Metallindustrie

Köln, 6. November.

In einem Teil der hiesigen Metallindustrie ruht seit heute morgen die Arbeit. Insgesamt sind 4000 Mann der Arbeit ferngeblieben... Der Streik dreht sich vor allem um die Frage, ob Akkordlöhne noch über den Prozentsatz hinaus gekürzt werden können, um den der Stundenlohn bei dem letzten Schiedsspruch gekürzt worden war. Er hat seine Ursache darin, daß heute früh in einigen der größten Metallwerke Kölns Anschläge angebracht waren, durch die der Arbeitsvertrag zum Ende der laufenden Woche gekündigt wurde und neue Arbeitsverhältnisse auf der Grundlage der neuen Abkommen über Lohn und Arbeitszeit und des Rahmenvertrages angeboten wurden. Die Arbeitnehmer faßten diesen Anschlag als Aussperrung auf und 4000 Arbeiter blieben der Arbeit fern. Die übrigen 8000 von den insgesamt 12 000 in der Kölner Metallindustrie Beschäftigten arbeiten weiter, da sie in Betrieben tätig sind, die sich mit ihnen verständigt haben. Der in den Betrieben angebrachte Anschlag besagt auch, daß die Fortsetzung der Arbeit als Einverständnis mit den neuen Arbeitsbedingungen gilt, die die Firmen durch Kündigung der alten Verträge für ihre Betriebe festgesetzt haben.

Die Gegensätze in der Kölner Metallindustrie, wie in der Metallindustrie überhaupt, wachsen immer mehr an. Es macht sich immer mehr die Kampf Stimmung und ein Streikwille bemerkbar. Die Arbeiter fühlen, daß es jetzt um eine die ganze Arbeiterklasse treffende Entscheidung geht.

Der Stand der Arbeitslosigkeit in Oesterreich. In der zweiten Oktoberhälfte ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Oesterreich um rund 15 600 auf 225 100 gestiegen.

### Bemerkenswertes Geständnis des Reichsarbeitsministers

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat vor dem Reichsausschuß der Zentrumspartei darüber gesprochen, wie groß tatsächlich der soziale Abbau in Deutschland bereits geworden ist. Er stellt fest:

„Im sozialen Abbau ist schon viel mehr geschehen, als die Öffentlichkeit glaubt. An der Arbeitslosenfürsorge sind mindestens 750 Millionen in den letzten Jahren praktisch gekürzt worden.

Wir haben im nächsten Winter zwar eine größere Arbeitslosigkeit als im letzten Winter zu erwarten, aber sie wird uns nicht mehr kosten als im letzten Winter.

Wenn man bei der Arbeitslosenversicherung allgemein die Bedürftigkeitsprüfung durchführt und außerdem die Sätze auf das Maß der Krisenfürsorge herabsetzt, so spart man von den drei Milliarden, die gegenwärtig die Arbeitslosenfürsorge im ganzen kostet, allerhöchstens hundert Millionen Mark. Weitere Ersparnisse sind in der Arbeitslosenfürsorge nicht zu schaffen, wenn nicht eine Preissenkung großen Stils kommt. Dabei muß ich gegenüber gewissen kommunalen Spitzenorganisationen ganz deutlich aussprechen: Wenn Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Reich gegenwärtig 75 Prozent der Kosten für die Arbeitslosenfürsorge aufbringen, dann können diese Mittel nicht einfach den Gemeinden zur Verwaltung übergeben werden. Darüber ließe sich erst nach einem gründlichen Umbau des

Steuersystems reden. Wer die Ausgaben macht, muß auch für die Einnahmen sorgen und nicht umgekehrt.

In der Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind achtzig bis neunzig Prozent von dem, was man abbauen konnte, bereits abgebaut worden, so daß hier große Veränderungen nicht mehr möglich sind. In der Invaliden- und Unfallversicherung werden wir noch zu größeren Veränderungen kommen müssen. Es bleibt im übrigen dabei, daß ich den Kern der Sozialversicherung zu erhalten suche und ebenso den Kollektivvertrag und die Verbindlichkeitserklärung, wenn auch in der Handhabung Änderungen in mancher Hinsicht getroffen werden müßten. Darüber wird in der nächsten Woche im Unterausschuß des Wirtschaftsbeirats gesprochen werden.“

Der Minister gegen die Arbeiter gibt hier also zu, daß die Sozialreaktion noch viel weiter fortgeschritten ist, als man zahlenmäßig bisher gerechnet hat. Er meint, daß trotzdem „ein Volk von 60 Millionen nicht Selbstmord verüben wird.“ Er sollte sich einmal die Chronik der Selbstmorde zur Hand nehmen, um die Verzweiflung des Volkes zu begreifen. Das Volk wird gewiß nicht Selbstmord verüben, aber es wird sich gegen diejenigen wenden, die es durch maßlose Ausbeutung zur Verzweiflung bringen. Es wird sich gegen den Mord an Gesundheit und Leben, der in diesen Ziffern eingeschlossen ist, zur Wehr setzen.

### Der Vertreter seiner Klasse

#### Brünings Winterprogramm

Der Reichskanzler Brüning war in letzter Zeit sehr schweigsam. Angesichts der Fehlschläge seiner Politik, die zu einer immer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise, zu einer Katastrophe der Finanzen führt, zog er es vor, sich hinter dem Wirtschaftsbeirat in Deckung zu begeben. Nunmehr hat er auf der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei in einer großen Rede das Wort zu seiner Verteidigung genommen. Wir möchten meinen: eine schlechte Verteidigung, einer noch schlechteren Politik.

Brüning verteidigt zunächst die Methode der Notverordnungen. Er meint, daß die agitatorischen Reden der Parteien sie daran hindern, notwendige Entschlüsse, worunter Sparmaßnahmen und Lohnabbau zu verstehen ist, zu fassen. Brüning sieht in den den Notverordnungen vorangehenden Verhandlungen mit den Parteien und Interessenten einen ausreichenden Ersatz für den Parlamentarismus, wobei er die interessante Feststellung trifft, daß vor den Notverordnungen jeweilig das Terrain so sondiert wurde, daß sie mit einiger Gewißheit vor der Gefahr einer Ablehnung geschützt waren. Man darf also annehmen, daß auch die Sozialdemokratie immer, auch im Juni, unterrichtet war und ihre Zusage gegeben hatte. Im übrigen kündigt er an, daß er künftig „noch mehr parteiungebunden als bislang“ regieren werde.

Brüning hat eine besonders schwere Stellung gegenüber den Arbeitermittlungsstellenvertrern seiner Partei Seine Politik, die ihn von der „Wirtschaft“, und das heißt von den Industriellen und Bankiers, aufgezungen wird, verelendet durch Herabdrückung der Löhne nicht nur die Arbeiter, sondern — über die Schrumpfung ihrer Kaufkraft — auch die auf die Arbeiterkäufer angewiesenen Gewerbetreibenden und Landwirte. Dieser Zusammenhang ist insbesondere in der Landwirtschaft ganz offenkundig. Brüning stellt fest, was festgehalten werden muß:

„Wir haben praktisch doch jede Vieheinfuhr unmöglich gemacht. Wir sind also sozusagen zu dem lückenlosen Schutz in dieser Beziehung gekommen, der jahrzehntlang die Forderung der Landwirtschaft war.“

Brüning weiß, daß gerade der lückenlose Zollschutz die Landwirtschaft absolut abhängig von der Kaufkraft der Massen macht, daß der Absatz der Konsummittel überhaupt immermehr einschrumpfen muß, wenn die Schere der Kaufkraft und Produktionsfähigkeit immer mehr auseinanderklafft. Aber Brüning findet nur Worte, nichts als Worte, die nicht binden und nicht verpflichten:

„Notwendig ist es aber, daß erstens die Selbstkosten der deutschen Wirtschaft zuvor insgesamt gesenkt werden, und unsere Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuerhalten, daß aber dabei unter dem Problem Selbstkosten nicht einseitig das Lohnproblem verstanden wird.“

Wenn Worte einen Sinn haben, dann ist der Sinn dieser Worte der, daß alles bleibt, wie es gewesen ist. Die Preise

### Franz Künstler kneift!

Die Reichswehr zieht ihre Strafanzeige zurück

Der Berliner Bezirksvorsitzende der SPD, Abgeordneter Franz Künstler, hatte am 7. September 1930 in einer Wahlversammlung seiner Partei, die im Berliner Sportpalast stattfand, in der Polemik gegen die Kommunisten behauptet, das Wahlprogramm der KPD „zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ sei

die Frucht von Verhandlungen, die Offiziere der russischen Armee in Deutschland mit Offizieren des Reichswehrministeriums gepflogen hätten.

Die Mitteilungen Künstlers wurden unter anderem im „Berliner Tageblatt“ wiedergegeben, von dem ein Redaktionsmitglied Ohrenzeuge gewesen war. Dieser bürgerliche Redakteur hatte sich höchst gewissenhaft vor der Veröffentlichung noch einmal bei Künstler erkundigt, ob er denn wirklich richtig gehört habe und ob Künstler ernsthaft seine Angaben aufrechterhalten wolle. Künstler bestätigte seine Mitteilungen noch einmal ausdrücklich.

Das Reichswehrministerium aber bestritt die Angaben, die Künstler gemacht hatte und verklagte ihn schließlich wegen Beleidigung.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg fand heute die Verhandlung gegen den Abgeordneten statt; ihm stand Rechtsanwalt Otto Landsberg zur Seite. Bei Beginn der Verhandlung gab erst Landsberg und nach ihm auch der Angeklagte die Erklärung ab,

daß er die ihm zugeschriebenen Äußerungen niemals getan hätte.

Der als Zeuge anwesende Redakteur des „BT“ wurde nicht vernommen.

Darauf regte der Vorsitzende Vergleichsverhandlungen an, und der Vertreter des Reichswehrministeriums, der Kapitän zur See

Götting, übrigens ein Bruder des kürzlich verstorbenen Ehrhardt-Mannes, eilte ans Telefon, um das Einverständnis des Reichswehrministeriums zur Einstellung des Strafverfahrens gegen Künstler einzuholen. Nach kurzer Zeit erschien er wieder im Gerichtssaal und gab die Erklärung ab, daß Reichswehrminister Groener angesichts der befriedigenden Erklärung Künstlers die Strafanzeige zurücknehmen wolle.

Der Rückzug, den der Berliner Bezirksvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei mit seinem Auftreten vor Gericht vollzog, ist vollkommen.

Danach wird man in Zukunft wohl gut daran tun, Äußerungen Künstlers mit größter Vorsicht aufzunehmen.

### „Ja, es müssen Köpfe rollen!“

Urteil gegen Nazi-Redakteur — Aber mit Strafaussetzung

Sagen, 6. November.

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Redakteur Max Fischer vom „Freystädter Tageblatt“ wegen Beleidigung und Bedrohung des preußischen Innenministers zu einem Monat Gefängnis. In den Schlußworten des betreffenden Artikels „Ja, es müssen Köpfe rollen!“ erblickte die Anklage ferner eine Aufforderung zum Bürgerkrieg. Der Innenminister selbst hatte Antrag wegen Beleidigung gestellt. Das Schöffengericht erkannte nach längerer Verhandlung auf das oben erwähnte Urteil, und zwar wegen Bedrohung und Beleidigung des preußischen Innenministers und wegen groben Unfugs. Da der Verurteilte noch unbestraft ist, wurde ihm Strafaussetzung beidreijähriger Bewährungsfrist zugewilligt unter der Bedingung, daß er binnen eines Monats nach erfolgter Rechtskraft des Urteils 130 Mark an die Gerichtskasse in Glogau abführt.

bleiben gebunden, die Löhne werden gesenkt. Und Brüning kommentiert nur diesen Sachverhalt, wenn er fortfährt:

„Ich glaube, daß es wohl die Möglichkeit gäbe, wenn man frei von politischen Stimmungen und Leidenschaften sich zwischen den Berufsgruppen überhaupt und auch über die Tarifffrage und die unbedingt notwendige Elastifizierung der Tarifverträge unterhielte, zu einer Verständigung zu kommen.“

Brüning hofft noch immer, daß der Wirtschaftsbeirat, als das tagende Organ seiner konservativen Republik, diese Funktion der Verständigung erfüllen wird. Er begreift nicht, daß der elementarste

Klassenkampf sich an seinen papierenen Ausgleich zwischen den Klasseninteressen nicht hält und der Klassenkampf von oben — die Lawine des Lohnabbaues, der Tarifkündigungen, der Arbeitskündigungen — wie der der Arbeiter im Kampfe um ihr Existenzrecht einen zerstörenden Strudel erzeugt, in dem der zaudernde und passive Kanzler samt seinem Wunschtraum einer sozialkonservativen Republik hinabgerissen werden wird. Die Wirtschaftskrise bricht alle Brücken über der Kluft zwischen den Klassen ab. Sein oder Nichtsein, das allein ist die Frage für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Klasse steht gegen Klasse. Front bildet sich gegen Front: Die Kapital- und Faschismus, dort Proletariat und Sozialismus!

## Katz-Mausespiel in Braunschweig

# Klagges amüsiert sich

Der „Volksfreund“ erneut verboten

Braunschweig, 6. November.

Der braunschweigische Innenminister Klagges hat, wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, das örtliche Organ der SPD, den „Volksfreund“, erneut auf acht Tage verboten, und zwar weil in dem Blatt in einem Landtagsbericht unter der Überschrift „Minister Klagges provoziert“ sich ein Zwischentitel befand „Der Minister entschuldigt den Mord an Fischer“. Das Verbot trat sofort in Kraft. Es umfaßt gleichzeitig alle im gleichen Verlag erscheinenden Kopfbücher, so daß also acht Tage lang in Braunschweig keine sozialdemokratische Zeitung erscheinen kann.

Die Begründung des Verbots hat folgenden Wortlaut:

„Der „Volksfreund“ hat in seiner Nummer vom 4. November einen Bericht über die Verhandlungen in der Landtagssitzung vom 3. November gebracht. In diesem Bericht heißt es einmal: „Minister Klagges provoziert“ und später: „Der Minister entschuldigt den Mord an Fischer“. Diese in Fettdruck und als besondere Überschriften hervorgehobenen Stellen des Berichts entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Der Minister Klagges hat vielmehr ganz ausdrücklich Stellung gegen alle Auswüchse genommen, indem er erklärte, selbstverständlich mißbillige ich gleichfalls jeden Uebergriff. Gegenüber dieser klaren und eindeutigen Äußerung des Ministers können die angefochtenen Berichtstellen nicht anders gewertet werden als der Wille und die Absicht, dem Minister wider besseres Wissen in seinem Ansehen herabzusetzen. Ganz zweifellos wird durch diese unrichtigen und unwahren Behauptungen der Minister Klagges als leitender Beamter des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht, so daß der Tatbestand des § 1 Ab-

satz 1 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 gegeben ist.“

Wenn ein Nazi-Minister im Landtag von „marxistischem Mob“ spricht, so ist das natürlich keine Provokation, sondern ein liebenswürdiger Scherz. Wenn ein Nazi-Minister von einem viehisch durch seine Parteifreunde Gemordeten achselzuckend sagt, er habe eben „für einen Schuldigen hüben müssen“, so ist das keine Entschuldigung für die feige Bluttat, sondern...? Ja, das weiß nur Herr Klagges!

Die Situation ist ja wohl klar. Unter dem Schutz der Notverordnung verbietet Klagges jede Zeitung, die ihm nicht gefällt, läßt die Beschwerde einige Tage liegen, und bis schließlich eine Entscheidung eingetroffen, ist das Verbot abgelaufen, um an einem der nächsten Tage wieder für acht Tage erneuert zu werden.

Dem Katz-Mausespiel sind keine Grenzen gesetzt, denn wir fürchten, die Anrufung des Reichskanzlers Brüning durch den „Vorwärts“ wird auf taube Ohren treffen. „Herr Reichskanzler, blicken Sie nach Braunschweig!“, so ruft entsetzt der „Vorwärts“. „Der Minister Klagges macht aus diesem Land einen Gefahrenherd erster Ordnung.“ Ja, das ist das Ende von „Ruhe und Ordnung“. Der Reichswehrminister — pardon, der Reichsinnenminister, wird sich in seinem Ressort nicht vorgreifen lassen, er hat ja seine Gewährleute in Braunschweig. Und Braunschweig ist nicht Sachsen, und Klagges ist nicht Zeigner. Und außerdem schreiben wir 1931. Dahin kommt man schließlich durch allzu eifrige Koalitions- und Tolerierungspolitik.

der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Nationalsozialisten gegen die Stimmen der Arbeitsgemeinschaft der Nationalen Mecklenburger zugestimmt.

## Erfolgreiche Ministerpräsidentenwahl in Oldenburg

Oldenburg, 5. November.

In der heutigen Landtagssitzung wurde seitens der Nationalsozialisten der Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Boehmcker als Ministerpräsident vorgeschlagen. Bei der Abstimmung wurden 23 Stimmen für ihn abgegeben und 25 weiße Zettel. Da die absolute Mehrheit für die Wahl eines Ministers erforderlich ist, war die Wahl erfolglos. Gegen den Kandidaten stimmten die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Kommunisten und der Staatspartei.

Nach der Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag auf Neuwahl eines Ministerpräsidenten wurde auch der von den Nationalsozialisten gestellte Antrag auf Auflösung des Landtages abgelehnt. Zur Annahme eines solchen Antrages ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Der Antrag erzielte aber nur 25 von 48 Stimmen.

## Entlastungszeugen für die Hamburger Mordbanditen

Hamburg, 5. November.

In der heutigen Verhandlung im Henning-Prozess wurden mehrere Führer der NSDAP vernommen. Der Sturmbannführer Oberleutnant a. D. Stäublin erklärte, daß die beiden Opfer des Attentats den Nationalsozialisten kaum dem Namen nach bekannt gewesen seien. Gauleiter Kaufmann, der als nächster Zeuge vernommen wurde, ist nur politischer Leiter und hat mit SA-Angelegenheiten nichts zu tun. Geschäftsführer von Alwoerden, Mitglied der Bürgerschaft, hatte, als er von der Tat erfuhr, Jansen und Hückmayr zu sich bestellen lassen und ihnen erklärt, sie müßten sich bei der Polizei stellen.

Die Sitzung wurde dann auf Sonnabend vertagt.

Irisches Antidumping-Gesetz. Der Senat hat den gestern von der Kammer angenommenen Antidumping-Gesetzentwurf gebilligt. Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

# MacDonalds Schutzzoll-Kabinett

Neville Chamberlain Schatzkanzler — John Simon Außenminister

London, 6. November.

Gestern abend wurde das neue Kabinett MacDonald fertiggestellt. Die Ministerliste umfaßt 20 Namen.

Die einzelnen Posten wurden folgendermaßen besetzt:

Premierminister: Ramsay MacDonald, Lord-Präsident des Rates: Baldwin, Schatzkanzler: Neville Chamberlain, Präsident des Handelsamts: Sir Walter Runciman,

Außenminister: Sir John Simon, Innenminister: Sir Herbert Samuel, Lordsiegelbewahrer: Snowden, Staatssekretär für Indien: Sir Samuel Hoare,

Staatssekretär für die Dominions: J. H. Thomas, Staatssekretär für Kolonien: Cunliffe-Lister,

Kriegsminister: Lord Halsham, Luftfahrtsminister: Lord Londonderry, Marineminister: Sir Bolton Eyles-Moncell, Gesundheitsminister: Sir Hilton Young, Bildungsminister: Sir Donald Maclean, Lord Kanzler: Lord Sankey, Staatssekretär für Schottland: Sinclair, Landwirtschafts- und Fischereiminister: Sir John Gilmeur,

Arbeitsminister: Sir Henry Betterton, Erster Kommissar für öffentliche Arbeiten: Ormsby-Gore.

Die 20 Mitglieder des neuen Kabinetts setzen sich aus 11 Konservativen, 5 Liberalen und 4 Angehörigen der „Nationalen Arbeiterpartei“ zusammen.

Die englische Presse begrüßt im allgemeinen das Kabinett mit großem Wohlwollen. Die Times zum Beispiel sagen, daß MacDonalds Stellung außergewöhnlich stark sei.

Das Daily Mail spricht von einem der stärksten und fähigsten Kabinette der Neuzeit.

Financial News unterstreicht das persönliche Ansehen und die finanzielle Sachkenntnis der Kabinettsmitglieder, bedauert allerdings, daß nicht mehr jüngeres Blut in die Regierung gekommen ist.

Es ist ein Lob, das dem früheren Ar-

beiterpartei-MacDonald eigentlich zu denken geben müßte! Die Zusammensetzung des Kabinetts zeigt eine entschiedene Wendung nach rechts, zum Schutzzoll. Es ist dem Ministerpräsidenten nicht gelungen, den eingefleischten Schutzzöllner Neville Chamberlain von dem wichtigsten Amt des Schatzkanzlers fernzuhalten. Der Präsident des Handelsamts, Sohn eines großen Schiffahrtsmagnaten, einstmals Freihändler, ist schon längst zu den Schutzzöllnern übergegangen. Das Blatt der Arbeiterpartei, der Daily Herald, bemerkt zur Kabinettsbildung:

„Das in der ersten nationalen Regierung vorhanden gewesene Gleichgewicht der Parteien ist verloren gegangen, da jetzt die Konservativen mit elf Ministern die Mehrheit haben. In der Zolltarifffrage ist das Übergewicht der Konservativen noch deutlicher, denn darin werden die elf konservativen Minister verstärkt durch die zwei Simonliberalen und den Staatssekretär für die Dominions, Thomas. Abgesehen davon, meint das Blatt dann weiter, sei das Übergewicht der Schutzzöllner im Ministerium aber nur ein Symbol für ihr Übergewicht im Unterhaus. Die Massen der konservativen Parlamentarier würden die Politik des Kabinetts diktiert und entscheiden, und wenn sie mit dieser Politik unzufrieden seien, werde es ihnen nicht an Führern fehlen.“

Der neue Außenminister Simons ist bekannt als tüchtiger Rechtsanwalt. Daily Mail schreibt über ihn:

„Simons' Fähigkeiten werden England auf dem Gebiete der Außenpolitik zugute kommen, wo die Frage der Kriegsschulden und Reparationen bald einen breiten Raum einnehmen wird.“

Ähnlich äußern sich News Chronicle, Daily Herald und Daily Telegraph.

„Auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten — so erklärt Morning Post — kann England keinen überzeugenderen Advokaten als John Simon haben.“ Das Blatt hofft, daß Sir John Simon zusammen mit dem Staatssekretär für Indien, Sir Samuel Hoare, der „verhängnisvollen Politik der Kapitulation gegenüber einer aufrührerischen Organisation in Indien“ ein Ende machen wird.

# Achtet Verträge!

## Owen D. Youngs Mahnung an Deutschland

Das Reparationsgespräch zwischen Berlin und Paris ist in Gang gekommen. Es wäre nun an der Zeit, sich von Illusionen loszulösen, die sich vor allem an eine Unterstützung Deutschlands durch Amerika knüpfen. Die deutsche Presse tut im allgemeinen das Menschenmögliche, um solche Vorstellungen zu nähren (die Nachrichtenbüros lassen's erst recht nicht daran fehlen), obwohl gar kein Zweifel besteht, daß Amerika heute viel mehr in der Hand Frankreichs ist, durch die kurzfristigen Kredite, die es von dort bezogen hat, als umgekehrt. Die Attacke des Senators Borah ist, um nur ein Beispiel zu erwähnen, in Deutschland mit ganz anderem Jubel aufgenommen worden als in den Vereinigten Staaten. Dort hat man diesen Husarenritt keineswegs begrüßt, im Gegenteil, als die unzeitgemäße Explosion eines Hinterwäldlers eingeschätzt. In der deutschen Presse freilich las man's anders.

Zur Ernüchterung kommt aber jetzt eine Äußerung des Mannes, nach dem der Youngplan benannt ist, nämlich Owen D. Youngs. Dieser Mann der Wirtschaft hat den Chefredakteur des „Matin“ in einem Interview unter anderem erklärt, er habe die Ueberzeugung, „daß der Mechanismus des Youngplans auch heute noch gut brauchbar ist, wenn man nur mit gutem Glauben und gutem Willen daran geht.“

Owen D. Young fuhr dann fort: „Was heute, wo man immer von der Wiederherstellung des Vertrauens spricht, vor allem notwendig ist, ist

die Wiederherstellung der Achtung vor der einmal gegebenen Unterschrift.“

Wenn ein Vertrag frei unterzeichnet worden ist, muß er auch innegehalten werden. Diese Regel gilt für Staatsverträge ebenso wie für Privatverträge. Verstößt man gegen die einen, dann kann man auch gegen die anderen verstößen. Damit aber tötet man den Kredit. Man greift heute allzu leicht zu dem Ausweg eines Moratoriums. Ein Moratorium ist, wie ich selbst dem Präsidenten Hoover erklärt habe, so etwas wie das Standrecht oder der Belagerungszustand. Man kann in gewissen Ausnahmefällen den Belagerungszustand verhängen, aber man kann nicht ewig unter ihm leben. Je eher man damit aufhört, um so besser ist es.“

Dieser Ausspruch ist allerdeutlichst an die deutsche Adresse gerichtet. Eine bittere Pille! Ob man sie schlucken wird? Deutschland genießt den üblen Ruf in weiten Kreisen des Auslands, daß es ebenso leicht Verträge unterschreibt wie es seine Unterschrift vergißt. Man sieht in ihm einen Verhandlungs- und Vertragspartner, den man nur mit Vorsicht genießen darf. Ein Vertrauensverhältnis — und Kredit heißt bekanntlich Vertrauen — wird erst möglich sein, wenn Deutschland sich in dieser Beziehung rehabilitiert hat. Uebrigens: das mit dem Belagerungszustand — „Ihnen ins Ohr gesagt, Herr Brüning!“

## Brüning gegen Inflation

Brüning hat wiederholt, soeben erst vor dem Reichsausschuß der Zentrumsparlei, sich gegen Inflation ausgesprochen. Wie wir hören, spielt die Frage der Inflation dennoch eine entscheidende Rolle in den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates. Tatsächlich wird die Lage der Reichsfinanzen immer bedrohlicher. Der Steuerausfall wächst und wird erst in voller Höhe sich auswirken, wenn im Jahre 1932 die Steuereingänge auf Grund der Wirtschaftsabschlüsse von 1931 eingehen oder eingehen sollen.

Noch immer ist nicht abzusehen, ob und wie das Stillhalteabkommen verlängert und endgültig geregelt wird. Auf der anderen Seite drängt die Lage der Industrieunternehmungen — deren große Konzerne insbesondere völlig festgefahren sind — zu einer Klärung und Bereinigung ihrer zu Buche stehenden Verpflichtungen. Daraus ergibt sich ihr Interesse, um nicht zu sagen ihr Drängen, nach einer inflationistischen Lösung.

Weiterhin... die schwere Er-

schütterung des Realkredits und die zu erwartende Aufzehrung der Sparguthaben im weiteren Verlauf des Einkommenrückganges der breiten Massen. Man rechnet allein mit einem Abzug von mehr als 1 Milliarde RM. von den Sparguthaben.

Man denkt an eine — entsprechend den englischen Verhältnissen — inflationistische Verwässerung der Währung um 20 Prozent. Für dieses Experiment wird nach unserer Information auch die Sozialdemokratie zu gewinnen sein, deren Vertreter Hilferding schon kürzlich in einem viel beachteten Artikel in der „Gesellschaft“ sich in dieser Richtung geäußert hat und der auch im Wirtschaftsbeirat für einen solchen Plan zu gewinnen sein soll.

Brünings Abneigung gegen die Inflation ist sicher ehrlich. Aber solange er und seine Berater nicht Mittel und Wege aufzeigen, um über die Finanzschwierigkeiten in anderer Weise hinwegzukommen, solange ist diese Abneigung wirkungslos. Die Krisendauer und -tiefe macht eben so oder so einschneidende Eingriffe in das kapitalistische System notwendig, zu denen Brüning sich nicht entschließen kann.

# Mecklenburg wird weiter terrorisiert

Aufhebung der SA-Kasernen vom Landtag abgelehnt

Schwerin, 6. November.

In der heutigen Sitzung des Mecklenburg-Schwerinschen Landtages verlangten die Sozialdemokraten und Kommunisten von der Regierung Maßnahmen zur Vermeidung ähnlicher Zwischenfälle, wie sie sich in Doberan und Bad Sülze anlässlich der Amtsvaterwahlen ereignet haben. In der Aussprache wurden die blutigen Vorgänge von allen Rednern bedauert. Besonders scharfe Angriffe gegen die Nationalsozialisten richteten die Abgeordneten Schulz (Sozialdemokrat) und Warnke (Kommunist).

Staatsminister Schlesinger gab seinem Bedauern über die Verschärfung des politischen Kampfes in Mecklenburg Ausdruck. Er sei, sagte er, überzeugt, daß die Gerichte die Schuldigen ohne Ansehen der Person ihrer verdienten Strafe zuführen werden. (Optimist! Red.) Der Abgeordnete Hildebrandt (Nat.-Soz.) erklärte, daß sich die Nationalsozialisten bei den Doberaner Zwischenfällen in Notwehr befunden hätten. Als der Redner die erschienenen Arbeiter als Opfer der kommunistischen Hetze bezeichnete, stürmten die Kommunisten auf ihn ein. Jedoch drängten sich Abgeordnete der Mitte zwischen die Gegner und verhinderten so tätliche Auseinandersetzungen. Nachdem noch weitere Redner der einzelnen Parteien zu Worte gekommen waren, wurden der sozialdemokratische und der kommunistische Antrag, die die Aufhebung des Umzugsverbots in Mecklenburg und Beseitigung der SA-Unterkünfte fordern, abgelehnt. Der kommunistische Mißtrauensantrag kam nicht mehr auf die Tagesordnung. Das Haus vertagte sich nach Behandlung mehrerer Eingaben.

## Notverordnungen in Mecklenburg aufgehoben

Nazis stimmen mit den Linksparteien

Schwerin, 6. November.

In der heutigen Vollsitzung des Mecklenburg-Schwerinschen Landtages wurde dem Beschluß des Hauptausschusses, die zweite Notverordnung aufzuheben, mit den Stimmen

## Ein Kinderheim brennt

Auf der Insel Föhr  
WTB. Wyk auf Föhr, 6. Nov.

In dem Kinderheim „Gudrun“ kam gestern Abend ein Feuer zum Ausbruch, dem das Heim zum Opfer fiel. Die Wehren waren zwar rasch zur Stelle, konnten aber fast nichts mehr retten. Die Kinder des Heims konnten, notdürftig bekleidet, ins Freie geschafft werden. Die an das Kinderheim angrenzende Hühnerfarm ist gleichfalls von dem Feuer, dessen Entstehung noch nicht geklärt ist, zerstört worden.

## Taubstumme vom Zug überfahren

Aus Tangermünde wird gemeldet: Als Donnerstag Abend ein Leerzug sich auf der Fahrt nach dem Hafenbahnhof befand, unterhielten sich an einem Bahnübergang die beiden Taubstummen Zigarrenmacher Ewald Schulz und Schuhmacher Franz Hustedt. Trotzdem der Zug vorschriftsmäßig beleuchtet war und sich in langsamer Fahrt befand, konnte der Führer wegen der Dunkelheit die beiden Taubstummen nicht erkennen. Schulz wurde von dem Zuge überfahren und auf der Stelle getötet. Der andere Taubstumme blieb wie durch ein Wunder unverletzt.

## Der Hunger treibt zum Verbrechen

Ausschreitungen in Hamborn  
WTB Hamborn, 6. November.

Im Stadtteil Obermarxloh kam es gestern Abend wiederum zu Ausschreitungen. Mehrere Trupps Jugendlicher drangen in Lebensmittelgeschäfte ein und raubten Brot und Fleischwaren. Als die Polizei einschritt, wurde sie mit Steinen beworfen. Die Polizeibeamten gaben Schreckschüsse ab. Als die jugendlichen Demonstranten versuchten, in einer Straße Verkehrshindernisse aus Mülltonnen zu errichten, wurden sie von der Polizei überrascht und mußten die Hindernisse selbst wieder forträumen.

## Die Krise der Schifffahrt

Die im Hamburger Hafen aufgelagerte Tonnage hat sich im Laufe des Monats Oktober weiter vermindert. Die zur Zeit im Hamburger Hafen stillliegende Tonnage von 475 000 Bruttotonnen beleuchtet kraft die Wirtschaftskrise der deutschen Schifffahrt.

## Spinale Kinderlähmung

Vier tödliche Fälle in Hagen.

WTB. Hagen, 6. November.

Wie in mehreren anderen Kreisen des Regierungsbezirks Arnsberg sind auch in Hagen Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten. Es sind bisher im Stadtgebiet 15 Erkrankungsfälle zu verzeichnen, von denen vier einen tödlichen Ausgang nahmen. Die erforderlichen seuchenpolizeilichen Vorkehrungen sind getroffen.

## Streit der Sachverständigen

Im Lübecker Prozeß

WTB. Lübeck, 6. November. In der heutigen Verhandlung im Lübecker Tuberkulose-Prozeß erstattete Prof. Schürmann-Berlin, der seinerzeit die Sektion der gestorbenen Lübecker Säuglinge vorgenommen hat, ein Gutachten über die Befunde bei den gestorbenen Kindern. Dabei kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Sachverständigen, weil Prof. Schürmann von einem anderen Sachverständigen vorgehalten wurde, daß in einigen Fällen ein Beweis für seine Diagnose nicht erbracht sei. Darauf erklärte Prof. Schürmann: „Wenn wir uns hier auf den Standpunkt stellen wollen, daß nur

das als bewiesen gelten soll, was hundertprozentig bewiesen ist, dann gibt es wohl kaum in der Medizin einen schlüssigen Beweis; dann müßte heute noch die Calmette-Fütterung fortgesetzt werden, denn es ist durch keine Sektion hundertprozentig erwiesen, daß die Tuberkulose auf den Impfstoff zurückzuführen ist.“ Schließlich erklärte Prof. Dr. Kollé, man befände sich in Lübeck doch nicht auf einem medizinischen Kongreß. Auch der Vorsitzende bat die Sachverständigen, die Darlegungen Prof. Schürmanns nicht zu kritisieren. Aus dem Gutachten Prof. Schürmanns wurde als bemerkenswert hervorgehoben, daß bei einem 61 Tage alten Kind Zuckerkrankheit festgestellt worden ist, die durch eine Primärfektion als Folge der Fütterung hervorgerufen war.

## Ein neuer Stratosphärenflug?

WTB. Brüssel, 6. Novbr.

Professor Picard erklärte in einem Presseinterview, daß demnächst ein neuer Aufstieg in die Stratosphäre stattfinden werde. Der neue Versuch soll in Augsburg gemacht werden. Den Aufstieg werden ein belgischer Physiker und ein belgischer Pilot unternehmen. Professor Picard werde nicht mitaufsteigen, aber die Vorbereitungen für den Versuch leiten. Er gibt in dem Interview seiner Meinung Ausdruck, daß ein Flugverkehr in der Stratosphäre möglich sei.

## Opiumsmuggel en gros

An Bord des Dampfers „Providence“, der aus Alexandria gekommen war und einige Stunden später nach York weiterfahren wollte, wurde in Marseille eine größere Menge Opium entdeckt. In einem Versteck fanden die Zollbeamten nicht weniger als 31 Kisten mit 1000 Kilogramm Opium. Auf Grund dieser Tatsache darf man annehmen, daß das Opium unter Beihilfe von Mitgliedern der Besatzung an Bord geschafft wurde. Vor einigen Tagen waren auf einem anderen französischen Levantendampfer 250 Kilogramm Opium entdeckt worden. Das läßt darauf schließen, daß unter Begünstigung durch die Besatzungen ein ziemlich schwunghafter Rauschgifthandel aus den Levantehäfen eingegriffen ist. Die Polizei und die Zollbehörde werden nunmehr Ueberwachung verschärfen.

## Zu Ehren Rosa Luxemburgs

CNB. Moskau, 5. November.

Die wolgadeutsche Regierung hat beschlossen, die Hauptstadt der Wolgadeutschen Republik Pokrowsk zu Ehren Rosa Luxemburgs in Luxemburgstadt umzubenennen. Der Beschluß bedarf noch der Bestätigung der Moskauer Zentralregierung. Die Umbenennung erfolgt auf Grund einer vom letzten wolgadeutschen Rätekongreß angenommenen Resolution, die die Aenderung aller mit religiösen Begriffen zusammenhängenden Ortsnamen verlangt.

## Flugzeugkatastrophe in USA

Ein Verkehrsflugzeug der Strecke Washington—New York geriet in der Nähe von Camden (New Jersey) aus noch unbekannter Ursache in Brand und stürzte ab. Aus den Trümmern der Maschine wurden fünf Leichen geborgen.

## Explosion im Geschützturm

Auf einem amerikanischen Schlachtschiff

WTB. San Pedro (Kalifornien), 6. Nov.

An Bord des Schlachtschiffes „Colorado“ ereignete sich eine Explosion während der Schießübungen bei der Insel Santa Rosa. Die Explosion erfolgte in einem Geschützturm. Das hier liegende Hospitalschiff erhielt die Nachricht, daß von der Besatzung vier Mann sofort getötet und fünf wahrscheinlich lebensgefährlich verletzt seien. Weitere fünf Mann seien schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich verletzt.

# Aufgeklärt!

## Der Raubmord am Berliner Wedding — Die Täter verhaftet und geständig — Ein vierter Mann als Anstifter festgenommen

Der Raubmord an dem 19-jährigen Arbeiter Fritz Kirchert in der Kösliner Straße 4 in Berlin, konnte im Laufe der Nacht zum Freitag durch die Mordkommission restlos aufgeklärt werden. Als Täter, die den Mord gemeinsam ausgeführt haben, wurden drei, etwa zwanzigjährige Burschen verhaftet und zwar ein Fritz Herfort aus der Grünthaler Straße 47, ein Eduard Hollmann, der in dem an der Grünthaler Straße gelegenen Laubengrund wohnt und ein Rudolf Baumann aus der Koloniestraße 129. Die Verhafteten haben inzwischen ein volles Geständnis abgelegt, auf Grund dessen am Freitag früh noch ein vierter Mann festgenommen wurde, der ihnen angeblich den Tip zu dem Raubüberfall gegeben hat. Der Name dieses Mannes wird zunächst noch geheimgehalten.

Die Mordtat hat dadurch eine so schnelle Aufklärung erfahren, daß den Brüdern von Baumann, die von der Tat erfahren hatten, das verstörte Wesen ihres Bruders aufgefallen war. Da sie anscheinend wußten, daß ihr Bruder in der Kösliner Straße 4 zu tun gehabt hatte, kam ihnen der Verdacht, daß er irgendwie an dieser Tat beteiligt sein könne. Auf ihre Fragen gestand er schließlich ein, von dem Plan gewußt, von der Ausführung jedoch Abstand genommen zu haben. Daraufhin wurde er von seinen Brüdern dem nächsten Polizeirevier und von dort aus der Mordkommission im Polizeipräsidium zugeführt, wo er bald danach das Geständnis ablegte. Er gab auch die Namen seiner Komplizen preis, die anschließend noch im Laufe der Nacht aus ihren Behausungen herausgeholt und verhaftet wurden.

Nach ihrer Angabe haben sich die Vorbereitungen zu der Tat und den Mord selbst wie folgt abgespielt: Nachdem ihnen jener vierte, vorläufig noch nicht genannte Mann den Plan genau auseinandergesetzt hatte, haben sie bereits am Vortage des Mordes den jungen Kirchert in seiner Wohnung aufgesucht, um die Oertlichkeiten auszukundschaften. Unter der Vorspiegelung, ehemalige Bekannte von ihm zu sein und mit ihm zusammen früher

dem Vergnügungsverein „Weiße Taube“ angehört zu haben, erklärten sie dem als gutmütig bekannten Kirchert, sie wollten mit ihm Besprechungen halten, um den inzwischen eingegangenen Vergnügungsverein wieder aufleben zu lassen. Als die Unterredung zu nichts führte, versprachen sie am nächsten Tage wieder zu kommen. Bei diesem ersten Besuch wurden die drei von der Mutter des Ermordeten gesehen, die deshalb in der Lage war, der Polizei das genaue Signalement der Täter zu geben.

Am Donnerstag nun wiederholten die Burschen ihren Besuch zu einer Zeit, in der Kirchert allein in der Wohnung war. Während Herfort auf der Straße Schmiere stand, gingen Hollmann und Baumann in das Haus und fanden ihr Opfer zunächst in der Küche vor. Dort begannen sie mit dem Ahnungslosen wieder ein Gespräch über den Vergnügungsverein anzuknüpfen, bis plötzlich Hollmann eine allerdings unbrauchbare Pistole zog, die er von Herfort mitbekommen hatte, und den völlig überraschten bedrohte.

Als Kirchert zu flüchten versuchte, stürzten sich beide auf ihn, versetzten ihm mit der Pistole mehrere Schläge unters Kinn, zerrten ihn über den Korridor in die Stube, warfen ihn dort aufs Bett und banden ihm Handtücher um den Hals.

Auf dem Bett hielt ihn Hollmann fest, während Baumann die Schränke durchsuchte, ohne indessen etwas zu finden. Schließlich wechselten die beiden Täter derart, daß Hollmann die Durchsuchung des Raumes und Baumann die Ueberwachung des Geknebelten übernahm. Als sich Kirchert nochmals aufzurichten versuchte, erhielt er wieder mehrere Schläge über den Kopf, brach schließlich völlig zusammen und fiel auf den Fußboden, wo ihm erneut mehrere Schläge über den Kopf versetzt wurden, die zu seinem Tode geführt haben. Die Täter durchstöberten daraufhin die ganze Wohnung, mußten aber schließlich, ohne irgend etwas gefunden zu haben, unverrichteter Dinge wieder abziehen.

# DER GAST

Von Anna Karawajewa

(Copyright by Malik-Verlag, Berlin.)

Die Tischler hatten Lohntag.

Im Kontor roch es ätzend und süßlich nach Lack, Leim, harzigen Fichtenspänen. Fröhlicher Lärm war im Raum, man kam aus den verschiedenen Abteilungen, und jeder brachte den Geruch seiner Arbeit mit.

Plötzlich schrie eine ganz junge Arbeiterin: „Seht mal her, Genossen, was für 'ne Gestalt! So 'ne Type!“

Am Tische des Betriebsratsvorsitzenden stand ein kleiner Mensch in einem selbstgewebten, bis zur Unwahrscheinlichkeit verschossenen Kaftan, den die ungeheuer breiten Schultern und der große runde Rücken beinahe sprengten. Es war erst vor kurzem richtig heiß geworden, der Mann hatte aber schon Gelegenheit gefunden, braun zu brennen: sein Gesicht mit den platten Backenknochen und die fleischigen Hände, die ein dürftiges Bündel zusammenpreßten, waren lehmfarben. Der Mann blickte von unten her mit kleinen, blaßblauen Augen, wiegte sich plump in den Hüften und schüttelte langsam, wie ein Bär, der den Vinterschlaf noch in den Gliedern hat, seine dichten, schwarzgrauen, wie Erde trockenen Haare.

Das Mädchen mußte wieder darüber lachen, wie er so mit dem Kopf schüttelte.

„Ich lach' mich direkt tot, der tut, als käme er vom Mond... Ha, ha!“

„Da ist gar nichts komisch dran, wenn ein Mensch mutterseelenallein unter unbekanntem

Leuten dasteht,“ brummte Kolossoff, der älteste Tapezierer, in seinen grauen Schnurrbart. „Ich bin selber vor fünfundzwanzig Jahren in die Stadt gekommen, genau so ungehobelt, hab genug durchgemacht, das war kein Vergnügen.“

Als Kolossoff seinen Lohn erhalten hatte, ging er an den Unbekannten heran.

„Guten Tag, Genosse.“

„Tag auch,“ antwortete der faul und unwillig.

„Von wo bist du?“

„Wer, i? ... Aus Lewochina.“

„Ist das weit?“

„Von hier, was? ... Unfhundert mit der Bahn, auf der Landstraße, da mögen's an die hundert sein.“

Er sprach langsam und mit dumpfer Stimme. Seine blaßblauen Augen betrachteten gelangweilt und kalt die Gesichter; nach Kolossoff waren noch einige herangekommen.

„Na, in welche Abteilung willst du denn?“

Er runzelte eine Wange:

„Was denn? Versteh nicht.“

„An was für 'ne Arbeit willst du?“

Am nächsten Tage rief der Betriebsratsvorsitzende aus, ein Lächeln auf seinem rotwangigen Gesicht:

„Iwan Steligin!“

Der Bauer sprang auf ihn zu:

„Hier!“

„Hier hast du dein Lohnbuch. Hier wird alles aufgeschrieben, was du gearbeitet hast. Mit dem Buch kommst du auch, wenn du Geld kriegen sollst. Verstanden?“

„Aha!“

Und sorgfältig, ganz sorgfältig, steckte er das graue Buch irgendwohin, tief in den Busen.

„Morgen geht's an die Arbeit, nicht?“

„Ja. Du gehst auf den Hof, dort siehst du's schon.“

\*

Er ging hinaus, auf den Straßen sah er sich verwirrt um, offenbar hatte er seinen Weg vergessen. Kolossoff holte ihn ein.

„Was guckst du, Steligin? Weißt du nicht, wohin du gehen sollst?“

„Hab den Gasthof verloren... Hier sollte ein Loch sein, an der Ecke, im Pflaster, ich hab's mir gemerkt, wie ich hergekommen bin...“

Er blickte mit stumpfer Müdigkeit auf die Pflastersteine und wackelte mit seiner zottigen Mütze.

„Hier ist noch so ein Bäumchen hintern Zaun, so ein dichtes... Hier müßte es sein, da, wo das Loch im Stein sein müßte, nicht?“

„Na, du bist ein Hauptkerl! Im Dorf, dort merkt man sich den Weg so, in der Stadt muß man die Straßen kennen. In was für 'ner Straße ist denn dein Gasthof?“

„Ich weiß nicht, was...“

Er runzelte seine niedrige Stirn.

„Eine gelbe Kirche ist da, nicht?, und eine Kneipe an der Ecke.“

„Ach so, das ist am Markt. Finden wir. Ich muß auch dort hin.“

Steligin seufzte auf und schurte mit seinen zertretenen und zerfetzten Bastschuhen über den Asphalt.

„Wie kommst du eigentlich in die Stadt?“

Jeden Augenblick spuckte er aus, vor Staub oder vor Automobilgestank. Ohne Eile antwortete er:

„Beim Onkel, beim Jewstignej Petrowitsch, da ist der Sohn Schreiber im Wolispolkom. Nun hat dem Sohn von Jewstignej Petrowitsch der Neffe von hier, aus der Stadt, ge-

schrieben, daß er hier einen Bekannten hat, in der Fabrik, nicht? ...“

„Na und?“

„Na und, der Neffe, der hat dem Sohn von dem Jewstignej geschrieben: also fahr mal hierher, hier ist ein Gerücht gewesen, daß Tischler im Betrieb nötig werden... Bloß gefahren ist er nicht, aber der Jewstignej hat mir dafür das Gerücht weitergegeben. Ich hab da beschlossen: ich probier's; muß doch was verdienen, nicht?“

Kolossoff staunte nur:

Menschenskind, wie kann man nur einem Gerücht aus dritter Hand glauben? Dein Glück, daß bei uns dieses Jahr eine Abteilung erweitert worden ist, sonst wärest du ganz umsonst in die Stadt angesehelt gekommen, hättest hier kalt heizen können und nix zu fressen gehabt.“

Steligin gluckste mißtrauisch:

„N-ja-a... Ein' Haufen Geld gib't in der Stadt, nicht? ... Soll's da für mich nicht langem?“

Sein unbewegtes Gesicht belebte sich sorgenvoll:

„Zwei sind wir, Brüder sozusagen, beide müssen wir heiraten, das Haus aber, das ist wie ein Topp Käse. Das ist gar keine Wirtschaft, nicht? Das steht gerade noch so, daß man es umpusten kann. Und dazu bloß ein Pferd, und dabei will doch jeder von uns allein wirtschaften, nicht? Man muß da noch 'n Haus zubauen, ein' Wallachen anschaffen...“

„Nimm eine Braut, die bißchen was mitbringt!“ scherzte Kolossoff.

(Fortsetzung folgt)

# Wirtschaft und Arbeit

## Die heutige Krise eine Krise im Niedergang des kapitalistischen Systems

Von Fritz Sternberg

Fritz Sternberg, Verfasser des Buches "Der Lohnkampf", das in den letzten Jahren starkste die marxistische Diskussion angeregt hat, hat heute seinen Einfluß durch seine Arbeit in der Arbeiterbewegung, die die Krise des kapitalistischen Systems zerschlägt. Die R.L.

Warum hat das kapitalistische Wirtschaftssystem früher die Krisen so verhältnismäßig leicht überwunden? Was lehrt uns die bisherige Krisengeschichte über die Ueberwindung der Krise?

Sie geschah auf vielfachem Wege. Sie geschah auf der einen Seite durch eine Ausdehnung der Produktion über die eigenen Grenzen, durch die Erschließung neuer Märkte. Sie geschah auf der anderen Seite durch Entwertung des Kapitals, durch starke Preissenkung. Im „Kommunistischen Manifest“ heißt es: „Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften, andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte.“ Das Auseinanderklaffen zwischen Produktion und Absatz wurde so durch Eroberung neuer Märkte wie durch „Kapitalentwertung“ ausgeglichen. Wie steht es heute mit der Eroberung neuer Märkte, mit der Durchkapitalisierung von Gebieten, die in der Entwicklung zum Kapitalismus hinter den hochkapitalistischen Zentren in Europa und Amerika zurückgeblieben sind? Nun, sie erfolgte natürlich noch, aber in verhältnismäßig so geringem Umfange, daß sie keine größere Erleichterung mehr zu bringen vermag. Die Daten über die Entwicklung des Weltaußenhandels vor der Weltwirtschaftskrise zeigen sehr deutlich das gebremste Tempo gegenüber der Vorkriegszeit. Die Epoche der großen imperialistischen Expansion über die eigenen Grenzen hinaus, die Epoche des imperialistischen Vorstoßes in größerem Umfange in Gebiete, die erst kapitalistisch zu erschließen waren — diese Epoche ist vorbei. Neue Kolonien sind nicht mehr zu verteilen; in den alten regt sich immer mehr die nationale Bewegung. Und dies in einem Zeitraum, in dem das kapitalistische Zentrum selbst immer mehr an Ausdehnung gewinnt, in dem zu den alten kapitalistischen, imperialistischen Staaten neue gekommen sind. Der gesamte Nachkriegskapitalismus zeigt so immer deutlicher das Bild: die Zahl der imperialistischen Hunde wird größer, die Zahl der Knochen, die ihnen zur Verfügung stehen, wird kleiner.

Zu der immer größeren Ausdehnung der kapitalistischen Zentren, zu der nationalen Bewegung in den Kolonien kommt noch, daß Sowjetrußland in der Durchführung seines Fünfjahresplans auf der Basis des Außenhandelsmonopols in schnellstem Tempo eine eigene Industrie aufbaut, sich so als Aufmarschgelände für die imperialistische Expansion ausschaltet, kommt weiter, daß im Gefolge des Versailler Vertrages in Europa ein Dutzend neuer Staaten entstanden sind, die ihre Zollmauern ständig erhöhen und so wiederum das Expansionsgelände der alten kapitalistischen Staaten verringern. Die Expansion nach außen kann also den Ausweg aus der Krise nicht, bzw. nur in allergeringstem Umfang schaffen. Und wie steht es mit der Ueberwindung der Krise durch Preisfall, durch Kapitalentwertung, durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften?

Im aufsteigenden Kapitalismus da waren selbst in der Krise die Arbeitslosenzahlen verhältnismäßig gering, gingen z. B. in Deutschland kaum über die halbe Million hinaus, da fiel also durch die Arbeitslosigkeit in der Krise die gesamte Lohnsumme der Arbeiterschaft verhältnismäßig nicht sehr

stark, da fielen auf der anderen Seite die Preise sehr — wir hatten damals noch im wesentlichen einen Kapitalismus der freien Konkurrenz —, da fielen die Preise stärker als die Löhne, da stieg in der Krise die Kaufkraft, der Reallohn der Arbeiterschaft, da stiegen in der Krise die Realgehälter der Angestellten und Beamten (da ja eben die Preise fielen), da stieg in der Krise das Rentner Einkommen, da stieg in der Krise die Kaufkraft eines großen Teils der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung. Industriekrise und Landwirtschaftskrise fielen in dem Vorkriegskapitalismus im allgemeinen nicht zusammen. Die Landwirtschaft gerade in Deutschland hatte in der Krise sich eine gewisse Unberührtheit, eine gewisse Immunität gegen die Krise erhalten, und so bildete sich ein Sektor innerhalb der kapitalistischen Volkswirtschaft, dessen Kaufkraft in der Krise infolge der Entwertung der Industrieprodukte stieg. Heute sind alle diese Tatbestände grundlegend geändert.

Wir haben gerade in der Weltwirtschaftskrise die Gleichzeitigkeit, die Parallelität zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Krise festzustellen. Die Weltwirtschaftskrise wird aufs erheblichste dadurch verschärft, daß zur industriellen Ueberproduktion die landwirtschaftliche hinzugekommen ist. Und das ist kein zufälliges Ereignis, kommt nicht daher, daß uns der Wettergott einige besonders gute Ernten geschenkt hat, sondern es ist die notwendige Konsequenz, daß der Prozeß der Rationalisierung nicht mehr bei der Industrie haltgemacht hat, sondern auch die Landwirtschaft immer mehr ergreift. Der Traktor, wie die Combine-Maschine (Mäh-dreschmaschine) treten den Siegeszug über die ganze Welt an, schaffen in Ueberssee zur industriellen Ueberproduktion die landwirtschaftliche Ueberproduktion, veranlassen in Deutschland eine Agrarpolitik, die bewußt die weitere Rationalisierung der Landwirtschaft verhindert, die die deutsche landwirtschaftliche Entwicklung von der auf den Weltmärkten „abzuhängen“ sucht und die dadurch das Herauskommen aus der Krise in Deutschland noch besonders erschwert. Die verhältnismäßig große Unberührtheit der Landwirtschaft gegenüber der Krise besteht also heute nicht mehr. Im Gegenteil, die Weltagrarkrise ist einer der Faktoren, der die heutige Krise so außerordentlich verschärft, der das Herauskommen aus der Krise erschwert.

Und wie steht es mit der Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen durch die im Verlauf der Krise eingetretene Kapitalentwertung und den dann einsetzenden Preisfall? Da haben wir festzustellen, daß in der heutigen Weltwirtschaftskrise die Kaufkraft des Proletariats riesenhaft gefallen ist, daß die Löhne weit stärker gesunken sind als die Preise. Wenn wir uns davon ein Bild machen wollen, so genügt nicht ein Vergleich der Tariflöhne, die in der Krise gezahlt werden, mit den Tariflöhnen in der vorangegangenen Konjunktur, sondern wir müssen den Lohnausfall infolge der Arbeitslosigkeit, infolge der Kurzarbeit, infolge des Wegfalls der übertariflichen Akkordsätze hinzufügen. Tun wir das, so ergibt sich ein riesenhafter Rückgang der Löhne; das gilt nicht nur für Deutschland, das gilt ganz international. Das deutsche Institut für Konjunkturforschung errechnet für die Vereinigten Staaten, indem es nur den Abbau der Löhne und die Arbeitslosigkeit berücksichtigt, bei einer Lohnsumme, die im Durchschnitt des Jahres 1929 100,4 betrug, für die letzten Monate eine Lohnsumme von 59 v. H., d. h. in den Vereinigten Staaten sind die gesamten ausgezahlten Lohnsummen in der Krise um mehr als zwei Fünftel zurückgegangen, während die Preise für die Produkte, die die Arbeiterschaft kauft, nur

um etwa 15 Prozent gesenkt worden sind. Die Unternehmer nützen die riesenhafte industrielle Reservearmee zu brutalsten Angriffen gegen den Lebensstandard der Arbeiterschaft aus, in Amerika wie in Deutschland. Weder rührselige Appelle an ihr gutes Herz, noch ein Appell an ihre Vernunft, daß sie damit durch Verringerung der binnenländischen Kaufkraft die Krise vertiefen, läßt sie auch nur um Haaresbreite von ihrem Weg abweichen. Während also durch die riesenhafte Reservearmee wie durch den immer stärkeren Lohnraub die gesamte Lohnsumme der Arbeiterschaft sich verringert, ihr Lebensstandard sich verschlechtert, sinkt das innere Preisniveau nur verhältnismäßig langsam. Das ist einmal die Folge der immer stärkeren Monopolisierung der entscheidenden hochkapitalistischen Länder. Ein immer größerer Teil der gesamten industriellen Produktion hat Preise, die durch monopolistische Organisationen geregelt werden. Und die geregelte Preisgestaltung ist eines der Mittel, durch das die Monopole die Lasten der Krise von sich auf die breiten Massen abzuwälzen suchen. Das verhältnismäßig langsame Sinken der Preise ist weiter die Folge der deutschen Agrarpolitik, die ein starkes Sinken des Lebenshaltungsindex verhindert, und so sinkt in der Krise die Kaufkraft der breiten Massen der Arbeiterschaft; aber es sinkt weiter die Kaufkraft der Angestellten, die heute von der Arbeitslosigkeit genau so betroffen werden, wie die Arbeiter, es sinkt die Kaufkraft der Beamten, deren Gehälter vor allem in den unteren Klassen infolge des katastrophalen Standes der deutschen Finanzen rigoros abgebaut werden. Das heißt aber: der deutsche wie der internationale Kapitalismus hat in der gleichen Epoche, in der die Eroberung neuer Märkte nur noch in kleinstem Umfange möglich ist, in der es also immer schwerer wird, mit den inneren Widersprüchen der gesamten kapitalistischen Produktionsweise fertig zu werden, gleichzeitig riesenhafte Reservearmeen im Binnenlande, riesenhaften Rückgang der Konsumtion der breiten Massen, der Arbeiter, der Angestellten und Beamten, hat weiter schwerste Landwirtschaftskrise, so daß selbst die Aussichten, aus der Krise durch Kapitalentwertung, durch Preisfall und damit durch Steigerung der binnenländischen Konsumtion herauszukommen, immer erschwerter werden.

Daher die Dauer der heutigen Krise, daher die Tiefe der heutigen Krise, daher die Aussichtslosigkeit, in absehbarer Zeit zu einem entscheidenden Konjunkturaufschwung zu kommen, daher der immer stärkere Durchbruch der politischen Krise, daher die immer brutaleren diktatorischen Methoden der kapitalistischen Regierungsführung. Der Kapitalismus ist mit dem Profit verheiratet, nicht mit der Demokratie, und wenn der vulkanische Charakter des Profits immer deutlicher wird, wenn die Historie selber durch die weitere Verelendung der breiten Massen Klassenbewußtsein einhämmt, dann fallen die demokratischen Fratzen von allen bürgerlichen Parteien, und die reine brutale kapitalistische Diktatur, die sich bisher hinter formalen demokratischen Mäntelchen verhüllte, tritt mit aller Plastizität heraus.

Das Monopolkapital, das bisher in zwei Kolonnen, in der Brüning-Regierung und in der nationalsozialistischen Bewegung, getrennt marschierte, um vereint zu schlagen, sieht die Stunde gekommen, in der es auch geeint zu marschieren beginnt. Der kapitalistischen konzentrisch geschlossenen Einheitsfront gilt es, die Einheitsfront des Proletariats gegenüberzustellen, der kapitalistischen Diktatur die proletarische.

### 23% Prozent Lohnabbau

Die Gewerkschaften haben beschlossen, den Schiedspruch für die Reichspostarbeiter abzulehnen. Die Erklärungsfrist für den gefällten Spruch läuft am 6. November ab. Wie wir bereits mitgeteilt haben, besteht bei der Regierung die Absicht, den verordneten Lohnabbau sofort durchzuführen. Mit diesem Spruch wird einer der abnormsten Raubzüge am Lebensstandard der deutschen Arbeiter systematisch fortgesetzt.

Die Löhne der Reichspostarbeiter sind seit April d. J. durch Notverordnungen und Arbeitszeitkürzungen um durchschnittlich 19 Prozent gesenkt worden. Nach Inkrafttreten des Schiedspruches würde der Lohnabbau 23% Prozent betragen. Die Reichspostarbeiter beziehen nur noch Hungerlöhne, Wochenverdienste von 20 Mark und weniger gehören nicht mehr zu den Seltenheiten. Die Notverordnungen brachten schwere Lohnkürzungen; die Ersparnisse hieraus müssen von der Postverwaltung an das Reich zur Sanierung des Reichshaushaltes abgeführt werden. Auch die Lasten zur Sanierung des Haushaltes der

Deutschen Reichspost, der durch den Tarifverkehrrückgang in allen Dienstzweigen ein erhebliches Defizit aufweisen wird, sind auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung auf 45 bzw. 42 Stunden und den damit verbundenen Lohnausfällen einseitig auf die Arbeiter der Post abgewälzt worden.

Für die großkapitalistischen Banken und die Schwerindustrie die offenen und versteckten Subventionen und für die Reichspostarbeiter das Tragen des Defizits, das durch die Subventionswirtschaft im Reichshaushalt entsteht, so sieht die Wirtschaftspolitik der Brüningregierung aus.

Der Lohnabbau von erneut 4% Prozent soll auch für die Reichsarbeiter mit sofortiger Wirkung durchgeführt werden, außerdem soll jetzt nach dem gefällten Spruch die Lohndruckpresse gegen die Reichsbahnarbeiter angesetzt werden. Von den beteiligten Gewerkschaften ist noch nicht bekannt, welche weiteren Schritte sie nach der Ablehnung der Schiedssprüche unternehmen wollen. Das eine ist jedenfalls sicher: es genügt heute nicht mehr, von Gewerkschaftsseite in der Presse zu erklären, so gehe es nicht weiter, sondern

der Reichsregierung muß durch Einsetzung aller gewerkschaftlichen Machtmittel gezeigt werden, daß es wirklich nicht mehr so weiter geht.

### Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag

Die Bundesregierung in Bern hat dem Reich mit der Kündigung des zwischen beiden Ländern in Geltung befindlichen Handelsvertrages drohen lassen. Die Mißstimmung datiert übrigens schon aus dem Sommer, als der schweizer Fremdenindustrie ihre Geschäfte durch die Ausreiseperrnen für deutsche Staatsangehörige in erheblichem Umfange erschwert wurden. Dann hielt die schweizer Geschäftswelt die nach Deutschland kurzfristig ausgeliehenen Kredite für unsicher und machte demzufolge Schwierigkeiten bei den Stillhalterverhandlungen. Jetzt verhandeln die Beauftragten beider Regierungen um die Modifizierung des Handelsvertrages und die Schweiz hat sich zunächst die Herabsetzung der Kündigungsfrist von drei auf zwei Monate gesichert.

### Metallindustriellen bestehen auf Lohnabbau

Ueber die Verhandlungen, die bereits am Dienstag zwischen dem Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und dem Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes sowie Vertretern der Christlichen und Hirsch-Dunkerschen Metallarbeiterverbände geführt worden sind, werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Von dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Brandes, wurde die Notwendigkeit der generellen Einführung der 40-Stundenwoche in den Vordergrund gestellt, allerdings unter der Voraussetzung, daß kein weiterer Lohnabbau stattfindet. Der Lohn der Metallarbeiter, besonders auch der Hilfsarbeiter, könne unmöglich noch tiefer herabgedrückt werden. Die Metallindustriellen begnügten sich in der Arbeitszeitfrage mit einigen unverbindlichen, ausweichenden Redensarten, in denen sie vor allem jede tarifliche Bindung ablehnten und die Entscheidung den einzelnen Unternehmern zuschoben, die der Frage der Arbeitszeitverkürzung „näherzutreten“ sollen. Um so offener wurden sie dagegen in der Lohnfrage. Da sei jedes Entgegenkommen ausgeschlossen. Für die deutsche Metallindustrie bleibe als einziges Mittel zur Senkung der Gestehungskosten der Abbau der Löhne, die auf den Stand des Jahres 1927 gebracht werden müßten. Das heißt praktisch, der Reallohn soll weit unter den Stand von 1927 gedrückt werden, denn für die notwendige Senkung der Preise haben die Industriellen nur ein Achselzucken übrig.

Nach diesen provokatorischen Erklärungen war den weiteren Verhandlungen jede reale Basis entzogen. Auf einen zweiten Vorschlag von Brandes ließen sich die Herren Industriellen zwar herab, zu erklären, sie seien gewillt, über die Arbeitszeit ernsthaft zu reden und mit den beteiligten Verbänden weitere Verhandlungen zu führen. Die noch einmal wiederholte offene Ablehnung des Vorschlags auf Verzicht jeder Lohnsenkung nimmt jedoch diesen weiteren Verhandlungen jeden ernsthaften Sinn. Die Metallindustriellen wollen abbauen und werden abbauen, wenn sie nicht durch die entschlossene Abwehrfront der Metallarbeiter daran gehindert werden.

Wie unter solchen Umständen der „Vorwärts“ von „aussichtsreichen Verhandlungen in der Metallindustrie“ reden kann, bleibt sein Geheimnis. Letzten Endes läuft es doch nur auf eine gefährliche Täuschung der beteiligten Arbeiter hinaus, wenn man ihnen über die wirkliche Bedeutung der ergebnislosen Verhandlungen die Augen verkleistert. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit ohne entsprechenden Lohnausgleich und angesichts der Absichten weiterer Senkung der Stundenlöhne und dem Abbau der Akkordlöhne ist in der jetzigen Situation kein Erfolg, sondern eine Bemäntelung des Lohnabbaus. Die Haltung der Metallindustriellen bei den ergebnislosen Verhandlungen ist eine Mahnung an den Deutschen Metallarbeiterverband, sich auf den Kampf vorzubereiten.

### Preußen scheidet aus der Osthilfe aus

In diesen Tagen hat das Land Preußen seine Beteiligung an der bisher gemeinsam vom Reich und von Preußen durchgeführten und finanzierten sogenannten „Osthilfe“ aufgegeben. Die Erneuerung eines neuen Reichskommissars für die Osthilfe an Stelle des zum Reichsverkehrsminister ernannten Herrn Treviranus steht in der Person des volkshonorservativen Abgeordneten Schlange-Schöningen bevor, der aber den ihm angebotenen Posten nur dann annehmen will, wenn er gleichzeitig zum Minister ohne Portfeuille ernannt werden sollte.

### Polen „spart“

Der neue polnische Staatshaushalt, dessen Entwurf dieser Tage dem Sejm zugegangen ist, läßt ein Defizit von 77 Millionen Zloty erscheinen, die durch Ersparnisse gedeckt werden sollen. So sieht der Entwurf zwar nur geringe Streichungen beim Militär-Etat vor (812 Millionen Zloty gegen 836 Millionen im Vorjahr), aber fühlbare Abstriche in anderen Haushaltspositionen. So sollen die Kredite des Landwirtschaftsministeriums von 49 auf 19 Millionen Zloty herabgesetzt werden und die des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, die sich für 1930-31 auf 104 Millionen Zloty beliefen, sollen im neuen Etatsjahr 87,5 Millionen Zloty betragen.

Man sieht also, daß auch Polen am richtigen Ende „spart“.

Werbt für die SAZI

# Lokalblatt der SAZ

## Berlin, Brandenburg, Grenzmark

### Schmutzige Wäsche und — fette Hühner

Während sich unsere Gesetzgeber gerade mit einem Gesetzentwurf gegen das Zugabewesen beschäftigen, läßt eine Berliner Großwäscherei Reklamezettel in die Briefkästen werfen, auf denen man erstaunt folgendes liest:

Als Geschenk ein fettes Huhn erhalten Sie, wenn Sie Ihre Wäsche bei uns waschen lassen und Ihre Wascherrechnungen untereinander den Betrag von 3,- RM stricheln lassen. Beim Betrage von 20,- RM erhalten Sie 2 moderne Markenkragen oder eine gemante Kaffeedecke oder 12 15 Trinketler bester Qualität.

Zwei Krage oder eine Kaffeedecke — das versteht man noch, das sind Dinge, die sozusagen ins Fach der Waschanstalt schlagen. Aber fette Hühner und frische Trinketler? Im Zusammenhang mit schmutziger Wäsche machen sich diese herrlichen Dinge doch einigermaßen komisch aus. Ein fettes Huhn — das Wasser läuft einem im Munde zusammen. Aber es läuft sofort wieder auseinander, wenn man an die Kinderwindeln denkt, die zur Ergatterung des Leckerbissens in die Großwäscherei X. Y. wandern sollen...

Ungeahnte Perspektiven tun sich auf Familienstreitigkeiten, Beleidigungsprozesse der Ehefrau A. gegen die Ehefrau B. werden nicht mehr in Moabit ausgetragen werden, sondern die Parteien werden ihre schmutzige Wäsche künftig zu X. Y. bringen, statt sie vor dem Strafrichter auszupacken.

Wie schade, daß die Großwäscherei X. Y. jetzt erst mit ihrem beglückenden Angebot herauskommt. Hätte man ihr die schmutzige Wäsche zugeschiekt, die gegenwärtig im Sklarekprozeß gewaschen wird, so wären wohl für sämtliche Arbeitslose Berlins fette Hühner herausgesprungen. Aber es ist noch nicht zu spät. Wie wär's, wenn man den Glade-Stinnes-Alsberg-Streit, oder auch den Schultheiß-Patzner-Skandal auf diesem Umwege in delikate Suppenhühner umwandeln würde? Die Stadt Berlin könnte Festessen über Festessen veranstalten. Und alle Welt würde, statt wie bisher über die Korruption zu schimpfen, in hohen Tönen die Meisterschieber loben. So wäre, dank der Großwäscherei X. Y., allen zu helfen und man sähe nur noch frohe Gesichter. E. J.

### Der große Maulkorb

Hunden mag man mit Erfolg einen Maulkorb umhängen, so schreibt uns ein Leser der SAZ, bei klassenbewußten Arbeitern führt dieses Experiment aber zur schnurgrads entgegengesetzten Wirkung. Nämlich, sie fangen nun erst recht an zu denken. Im Zeichen des großen Maulkorbes stand die „öffentliche“ Massenversammlung der SPD in der Neuen Welt vom Dienstagabend. Seit wann ist die freie Diskussion von der Tagesordnung abgesetzt? Wir müssen wohl annehmen: seitdem die Vertrauenskrise innerhalb der Partei am rollenden Band läuft, seitdem Herr Brüning seine Ehepartnerin zur linken Hand über seine neue Liebe zu dem „großen“ Adolf nicht im unklaren ließ. Darum waren die Ansprachen von Grotewohl usw. nur schöne Gesten, bis auf die harten Tatsachen, die weiter bestehen bleiben. Und der Zuhörer durfte höchstens eine feierliche Leichenrede empfinden: Man lobt frei über den Zaun weg, man knaust nicht mit dem Aufzählen der guten Taten und im übrigen gilt der große Maulkorb: Ueber einen Toten.

### Kulturabbau

Die Schuldeputation hat, wie der Städtische Nachrichtendienst mitteilt, in ihrer Sitzung am Donnerstag die bereits seit vierzehn Tagen vorbereiteten Zusammenlegungen und Schließungen von Volksschulenderinneren Bezirke angenommen. Es soll sich bei diesen Schulen um solche, die nur acht bis zehn, in einzelnen Fällen sogar nur fünf bis sieben Klassen haben, handeln, also ausgesprochene Zwergschulen. Zum Teil werden Schulen, wie z. B. die 74. und 79. Schule in der Pappelallee, zu einer Schule zusammengefaßt, z. T. werden Klassen anderen Schulen angegliedert, die damit aufgefüllt werden. Die Maßnahme soll notwendig geworden sein, weil die Zahl der Volksschüler von Jahr zu Jahr zurückgeht, eine Auswirkung des Geburtenrückganges während des Krieges. Die Lehrer sollen nach wie vor an den einzelnen Schulen beschäftigt bleiben. (?) Für die überzähligen Rektoren sei jederzeit eine Weiterbeschäftigung möglich, da in Berlin zurzeit rund 50 Rektorenstellen frei sind. Bei der Zusammenlegung von Schulen werde in weitgehendstem Maße darauf Rücksicht genommen, daß für die Schulkinder keine längeren Schulwege entstehen. — Wir wollen sehen, wie das Exempel aussieht, nachdem es ausgeführt ist.

### Der Städtischen Oper gehts nicht gut

In der Aufsichtsratssitzung der Städtischen Oper A.-G. gab Intendant Ebert einen Ueberblick über die Wirtschaftslage der Städtischen Oper. Gegenüber dem Vorjahr ist ein geringer Rückgang an Abonnenten eingetreten. Außerdem ist eine starke Abwanderung von den teuren Plätzen zu beobachten. Der Ausfall an der Tageskasse ist dagegen im Vergleich zum Vorjahr außerordentlich gering. Schärfste Sparsamkeit bei größter Beweglich-

keit des Betriebes muß das Ziel der Wirtschaftsführung der Städtischen Oper sein. Es soll geprüft werden, ob mehr als bisher Operetten in den Spielplan aufgenommen werden können. Beschlossen wurde, auch im neuen Geschäftsjahr an der Zahl der Volksvorstellungen (42) festzuhalten.

### Das ist keine Hilfe für die Armen!

An dem allgemeinen Winterhilferummel, mit dem man die Empörung der hungernden Massen niederhalten will, die Arbeit und Brot, wenn man ihnen die nicht geben kann, wenigstens ausreichende Unterstützung fordern, haben sich auch die Berliner Bäckermeister und Kartoffelhändler beteiligt. Wie sich ihre Hilfsaktion für die Armen auswirkt, geht aus einer Zuschrift hervor, die von einer arbeitslosen Frau an die „SAZ“ gerichtet wurde. Darin heißt es:

„Ich verbrauche in der Woche kein ganzes Brot. Die vier Pfennig Preisermäßigung, die auf Grund der Hilfsaktion des Bäckereigewerbes auf ein Brot gewährt werden, fallen für mich also nicht ins Gewicht. Diese Art Winterhilfe ist eine offensichtliche Verhöhnung des in Not befindlichen Volkes. Nur den Bruchteil eines Pfennigs kann ich täglich sparen, wenn ich die Brotkarten benütze, aber ich muß gleichzeitig für ein halbes Pfund Butter drei Pfennig und für zehn Pfund Kartoffeln fünf Pfennig mehr zahlen. Dagegen, daß man zum Schaden auch noch den Hohn hat, möchte ich mit Nachdruck Protest einlegen. Auf den Stempelstellen herrscht über diese Schwindel-Hilfsaktion allgemeine Empörung.“

So sieht die bürgerliche Wohltätigkeit aus: man will mit der Wohlthätigkeit noch verdienen. Der Kapitalist kann eben nie aus seiner Haut heraus. Wegen der Gesinnung, die er auch hier wieder dokumentiert, gilt ihm unser Kampf.

### Sklarek-Prozeß vertagt

In der Freitagverhandlung des Sklarek-Prozesses wurde über die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten Kohl, Bürgermeister von Köpenick, verhandelt. In der letzten Sitzung war Kohl zusammengebrochen, und das Gericht hatte den Sachverständigen Medizinalrat Dr. Störmer geladen, sich zu der von Kohls Verteidiger bezweifelt Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten zu äußern.

Kohl war Mitglied des Aufsichtsrats der BVG gewesen. Zum Ankauf eines Grundstückes hatte er einen Kredit von 30 000 Mark von der Bankfirma Lipinski, Retzlaff u. Co. in Anspruch genommen. Wie er überhaupt, einen persönlichen Kredit ohne Sicherheit. Als nun die Firma in Zahlungsschwierigkeiten geriet, kam Kohl in die Gefahr, durch das Konkursverfahren bloßgestellt zu werden. Darauf wurde die Schuld plötzlich beglichen. Wie die Anklage vermutet, aus einem Guthaben, das die BVG bei der Firma Lipinski, Retzlaff u. Co. hatte.

Kohl behauptet, von der merkwürdigen Begleichung seiner Schuld nichts zu wissen und sich auch über diese Angelegenheit keine Sorgen und Gedanken gemacht zu haben. Vom Vorsitzenden scharf und ironisch angefaßt, kam es zu dem eingangs erwähnten Vorfall.

Medizinalrat Dr. Störmer hält den Angeklagten zwar nicht für verhandlungsunfähig, bittet aber, den Angeklagten Kohl zur Wiederherstellung seines Gesundheitszustandes auf einige Tage von den Verhandlungen zu dispensieren.

Da die Verteidigung der Sklareks erklärte, auf Kohl nicht verzichten zu können, mußte

die Verhandlung auf Dienstag, 11 Uhr, vertagt werden.

### Ein Dummerjungenstreich

Der Märchenbrunnen im Friedrichshain wurde bekanntlich vor einigen Tagen durch Abschlagen einzelner Teile von Marchengruppen in schwerster Weise beschädigt. Die Aufklärung der Tat hat ein überraschendes Ergebnis zeitigt. Mehrere Schüler der 161. Gemeindeschule im Alter von 9 und 10 Jahren haben am 3. d. Mts., nach 18 Uhr, als der Hain schon geschlossen war, den Zaun überstiegen. Sie haben dann aus jugendlichem Übermut beim Spiel die Figuren des Märchenbrunnens mit Stöcken bearbeitet und so die Beschädigungen herbeigeführt. Mehrere Mitschüler haben den Vorgang beobachtet und ihrem Lehrer, nachdem sie durch die Zeitung die Schwere des Falles erkannt hatten, Mitteilung gemacht. Der Lehrer hat die Namen der betreffenden Schüler bald herausbekommen, die dann nach einem längeren Verhör ihren Dummerjungenstreich zugaben.

### Voruntersuchung gegen Raubmörder Reins vor dem Abschluß

Die Voruntersuchung gegen den 23-jährigen Maurer Ernst Reins und dessen Mutter, sowie die beiden Schwestern wegen des Raubmordes an dem Geldbriefträger Schwan steht unmittelbar vor dem Abschluß. Medizinalrat Dr. Dyrenfurth, der den Hauptangeklagten Reins auf seinen Geisteszustand untersucht hat, wird in den nächsten Tagen sein bereits fertiggestelltes Gutachten, das, wie wir hören, zu einer Ablehnung des § 51 kommt, dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Blank, einreichen. Sofort nach Eingang des Gutachtens wird der Untersuchungsrichter formell die Voruntersuchung abschließen und die Akten an die Staatsanwaltschaft II zur Erhebung der Anklage weitergeben. Im Einverständnis mit der Verteidigung, die in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Herbert Fuchs und Dr. Arthur Brandt liegt, soll der Straffall möglichst rasch erledigt werden und die Hauptverhandlung noch vor Weihnachten stattfinden.

### Klein-Berliner Nachrichten

Drei tödliche Verkehrsunfälle ereigneten sich in Berlin. Vor dem Grundstück Falkenhäger Straße 23 in Spandau wurde die sechsjährige Elisabeth Schwickowski von einer Kraftdroschke überfahren, an der Ecke Gärtnerei- und Simplonstraße in Lichtenberg die 30-jährige Arbeiterin Gertrud Kuhn von einem Lastkraftwagen mit Anhänger und vor dem Hause Hauptstraße 85 in Schöneberg die 81 Jahre alte Witwe Anna Kob von einem Straßenbahnwagen. Die Verletzungen waren in allen drei Fällen so schwer, daß der Tod der Verunglückten nach der Einlieferung ins Krankenhaus erfolgte.

Geldschrankknacker suchten in der Nacht zum Freitag die Kunstseidenfabrik Azeta in Lichtenberg heim und stahlen 14 000 Mark in bar und Spindulsen aus Edelmetall im Wert von 40 000 Mark. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. — Auch bei der Farbenfabrik Berger und Wirth in der Beuthstraße waren Geldschrankknacker an der Arbeit. Ihnen fielen jedoch nur Geschäftspapiere, Akten und ein geringer Geldebtrag in die Hände.

Tausend Mark Belohnung verspricht das Polizeipräsidium für die Ermittlung derjenigen Personen, die den Nationalsozialisten Erwin Moritz erschossen haben.

## Wie das Berliner Reichsbanner gegründet wurde

### Eine zeitgemäße Erinnerung

Wir schrieben den März 1924. Von hunderten treuer Parteifunktionäre fanden sich für Neukölln ganze zwei, die den Auftrag ausführen wollten, in Neukölln das Reichsbanner aufzuziehen. Es war bei einer nächtlichen Zusammenkunft in einem kleinen Saal am Alexanderplatz, wo Hörsing den aus Berlin zusammengekommenen etwa 50 Genossen verständlich machte, daß nach dem Versagen der Parteiführer die Gründung einer straff militärisch disziplinierten Truppe eine Lebensnotwendigkeit für die SPD geworden sei. In fast keinem Ort des Reiches war es der Partei möglich, Versammlungen ohne Störungen durchzuführen.

Unter dem frischen Eindruck dieser Ereignisse konnte uns Hörsing mit Leichtigkeit überzeugen, daß der überparteiliche Name „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ nur eine Formsache, und die Aktion alles sei. Bei einer etwaigen Wahlperiode der Partei in den bevorstehenden Maiwahlen 1924 — die ja auch, wie vorauszusehen war, eintrat — würde dieser überparteiliche Name eine gewisse Garantie gegen ein Verbot sein. Uns, die wir mit allen Fasern des Herzens an der Partei hingen, und die wir damals glaubten, die Republik im sozialen Sinn ändern zu können, wurde die Entscheidung leicht. Stand doch in dem vorgelegten vorläufigen Organisationsstatut, daß die Faschisten mit denselben Mitteln abgewehrt werden sollen, mit denen sie die Republik und die Arbeiterschaft angreifen. Damals durfte sich allerdings noch kein Faschist mit voller Kriegsbemalung in Berlin

auf offener Straße zeigen; dem wäre schön heimgeleuchtet worden.

Mit Volldampf ging es nun in den einzelnen Bezirken an die Arbeit. Fürs erste hatten der damalige Leiter der 93. Abteilung, Genosse Barsanty, der Obmann der Neuköllner Parteiführer, Genosse Rohde, zwei weitere Genossen, deren Namen mir entfallen sind, und meine Wenigkeit Mühe, soviel Mitglieder zusammen zu bringen, um überhaupt erst mal einen Vorstand bilden zu können. Fürs nächste hatten wir uns das stolze Ziel gesteckt, für die Viertelmillionstadt Neukölln eine Hundertschaft auf die Beine zu stellen. Unsere Genügsamkeit hatte ganz reale Ursachen, denn es fand sich auch nicht ein einflußreicher Funktionär — von Künstler angefangen über den Kreisleiter bis zu den Abteilungsleitern — der uns auch nur die kleinste Unterstützung zuteil werden ließ. Erst eine Reichstagsrede Paul Löbes im Spätsommer 1924, in der er von dem „aus dem Boden stampfen eines Dreimillionenheeres der Republikaner“ sprach, brachte einen zahlmäßigen Aufschwung der neuen Organisation.

Und da kamen die Bonzen und Bönzchen mit dem realen politischen Weitblick, die uns noch gestern als „sozialdemokratische Kriegervereine“ beweielt hatten. Denn nun standen doch Posten in Aussicht. Der im Anfang zweifellos bestandene Kampfcharakter des Reichsbanners gegenüber dem Faschismus wurde systematisch von oben herab Stück für Stück abgebaut. Heute und seit langem ist und kann das Reichsbanner nichts anderes

### Prenzlitz

Kulturgemeinschaft der Arbeiterschaft. Die hiesigen Arbeiter-Kulturorganisationen sind zusammengeschlossen in der Kulturgemeinschaft. Folgende Lebungs- und Zusammenkünftezeiten werden bekanntgegeben: Arbeitervereins-Glimm, 19—20 Uhr Männerchor, 20—22 Uhr Gemischter Chor. — Arbeiterturner: Dienstags und Donnerstag, 20 bis 22 Uhr, in der Turnhalle, Vors. Wilberg. — Arbeitersamariter: Lebungsabende im Jugendheim. Auskunft beim Genossen Dolka, Kolonie. — Arbeiterschachklub: Spielabend Montags, 20—22 Uhr, im Jugendheim, Vors. Mauthe. — Arbeiterbibliothek: Freitags von 7—8 Uhr im Jugendheim. Buchverleihung kostenlos. Auskunft Zülke. — Sozialistischer Jugendverband: Vors. Bartz, Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag, 20—22 Uhr. — Kindergruppe der Arbeiterturner und der Kulturgemeinschaft: Dienstag: 18 bis 19.30 Uhr in der Turnhalle (von 10 bis 14 Jahren). Donnerstag: 18 bis 19.30 Uhr in der Turnhalle (bis zu 10 Jahren). Mittwoch: 16—17.30 im Jugendheim (von 6—8 Jahren), 17.30—19 Uhr (13 und 14 Jahre). Freitag: 17—18 Uhr im Jugendheim (von 9—12 Jahren), 18—19 Uhr (von 13—14 Jahren). — Arbeiterwohlfahrtskommission. Obmann: Meschkat.

### Versammlungskalender

Prenzlitz: Freidenkerversammlung, Sonntag, den 8. November, 20 Uhr.  
Schutzbund Prenzlauer Berg: Sonnabend, den 7. Nov., bei Reiche, Metzger Str. 26. Versammlung der Staffeln. Erscheinen Pflicht! 20 Uhr.  
Freie Sport- und Schützengesellschaft, Abt. Prenzlauer Berg: Gäste-Schießen, Sonnabend, den 7. November, 19:30 Uhr, im Lokal Resche, Metzger Str. 26.



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes. Berlin, NO 55, Prenzlauer Allee 34, 1. Hof H. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat.

Sonnabend, den 7. November 1930 Uhr.  
Strauß-Friedrich Engels: Wir treffen uns um 18 Uhr beim Gen. Berger, Markgrafendamm 11.  
Sonntag: Jugendheim, Lindenauer L. Das Aktionsprogramm der SAZ I.  
Spieltrupp 19 Uhr im Jugendsekretariat, Prenzlauer Allee 34.

Sonntag, den 8. November.  
Bekanntnis zur Revolution. Elysee, Danziger Straße, Ecke Prenzlauer Allee. Georg Ledebur spricht. Es wirken mit die Spieltruppen, Ton-Film: „Panzerkreuzer Potemkin“. Geschlossene Veranstaltung.  
Britz (Neukölln IV): Revolutionskundgebung. Treffpunkt 10 Uhr, Lahn-Ecke, Badower Str. Abends Heimabend, Jugendheim, Rathaus, Chausseestr. 49. Die Neuköllner sind eingeladen.  
Stemensstr.: Treffpunkt, 10 Uhr, Bf. Wernerwerk, U-Bahn Vineastraße.

Mittellungen der B.-L.: Die Erweiterte B.-L. trifft sich punkt 10 Uhr vor dem „Elysee“. — Die Ordner von Neukölln, Tempelhof und Ostern 1930 vor dem „Elysee“. — Kassenscheine, die verkauft und nichtverkauften Karten müssen bis 10:30 Uhr an der Kasse abgerechnet sein.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schabert. Für Inserate: Johannes Hoffmann & Co. Verlag, zum Zeitungs-Verlag, m.b.H. Druck: Georg Koenig, zum Zeitungs-Verlag, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

Bezugspreise für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Postfeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM -36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM -36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Inseratspreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu teleban an: „Siebel Zeitungs-Verlag“ u. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postfachkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 024.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2104.  
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2005.

sein, als eine Paradedruppe für irgendeine SPD- oder Staatsfestlichkeit. Tausende der besten Kräfte des Proletariats im Reichsbanner erkennen auch heute noch nicht, daß eine erfolgreiche Bekämpfung des Faschismus im und mit dem Reichsbanner undenkbar ist. Diese Kräfte sind im Kampf für den Sozialismus lahmgelagt.

Wie ganz anders spielte sich da die Gründung des Sozialistischen Schutzbundes vor drei Wochen im Kreis Tiergarten ab. Von der vierzehn Tage zuvor gegründeten SAP gerufen, kamen auf einen Schlag nicht, wie damals 2 bis 3, sondern 25 Genossen. Allerdings, es waren auch hier keine Bonzen gekommen, sondern nur in der bisherigen sozialdemokratischen Jugendbewegung stehende aktive Genossen und aktive Mitglieder der SPD. Wahrscheinlich war das auch die Ursache, daß wir nicht stundenlang zu tagen brauchten, um über die zunächst zu erziehenden Maßnahmen klar zu werden. Von jedem einzelnen Genossen hat man die Gewißheit, daß, wenn der Zeitpunkt kommt, wo dank der Politik der SPD der Sozialistische Schutzbund aktiv in die politischen Geschehnisse einreifen muß, er dann auch seinen Mann steht. So, wie es sich für einen Sozialisten gehört.

Aber aus der Geschichte des Reichsbanners muß jeder verantwortliche Leiter einer Schutzbundsabteilung lernen, darauf zu achten, daß bei der natürlichen Entwicklung zur Massenorganisation sich nicht Elemente einschleichen, die die Aufgabe des Schutzbundes in das Gegenteil umbiegen wollen. Weder Putschorganisation, noch Paradedruppe für republikanische Festtage, sondern Kampfband für den Sozialismus!

Und wer als ehrlicher Sozialist in diesem schweren Kampfe mit Hand anlegen will, der reißt sich ein in eine der fast überall bestehenden Abteilungen des Sozialistischen Schutzbundes. Otto Pohl, Tiergarten.

## Passion eines Mörders

Von Eberhard Kühlmann

Von Kohle das Bußkreuz gemalt auf die unebene Stirn, so rannte der Bauer drei Tage lang unterm niederen Balkendach des Zimmers auf und nieder, ein Gezeichnetener, und stöhnte wie unter einer Sündenlast und ächzte über die mühselige Eintönigkeit der selbst auferlegten Buße. Das Weib, in die Küche verbannt, hörte diesen summenden Fluß seiner Gebete von innen her, hörte manchen Anprall des Schädels an die Wände, manches Donnern der Fäuste und Dröhnen der Schritte, aber sie wußte nicht um den Grund. Kein Fragen, kein gutes Wort brachte ihn zum Reden. Am Fenster hingekauert wartete sie auf die Dämmerung.

Kaum war es soweit, rief er nach der Lampe. Das verschaffte ihr Eintritt zu ihm, denn kein Esser ließ er über die Schwelle, nur den sanften Schein der Lampe allabendlich; er fürchtete die Dunkelheit. Die Frau, die eintrat, nahm er nicht wahr und trug die Lampe zum Tisch, darauf allerlei frommes Requisite lag, so Rosenkranz und Katechismen, aber auch das breite blanke Messer, und er schloß die Tür, wie er meinte, hinter der Frau. Diesmal aber, am dritten Abend, war sie heimlich ins Dunkel neben dem Uhrenkasten zurückgetreten, den Mann zu sehen, ihn auszuforschen, der da wie ein Todsünder und ganz zusammengebrochen am Tische kniete und die Stirn voll Verzweiflung gegen die harte Kante stoßen ließ, daß es die Frau beim bloßen Zusehen bitter schmerzte. Als sie es nach einer kurzen Weile nicht mehr ertragen konnte — der Rosenkranz war indes wohl schon dreimal durch seine Hände geflogen — rief sie ihn an.

Auch wenn ihre Stimme nicht angstvoll und heiser geklungen hätte, wäre sie ihm fremd erschienen. Stumpf wandte er sich um, erhob sich, ging zur Tür, wo ihm die Frau gegenübertrat, mit weiten Armen den Weg verstellte, und erschreckend nahm sie wahr, daß seine Augen irre und wie leblos ganz ohne Kraft waren, seine Lippen aber nicht mehr die Bewegung einstellen konnten, die tagelanges Gebet ihnen eingeübt hatte. Und sie plapperten weiter tonlos und gespenstisch, noch als die Frau ihn an den Schultern nahm und fragte: „Was ist geschah'n?“ Der Mann hob die Rechte, hielt sie wie etwas Ekelhaftes weit hinter sich und zeigte mit der Linken zum Tisch. Dort glänzte im Messer bunt der brennende Docht und färbte es wie mit Blut. „Maria und Josef“, schrie die Frau, sprang zum Tisch, breitete ihre Schürze über das Messer, „das hier muß fort — aus dem Zimmer!“ Sie kreischte jämmerlich und fetzte Kreuzifix mitsamt Kranz und Katechismen vom Tisch, dann zu dem Manne, dem unheimlichen, gewendet: „Was hast du getan?“ — aber die offene Tür grinst schwarz ins Zimmer. Die Frau vergrub das, wie sie meinte, blutige Messer unterm Ochsentrog im Stall.

Seit der Fastnacht, der Nacht vor jenen drei Tagen, trat der Mann nun erstmals wieder ins Freie. Nach zwei Schritten wußte er nicht mehr, woher er gekommen war; da war kein Haus mehr hinter ihm, kein Zimmer, kein Messer auf dem Tisch; keine Wände, sich den Schädels einzurennen, keine finsternen Ecken, daraus die Plagegeister krochen — da war die Nacht, weiß vom Schnee zu seinen Füßen, von den Sternen über ihm, die Unglücksnacht wieder. Es zog ihn zum See hinunter. Das Eis sprang, er blieb horchend stehen, so war es recht. Nun noch den Lichtschein von der Wirtsstube zu blicken aus drei kleinen Fenstern, die Musik zu hören, Johlen und Gestampfe — er meinte, dann wäre alles ungeschehen, ein wüster Traum nur. Aber es blieb, wie es war. Kein Lichtschein, kein Geräusch, nur das Eis sprang. Das Wirtshaus lag wie weggeschicht irgendwo im Schnee.

Und nichts war ungeschehen. Tränen strömten ihm in die Augen, er stand vor der verschlossenen Tür des Wirtshauses. Sah rechts die Wand der Kegelbahn sich hinziehen, die Bretterstapel, dort, ja dort hatte es den Anfang genommen. Damals war die Fastnacht. Dritten wie ein wildes Heer die Bauernschar, gelb und rot und grün die Spitznase vorm Gesicht, die Schellenklappen auf den Schädeln, ein Narrenfest, und die Weiber lagen schwer in ihren Armen beim Tanz, und sie stampften und keuchten, und unter den Stiefeln krachte zerbrochenes Glas und pantschten die Bierpfützen hoch — ach, die Weiber quietschten, wenn es ihnen unter die Röcke sprang, und sie glühten und glänzten, und die Männer schmissen die Jacken fort, und das Einverständnis brauchte nicht feierlich geholt zu werden, um zur Abkühlung vors Haus zu treten. Da balgten sie sich im Schnee oder überstäubten und bewarfen sich unter wildem Schreien oder standen still an der langen Wand der Kegelbahn zwischen und hinter den Bretterstapeln, und keiner kümmerte sich um den anderen. Damals war die Fastnacht. Und jetzt gab es nur Spuren da vor den Füßen, wohl-erhaltene, wie zum Hohn der strengen Fasten-

zeit präparierte Spuren; und es gab das schwere Gewissen.

Aber es war beschlossen. Der Mann stand jetzt gelehnt am Bretterstapel, dem altbekannten, und wieder war der Duft des Holzes um ihn. So wunderbar und unvermittelt, wie er sich damals in diesem Winkel an der Seite einer Frau wiedergefunden hatte, so überkam ihn jetzt die Erinnerung — Duft des Holzes wandelte sich zum Duft ihres Haares, und die toten Fenster schienen sich zu erhellen. Aller Druck, alle Angst und Einsamkeit wichen, er mußte lachen, und die gefrorenen Tränen in seinem Bart sprangen knisternd auseinander. Aber die Erinnerung schritt über Küsse und Zärtlichkeit erbarmungslos hinweg und ließ auch den Schatten des Dritten wiedererstehen, der einer Finsternis gleich gekommen war, das Weib für sich zu proklamieren. So hatte das Unglück den Anfang genommen. Und aus unüberlegten Worten und zielloser Schlägerei, begleitet vom Gelächter des Weibes, das schlau dem Stärkeren beistand, war der Entschluß zur Tat plötzlich aufgeflammt. Er muß fort, hieß es da, er hat mich geschlagen, bespötte, getreten, er hat mich beschimpft, vor ihr lächerlich gemacht, ja sie, die zuvor an meinem Halse gehangen, sie hob gröhnend die Röcke überm Hintern mir entgegen, ehe sie mit dem andern abzog — wie unter einem Zwange sprach der Mann also, fern jeder Einsicht und Vernunft — er muß fort! Stöhnend und vom Schweiß überschwemmt schlich er sich weiter, der Vollstrecker seiner rächenden Tat, und wußte nicht mehr aus noch ein.

Über Gerümpel und Schuttberge schwang er sich zum hochgelegenen Kirchhof empor, kam aber beim Absprung von der Mauer zu Fall und lag auf der Grabstätte der Eltern wie auf dem breiten weichen Bett seiner Kindheit, selig und ohne an das Unabänderliche zu denken. Unter ihm schmolz der Schnee weg. Je härter sein Lager wurde, je näher er den Toten zu kommen schien, umso qualvoller kehrte die Nüchternheit zurück, Furcht und Grauen; das Elterngrab gab ihm keinen Trost mehr. Denn der Andere, eingefahren ins Reich der Toten — er würde ihn vor all seinen Leuten da, Eltern und Voreltern, anklagen und mit ihnen dunkle Verschwörung wider ihn bereden, auf daß er Zeit seines Lebens keine Ruhe mehr fände. Wie furchtbar war dieser Ort! Die Angst trieb ihn wieder die Gebete über die Lippen. Er kniete vorm Marienbild an der Kirchenmauer nieder, erbat die Hilfe der Jungfrau in tausendfacher Wiederholung, verband sich mit ihr, der Himmlischen, gegen die Gespenster seiner dunklen Seele, machte sie zur Bundesgenossin seiner mörderischen Tat. „Bitte für mich!“ In diesem Augenblick fand er sich geborgen, süß und mächtig erschien ihm die Heilige, die mit erhobenen Händen Schutz und Hilfe des Himmels für ihn herabflehte. So war er es gewohnt von Kindheit an. Zur Bekräftigung des himmlischen Beistandes wollte er nun des Pfarrers Hand auf seiner Stirn spüren, seinen Segen erbitten. Und aus dem Fenster des Pfarrhauses neigte sich schlaftrunken der Altnachwächter, spendete dem anscheinend Zerknirschten und Reumütigen Trost und segnete ihn mit guter Zureden.

Das Messer, drei Tage lang vor seinem Blick und tausendmal wohl in dieser Zeit um-

klammert und gewogen oder in Augenblicken der Wankelmütigkeit im tiefsten Grunde des Spindes versteckt, hervorgeholt und immer wieder dann als erlösende Waffe geweiht, das Messer rief ihn, da er den Pfarrer der Nachtruhe wieder überlassen hatte, gewaltsam heim, als sei die Stunde der Tat nahe. Im Laufen noch auf dem Kirchhof schrie er voll Erregung und wie Versöhnung suchend: „Helft mir, gute Geister!“ beugte flüchtig noch einmal vor der Madonna die Knie, warf, was er an Schmuckzeug bei sich trug — wie Ring, Münzenkette und Biberzahn — an der Kirchenpforte hin und prallte im blinden Weiterlauf ans verschlossene Eisgitter mit voller Wucht. Die blutigen Kopfschrammen verschmerzend, turnte er hinüber und rannte den nächsten Weg, die Hauptstraße, entlang, dorthin, wo er das Messer griffbereit wähnte.

Daheim fand er den Tisch leer. Täuschung glaubte er anfangs, wischte sich über die Augen, die brannten, tastete das nackte Holz, die Stühle, den Erdboden ab, kroch auf allen Vieren in alle Winkel, nichts... Aus den Stirnwunden rann ihm das Blut. Als er sich über das Spind hermachte, es durchwühlte, das Oberste zu unterst kehrte, stürzte sich die Frau, die den wilden Tanz von der Tür her mit angesehen hatte, jäh über ihn, riß ihn rücklings nieder und schrie, da sie dem Blutverschmierten ins Gesicht sah: „Mörder, Mörder!“ Des Mannes Kräfte erlahmten. Dennoch hielt er die Frau so gewaltsam über sich gepreßt, daß sie kaum zu Atem kam, und verlangte flehend und beharrlich jammernd nach dem Messer. Mit einem hölzernen Griffel, den sie in Reichweite hatte, versuchte sie ihn zu täuschen. „Mein Messer!“ schrie er, schüttelte die Frau ab, sprang ab und donnerte mit den Fäusten auf den Tisch: „Mein Messer!“ Endlich gestand die Frau, denn sie vermochte nichts über den Tobenden. „Im Stall!“ sagte sie tonlos, nahm die Laterne und ging voraus und glaubte nichts anderes, als daß nun sie, die Mitwiserin, des Mordmessers Ziel sei...

Das Blut rann aus den Stirnwunden und tropfte nieder ins Erdloch, aus dem die Frau das Messer wühlte. Sie hob es empor, reichte es ihm hin. Doch der Stahl, vom frischen Blute gefärbt, schien ihn zu erschrecken, er zögerte: die Frau aber ließ das Messer zurückfallen in die Grube, schlug die Hände vors Gesicht, stöhnend: „Mörder, Mörder!“ Da geschah es, daß er die Wirklichkeit nicht mehr erkannte und die Tat für vollbracht hielt. Es gab für ihn keinen Zweifel mehr. Die ganze Last des Entschlusses, ungeheuer und peinigend, fiel von ihm, da lag das Messer schon, das blutige, abgetan und bereit, unterm Ochsentrog für ewig verborgen zu werden, da jammerte die Frau „Mörder, Mörder!“ und dort flackerte heimlich abgeblendet das Laternenlicht — ein Mord ist geschehen. Eilig stieß er mit den Füßen Schub um Schub die Erdklumpen in das Loch, stampfte den Boden, hielt erschrocken inne und duckte sich, weil ein Tier sich bewegt, eine Kette geklirrt hatte, und schwankte von Müdigkeit gelähmt aus dem Stall. Sein Schlaf währte ununterbrochen drei Tage. Die Frau hörte danach weder ihn noch andere jemals der grausamen Tat Erwähnung tun.

## Die entlaarte Heilige

Eine Uraufführung im Mannheimer Nationaltheater

Je nüchterner und härter eine Zeit, desto größer ihre Neigung zum Wunder- und Aberglauben. Das ist psychologisch verständlich: aus der Not der Gegenwart, die mit normalen Mitteln nicht mehr abwendbar erscheint, suchen die verzweifelden Menschen einen übernatürlichen Ausweg. Und so oft sie auch schon erfahren, daß es keine Wunder gibt, sie glauben immer wieder an sie, wenn sie den Glauben an sich selbst, das Vertrauen zur eigenen Kraft verloren haben. Auch der Adolf-Hitler-Kult ist nur ein Stück dieses primitivsten Aberglaubens der Massen.

Sehr zeitgemäß ist es, wenn das Mannheimer Nationaltheater ein Stück zur Uraufführung brachte, das diesem gefährlichen Kinderglauben der Menschheit mit schonungslos: Ironie nachspürt. Ernst Toller und Hermann Kesten gestalten in ihrem Stück „Wunder in Amerika“ das Leben der Mary Baker Eddy, der Begründerin der „Christlichen Wissenschaft“, deren Anhänger in Amerika und Europa heute nach Millionen zählen. Ein scheinbar unpolitisches Stück. Aber es zeigt und spricht auch einmal aus, daß die Massen etwas haben müssen, woran sie glauben, damit sie nicht merken, wie elend schlecht es ihnen im Grunde geht.

Mary, eine Hysterikerin, wird durch einen Wunderarzt, den Doktor Quimby, geheilt. Sie verspricht im Augenblick ihrer Heilung, seinen Ruhm durch alle Lande zu verkünden; aber

schon in der nächsten Szene ist es nur noch ihr eigener Ruhm und ihre eigene Geldgier, denen sie dient. Der seltsame Zwiespalt im Leben dieser Frau, die zugleich eine ganz kleine Betrügerin und doch auch eine ganz große Besessene ist, wird meisterhaft gestaltet. Sie ist besessen von der Idee, daß es keine Krankheit und keinen Körper gibt, sondern nur einen Geist, der von bösen weltlichen Einflüssen vergewaltigt und von ihr befreit wird. Wir sehen sie groß, gläubig und hart vor ihren Schülern und Gläubigen stehen. Wie sehen sie klein, mit sich und der Welt zerfallen, hilflos und elend, wenn es um ihr persönliches Schicksal geht. Die leidenschaftliche Bekämpferin der Schulmedizin ruft heimlich den Arzt zu ihrem sterbenden Mann, sie braucht die Morphiumspritze, um wieder stark zu erscheinen. Zurechtgeschminkt — und gemalt wie eine Puppe rafft sie sich noch einmal als Achtzigjährige auf, um ihren Anhängern in der prächtigen, zu ihrem höheren Ruhm gegründeten Kirche zu verkünden, daß es keinen Tod gibt. Dies ihre letzten Worte, mit ihnen auf den Lippen stirbt sie. Trotz dieses Zwiespalts, trotz dieses Betrugs, den sie an Hunderttausenden verübt, wirkt sie — und das ist das wahrhaft Künstlerische in diesem Stück — als eine wirklich große Persönlichkeit, der man, auch wenn man sie eben noch schwach gesehen hat, ihren überwältigenden Einfluß glaubt.

Neben der psychologischen Feinheit des Stückes erfreut die Kunst der Sprache, besonders in den Dialogen, in denen wir Tollers sprachliche Meisterschaft, die wir aus seinen früheren Stücken kennen, wiederfinden.

Die Mannheimer Aufführung unter Dornseiffs Inszenierung und mit Löfflers Bühnenbildern bewegt sich mit großer Feinheit auf der schmalen Grenze zwischen Ironie und tieferer Bedeutung. Vor allem aber ist Ellen Widmann für die hervorragende Gestaltung der Mary Baker zu danken. Das Stück sollte nach dem Mannheimer Vorbild in diesem Winter noch über viele deutsche Bühnen gehen, vor allem sollten die Volksbühnen den Mut aufbringen, es in den Spielplan aufzunehmen. D. F.

## Ein neues Gedächtnis- und Rechenphänomen

In der Berliner Gesellschaft für Psychologie stellte der Vorsitzende Sanitätsrat Dr. Moll als neues Gedächtnis- und Rechenphänomen Dr. S. Finkelstein aus Warschau vor. Dr. Finkelstein war früher Beamter im polnischen Statistischen Amt und befindet sich jetzt auf einer Reise, die ihn in Deutschland, Belgien, Frankreich, der Schweiz und Oesterreich zu den verschiedensten Hochschulen führt, wo er sich den Männern der Wissenschaft zur Untersuchung der ihm angeborenen besonderen psychologischen Fähigkeiten zur Verfügung stellt. In Berlin fanden solche Untersuchungen bereits im Psychologischen Institut der Universität und im Psychotechnischen Institut der Technischen Hochschule statt. Die Sachverständigen stellten fest, daß Dr. Finkelstein bei der Lösung der ihm gestellten Rechenaufgaben den Schnellleistersrekord erreicht hat. Gegenüber dem schweizerischen Rechenkünstler Ferol, der bisher als schnellster Rechner galt, und der 40 einstellige Zahlen in 15 Sekunden addierte, brauchte Dr. Finkelstein für 56 Zahlen 12 Sekunden. Auch bei seinen jetzigen Vorführungen überraschte die Schnelligkeit seines Rechnens. Dr. Finkelstein erklärte auch sein System. Seine Leistungen beruhen einmal auf der Fähigkeit, das einmal Gehörte oder Gelesene durch eine starke Konzentration des Denkens sich im Bilde so einzuprägen, daß er z. B. das Produkt zweier miteinander multiplizierter fünfzeststelligen Zahlen auch nach einer Stunde noch vor Augen sieht und wiederholen kann. Außer diesem guten visuellen Gedächtnis hilft ihm der Umstand, daß für ihn die Ziffern leben. Eine Unzahl von Ziffern ist für ihn charakteristisch, indem er z. B. bei ihnen an geschichtliche Daten denkt oder an ihre mathematischen Besonderheiten.

## Hexen bei Hamburg

D.F.V. Der Senior der Evangelisch-lutherischen Kirche in Hamburg erstattete der am 1. Oktober zusammengetretenen Synode einen ausführlichen Bericht, aus dem wir folgendes entnehmen: „Aus einer Gemeinde wird gemeldet, daß der Hexenglauben im Zunehmen begriffen ist, alte Frauen, absondern sie sich fleißig zur Kirche halten, als Hexen bezeichnet werden und bei Erkrankungen von Menschen und Vieh oft ein Hexenmeister aus dem alten Lande oder eine Frau zum Besprechen geholt wird.“

Es kann sich nur um die unmittelbar bei Hamburg gelegene Gemeinde Finkenwärder handeln. Uebrigens waren im Jahre 1930 Hexenprozesse (wegen Beleidigung) in Schleswig-Holstein, also in rein evangelischen Gemeinden, durchaus nicht selten.

## Farbenblinde

Die Zahl der Farbenblinden ist größer, als man glauben sollte. Bei den Männern überwiegt die Rot-Grün-Blindheit, wobei alle Farben von Rot bis zum Grün gelb gesehen werden. Sie ist erblich und findet sich bei 4 bis 5 Prozent sämtlicher männlichen Personen, während Frauen nicht so sehr davon betroffen werden. Bei ihnen finden sich 2 bis 3 Prozent Farbenblinde. Die Farbenblindheit, die man erst seit dem Jahre 1794 kennt, ist entweder erworben oder angeboren; erworben, wenn die Augen im Laufe der Zeit schlechter werden, meist aber angeboren. Sie vererbt sich durch Generationen, wobei es häufig vorkommt, daß die Tochter eines farbenblindenden Vaters diese Krankheit ihren Kindern vererbt, ohne selbst farbenblind zu sein. In Deutschland gibt es ungefähr 2 560 000 Farbenblinde.

Es wird immer toller in Halle!

# Schließung der Universität?

### Der studentische Pöbel verweigert jede Verständigung

Der Universitätsskandal in Halle hat am Freitag nachmittag seinen Gipfel erreicht: die Vertreter der Studentenschaft faßten den Beschluß, die vorgesehenen Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts nicht zu besuchen. Sie fordern den Rücktritt des Rektors der Universität! Der Terror der fanatisierten studentischen Hakenkreuzler kennt keine Grenzen!

## Die Resolution

welche dem Rektor der Universität überreicht wurde, hat den folgenden Wortlaut:

„Der Hochschulring deutscher Art und die deutsche Studentenschaft haben beschlossen, die in einer Besprechung mit seiner Magnifizenz vorgesehenen Zusammenkünfte am 6. November nicht zu besuchen, da die Studentenschaft ihrerseits glaubt, einen besseren Weg gefunden zu haben. Zur Beilegung des Konflikts sehen die deutsche Studentenschaft und der Hochschulring deutscher Art nur einen Weg: den Rücktritt des Rektors. Da der Herr Rektor schon lange nicht mehr das Vertrauen der Studentenschaft besitzt, fordert die gesamte Studentenschaft die Wahl eines neuen Rektors, der den Wünschen der Studentenschaft mehr Verständnis entgegenbringt. Nur auf dieser Basis scheint die Einheit zwischen Lehrenden und Lernenden wiederhergestellt werden zu können. Weitere Demonstrationen lehnen wir grundsätzlich ab, da uns das Wohl der Universität höher steht als die Leertätigkeit eines in seinem Charakter und seiner Anschauung sehr fragwürdigen Dozenten. Den von unserer inneren Einstellung geführten Kampf werden wir keineswegs aufgeben, sondern noch auf verbreiterter Basis mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln weiterführen.“

## Ihre „Beweggründe“

Die „Telegraphen-Union“ meldet dazu noch folgende Einzelheiten:

„Die Nachmittagsbesprechungen sollten bekanntlich besonders auf Betreiben des bei der Studentenschaft sehr beliebten Dekans der juristischen Fakultät, Prof. Böhmer, eine leidenschaftslose sachliche Auseinandersetzung zwischen Prof. Dehn einerseits, für den sich der Rektor Aubin stärkstens eingesetzt hatte, und der Studentenschaft andererseits zum Ziele haben. Bereits am Donnerstag nachmittag jedoch verfaßte die deutsche Studentenschaft eine ungewöhnlich scharfe längere Erklärung in Form eines „Offenen Wortes“ an den Rektor Aubin. Die Erklärung wurde von dem Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft Halle, cand. jur. Börner, dem Rektor überreicht. Dieser erklärte den Brief für „unfair“, da er auf ganz irrigem Voraussetzungen beruhe. Der Freitagvormittag und nachmittag war dann mit weiteren Verhandlungen sowohl des „Hochschulrings Deutscher Art“ wie auch des Asta der Deutschen Studentenschaft ausgefüllt. Inzwischen waren Vermittlungsversuche nunmehr

auch der Altherrenschaft im Gange, und auch Prof. Böhmer versuchte energisch, die verantwortlichen Führer des Hochschulrings und der Deutschen Studentenschaft von einem Abbruch der kaum aufgenommenen Verhandlungen mit den Hochschulringbehörden abzuhalten. Die Vermittlungen sollten vor allem einen Weg finden, der ein Eingreifen der Staatsregierung in die Selbstverwaltung der Universität verhindert, zumal bekanntgeworden war, daß die Reichsregierung der preussischen Regierung die Schließung zweier Universitäten nahegelegt hat, unter denen sich die Hallesche Universität bisher nicht befand.

Die Studentenschaft blieb jedoch dabei, auf keinen Fall ihren bisherigen Standpunkt im Falle Dehn aufzugeben.

Sie stützte sich dabei auf neues Material, von dem auch die Nachmittagsentschließung der deutschen Studentenschaft spricht. Dieses neue Material soll sich, wie man hört, auf die Haltung Prof. Dehns als Pfarrer der Reformationskirche in Berlin gelegentlich der Beerdigung der verstorbenen Kaiserin beziehen. Damals soll Dehn mit dem größten Teil des Gemeindeführerates gegen eine Beteiligung der Reformationskirche am Trauergeläute gestimmt haben.“

## Schließung der Universität?

Infolge des Skandals ist, wie weiter gemeldet wird, die Schließung der Universität Halle in den Bereich der Möglichkeit gerückt.

Das unerhörte Verhalten der Halleser Studenten wird erst ins rechte Licht gerückt, wenn man erfährt, daß Professor Dehn in Wirklichkeit gar keine pazifistischen Forderungen vertritt, wie zuerst angenommen worden war. Er erklärte einem bürgerlichen Berliner Zeitungsreporter:

„Mein Verbrechen? Ich habe das Recht des notwendigen Krieges anerkannt; aber als Gottes eigentlichen Willen habe ich den Frieden gepredigt. Notwendige Folge: wir dürfen den Krieg nicht verherrlichen.“

Und diese durchaus bürgerliche, durchaus verwaschene, durchaus zu Konzessionen gegenüber dem Nationalismus bereite politische Anschauung erscheint den aufgeputschten Hitler-Studenten als ausreichendes Motiv für ihren pöbelhaften Terror! Ueber ihre Aeuerungen „deutscher“ Kultur berichtet ein Berliner Blatt:

„Zwei Stunden lang hörte man gestern (Donnerstag), wie sich eine Masse von vielleicht fünf- bis achthundert von Achtzehn- bis Fünfundzwanzigjährigen an den beiden Worten „Dehn raus“, „Dehn raus“ heiser brüllte. Dazwischen: „Deutschland erwache“, „Juda verrecke“, das Horst-Wessel-Lied und das Deutschland-Lied. Aber dann immer wieder: „Dehn raus“, „Dehn raus!“

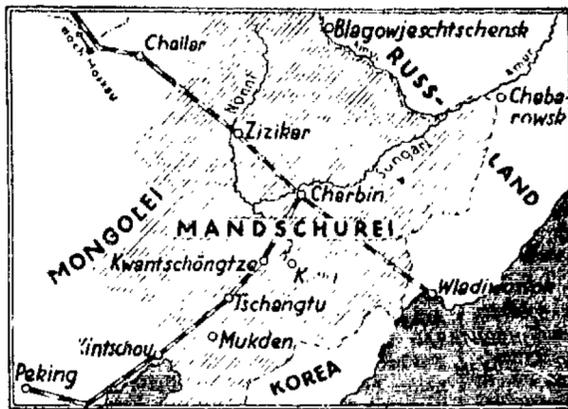
Ein herrlicher Ausblick ins „dritte Reich!“

# Japans Raubzug

### Das Karnickel ist schuld

Der Kriegsschauplatz am Nonni-Fluß

(Reuter.) Tokio, 6. Nov.



Die japanischen Konsuln in der Mandchurei teilten dem Ministerium des Aeußern mit, daß für den gestrigen Zwischenfall an einer Brücke über den Nonni-Fluß ein chinesischer Befehlshaber verantwortlich sei, der sich weigerte, den Befehl des Generals Matschangseen zum Rückzug anzuerkennen.

Die Kämpfe in der Umgebung von Tahnien, auf dem nördlichen Ufer des Nonni-Flusses, lebten am Morgen wieder auf und dauerten bis in den Nachmittag hinein. Die chinesischen Truppen sollen allgemein den Rückzug in Richtung auf Angantschi angetreten haben. Der Führer der zweiten japanischen Division begleitet eine zur Verstärkung der Truppen am Nonni-Flusse von Tschangantschun abgegangene Abteilung, um eine persönliche Inspektion der Truppen vorzunehmen.

## Der Völkerbund in Aufregung

### Nächste Tagung in Paris?

Genf, 6. November.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die nächste Sitzung des Völkerbunds, die der erneuten Behandlung des chinesisch-japanischen Konflikts gewidmet sein wird, nicht in Genf, sondern in Paris stattfinden wird.

Wie verlautet, hat der französische Außenminister Briand, der zur Zeit die Geschäfte des Ratspräsidenten führt, um die Verlegung der Sitzung nach Paris gebeten, und der Generalsekretär des Völkerbunds hat sich daraufhin mit den übrigen Mitgliedern des Rats entsprechend in Verbindung gesetzt. Die Frage ist noch nicht endgültig entschieden. An maßgebender Stelle im Völkerbundssekretariat glaubt man jedoch, daß dem Wunsche Briands entsprochen werden wird. Der Rat tritt bekanntlich am 16. November zusammen. Die Gerüchte über eine frühere Einberufung werden bis jetzt nicht bestätigt. Es scheinen aber diesbezügliche Erwägungen von den zuständigen Stellen zur Zeit angestellt zu werden, und man spricht davon, daß der Rat unter Umständen schon Mitte der nächsten Woche zusammentreten wird.

Nach den hier eingetroffenen Meldungen spitzt sich die Lage in der Mandchurei weiter zu. Wiederum sind verschiedene Noten der im Konflikt befindlichen Parteien eingegangen, die die neuesten Vorgänge am Nonni-Fluß von ihrem Standpunkt aus darstellen. Berichte neutraler Beobachter über diese neuesten Ereignisse sind bis jetzt hier nicht eingegangen, so daß es schwer ist, ein vollständiges und objektives Bild von den Ereignissen zu gewinnen. Die zuständigen Stellen des Völkerbundssekretariats sind jetzt eifrig mit der Vorbereitung der nächsten Ratssitzung beschäftigt. Ständig spielt der Draht zwischen Genf und Paris. Man ist sich hier in Genf vollkommen klar darüber, daß der bevorstehenden Tagung des Rates eine ganz außerordentliche Bedeutung zukommt.

## Rußland erklärt nochmals seine Neutralität

Moskau, 5. November.

Die fortschreitende Bewegung der Japaner in der Mandchurei beschäftigt die hiesige öffentliche Meinung und Presse in steigendem Maße. So wird betont, daß die sowjetfeindliche Presse bemüht sei, Sowjetrußland in den mandchurischen Konflikt hineinzuziehen. Wie die Prawda schreibt, habe man versucht, die Nachricht zu verbreiten, daß zwischen der Sowjet-Union und Japan ein abgekartetes Spiel bestehe, das die Aufteilung der Mandchurei zwischen diesen beiden Ländern anstrebe. Diese Nachrichten, so wird erklärt, seien frei erfunden. Es werde weiter behauptet, daß russische Truppen an der ostchinesischen Bahn zusammengezogen seien, um das Leben und Eigentum sowjetrussischer Staatsangehöriger zu schützen, da die chinesischen Truppenstreitkräfte nicht genügend zuverlässig seien. Auch dies stimme nicht. Alle diese Nachrichten trügen nur provokatorischen Charakter, um Zweifel an der Friedfertigkeit der russischen Regierung zu erregen. Die Sowjetunion sei entschlossen, die internationalen Verträge und die Unantastbarkeit jeder fremdstaatlichen Souveränität zu achten. In der sowjetfeindlichen Presse würden weiterhin falsche Gerüchte verbreitet, die besagten, daß die Sowjetunion beabsichtige, in die Mandchurei einzudringen und sich mit den Generalen zu verschwören. Hierzu wird gesagt, daß erst am 1. November von russischer Seite offiziell erklärt worden sei, daß man dem chinesischen General Ma keinerlei Hilfe zugesagt habe. Hierdurch sei der Standpunkt der Sowjetunion erhärtet, absolute Neutralität zu bewahren.

## Besteht Amerika auf seinem Schein?

Washington, 5. November

Die Meldung des Universal Service, daß Präsident Hoover dem französischen Ministerpräsidenten gegenüber ein Prioritätsrecht der Reparationen vor den Privatkrediten anerkannt habe, wird hier als abwegig bezeichnet. Man habe lediglich vereinbart, daß die Frage der internationalen Schulden angesichts der Weltdepression einer Neuprüfung unterzogen werden solle und daß, während im Juni Amerika das Moratorium vorschlug, diesmal die Initiative von Europa kommen müsse, da ein erneutes Angebot eines größeren amerikanischen Opfers weder vom Kongreß noch von der öffentlichen Meinung gebilligt werden würde.

Erst wenn Europa sich geeinigt habe und man den hiesigen durch die Depression schwer getroffenen Steuerzahlern zeigen könne, daß alle Schuldner Amerikas ebenfalls Opfer bringen, werde eine Neuregelung der alliierten Schulden auf der Basis der Zahlungsfähigkeit der einzelnen Staaten geprüft werden.

Abweg seien daher auch die gestrigen Pariser Meldungen, daß Amerika den Alliierten den vollen Betrag dessen zu erlassen bereit sei, was sie von den deutschen Reparationen streichen. Diese Form der Regelung würde die Abwälzung des Gesamt-opfers auf Amerika bedeuten und daher undiskutierbar sein. Was die Frage der deutschen kurzfristigen Kredite anlangt, so seien sich Hoover und Laval bei ihren Unterhandlungen durchaus bewußt gewesen, daß der 29. Februar 1932 ein kritischer Tag sei, für den Vorsorge getroffen werden müsse. Hier werde man die weitere Entwicklung in Europa zu erwarten und glaube zuversichtlich, daß Laval und Brüning zu einer Verständigung in diesen finanziellen Fragen kommen werden.

New York, 6. November

In einer Rede, die der frühere Botschafter Houghton in Elmira bei New York über

das Problem der Kriegsschulden und Reparationen hielt, erklärte er, die Vereinigten Staaten hätten die Macht, auf der Zahlung der Kriegsschulden zu bestehen. Dem fügte er hinzu: „Wenn jedoch durch einen teilweisen oder gänzlichen Nachlaß der Schulden die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Struktur Deutschlands vor dem Zusammenbruch bewahrt und die Erholung dieses Landes beschleunigt gesichert werden kann, so sollten wir den Nachlaß gewähren. Ich könnte mir kein größeres Unglück für die Welt vorstellen, als den Zusammenbruch Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick.“

Eine Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige mit fünf- oder zehnjähriger Laufzeit haben die New Yorker Banken als „untenlich“ bezeichnet.

## Starhemberg dementiert

Wien, 6. November.

Eine hiesige Korrespondenz ist von der Bundesführung des österreichischen Heimatschutzverbandes ermächtigt worden zu erklären, daß alle Gerüchte, die von Putschbefehlen des Bundesführers der Heimwehren, Starhemberg, sprechen, vollständig aus der Luft gegriffen sind.

## Das letzte Opfer von Brest-Litowsk entlassen

Lemberg, 5. November.

Der letzte Gefangene von Brest-Litowsk, der frühere ukrainische Abgeordnete Redakteur Demeter Paljw, ist gestern aus der Haft gegen Stellung einer Kaution von 15 000 Zloty entlassen worden. Gegen Paljw schweben zwei Verfahren wegen Hochverrats und Anstiftung zu Sabotageakten.

Nazi-Kundgebung in München verboten. Am kommenden Sonntag sollte im Zirkus Krone eine nationalsozialistische Totengedenkfeier unter Aufmarsch der SA- und SS-Leute in Parteiform stattfinden. Diese Veranstaltung ist von der Polizei verboten worden.

# Daladier bläst zum Aufbruch

### Eine Kampfrede gegen die Regierung Laval

Paris, 5. November. Nachdem die heutige Vormittagsitzung der Radikalen Partei mit Formalitäten ausgefüllt war, gab der Parteivorsitzende Daladier in der Nachmittagsitzung mit einer Eröffnungsrede den Auftakt zur eigentlichen politischen Aussprache. Daladier entwarf ein Bild von der gegenwärtigen Lage und betonte,

daß auch Frankreich in die allgemeine Krise zu geraten beginne. Die Abwehrmittel, die die gegenwärtige Regierung vorsehe, seien wirkungslos.

Scharf wandte sich Daladier gegen die „Säer des Hasses“, die Brandstifter, die mit der Forderung nach Abrüstung manchmal einfach die Gewalt predigen, selbst die Kinder militarisieren und die Schönheit der Kanonen bewundern. Ein deutlicher Hieb gegen den Abgott der Nazis, den italienischen Diktator. Der Redner kritisierte aber auch das französische Heeresbudget, das vor anderen Etats bevorzugt würde. Niemals werde die radikalsozialistische Partei die These verteidigen, daß Frankreich allein abrüsten sollte. Die Partei wünsche eine gegenseitige, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung. Erwiesen sei jedoch nicht, daß in einer Zeit, wo die französischen Heereskredite und Truppenbestände die aller anderen Nationen mit Ausnahme Rußlands überträfen, vom technischen Standpunkt aus das französische Heer sich mit denen der Nachbarländer vergleichen könne.

Der Vorsitzende der radikalsozialistischen Partei sparte weiterhin nicht an scharfen Vorwürfen gegen die „Wirtschaftsführer“, deren Inflationshypotheken jetzt zusammenbrechen. Der Hauptschuldige an den Leiden

der modernen Welt sei der Wirtschafts-nationalismus, eine große Gefahr liege in den Rezepten jener, die durch Notendruck eine neue Inflation herbeiführen, die die sozialen Rechte der Arbeiterschaft wieder zerstören wollten, oder durch Zollabsperrungen das Leiden vergeblich zu kurieren versuchten. Zum Schluß erklärte Daladier, man dürfe dem Lande nicht länger die Wahrheit verheimlichen, damit nicht morgen wieder gegen die Linksregierung die mörderische Kampagne von einst anhebe. Man müsse allen aufrichtigen und loyalen Republikanern sagen, daß im Interesse der Republik und der Nation die Stunde gekommen sei, die Herrschaft der Rechten zu beenden, Ordnung im eigenen Haus zu schaffen und mit von gegenseitiger Loyalität zeugenden Methoden internationaler Zusammenarbeit eine ernste Krise zu lösen, die die Zivilisation und den Weltfrieden zu vernichten drohe.

In der nach der üblichen Diskussion angenommenen Entschließung heißt es: die radikale Partei wolle die in ihrem Parteiprogramm enthaltenen Reformen weiter verfolgen und überlasse der gegenwärtigen Kammermehrheit die Verantwortung für eine Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, vor der sie ständig gewarnt habe. Sie werde ihre Kontrolle über die Tätigkeit der Regierung ohne zwecklose Angriffe, aber auch ohne Schwäche ausüben. Die radikale Partei wolle den Wahlkampf ohne Kompromisse durchführen und halte an der Tradition republikanischer Disziplin fest, um den Sieg der laizistischen (antikirchlichen) und sozialen Demokratie gegen die Gegner der Politik der wirtschaftlichen Reorganisation und internationalen Zusammenarbeit zu erringen.

# Arbeiter-Sport am Sonntag

## KPD sprengt SAP-Versammlung

Am vergangenen Sonntag ist die SAP in Erfurt an die Öffentlichkeit getreten, nachdem eine Woche vorher erst die Ortsgruppe von einem kleinen Kreis entschiedener Sozialisten ins Leben gerufen worden war. Referenten waren die Genossen Rosenfeld und Siemsen. Die

schon lange vor Beginn wegen Ueberfüllung des Saales polizeilich geschlossene Versammlung

hat den Beweis dafür geliefert, daß die Erfurter Arbeiterschaft regestes Interesse für die Frage zeigte, die die beiden Redner zu beantworten hatten: „Warum SAP?“

Die SPD-Presse hatte unsere Veranstaltung vollständig totgeschwiegen, während die KPD alle ihre Schreier mobilisiert hatte, die sich dann auch des öfteren im schönsten Sprechelohr produzierten.

Nach der Begrüßung durch unseren Vorsitzenden, der eindringlich darauf hinwies, daß eine Versammlung Klassenbewußter Arbeiter nicht auf das Niveau eines Nazirummels herabgewürdigt werden möchte, sprang der Kommunist Jahn auf und ließ eigenmächtig „zur Geschäftsordnung“ die Versammlung darüber abstimmen, daß nur einer unserer Redner sprechen sollte und daß der KPD ein Korreferat von mindestens einer Stunde zugewilligt werden sollte.

Ohne Beachtung dieses Zwischenspiels begann Genosse Rosenfeld seine Ausführungen, in denen er nach einer kritischen Würdigung der jetzigen politischen Lage Stellung nahm zu der hoffnungslosen Taktik der SPD und klarlegte, wie die Opposition, um Schlimmstes zu verhüten, sich zu ihrem folgenschweren Entschluß der Neugründung gezwungen sah. Rosenfeld wurde oft von zum Teil recht dummen Zwischenrufen junger kommunistischer Strategen unterbrochen, die er aber jedesmal glänzend abzufertigen vermochte, so daß sie immer stiller wurden und schließlich, als der Redner sich mit der KPD selbst beschäftigte, wie begossene Pudel alles über sich ergehen ließen. Ebenso still ließ man dann auch trotz des Geschäftsordnungsantrages den Genossen Siemsen zu Worte kommen, der mit seinen Ausführungen endlich einige SPD-funktionäre aus ihrer Reserve herauslockte. Aber sogar der Redakteur der SPD-Tribüne, Seidel, vermochte nur einige längst widerlegte Behauptungen erneut anzubringen, die sich mit der angeblichen „Schaukelpolitik“ Siemens befaltten und vom Redner mitleidig abermals richtig gestellt wurden.

In der Diskussion kam die KPD an erster Stelle, und wie gewünscht, mit einer Stunde Redezeit daran. Ihr Redner Duddins wurde jedoch von der Polizei wegen eines gegen ihn ausgesprochenen Redeverbotes am Sprechen gehindert. Genosse Rosenfeld brachte eine von der Versammlung stürmisch begrüßte Protestresolution gegen diese Mundtotmachung eines proletarischen Kämpfers ein, die nach Schluß der Diskussion zur Abstimmung kommen sollte.

An Stelle von Duddins nahm der KGO-Mann Brassat das Wort zur Erwiderung auf die Ausführungen der beiden Redner. Der Kernpunkt seiner sehr stürmischen Ausführungen war die Feststellung, daß die SAP die technische Nothilfe zur Ueberwinterung der SPD sei. Nach einer reichlichen halben Stunde schon schloß er mit einer Resolution gegen die Gründung der SAP.

Beim Auftreten des zweiten Diskussionsredners, des KPO-Genossen Alfred Schmidt, MdL., der nur eine Protestresolution gegen die beabsichtigte Hinrichtung des chinesischen Revolutionärs Ruegg einbringen wollte, brachen seine linientreuen Gesinnungsfreunde in derart tobendes Entrennungsschreien gegen den angeblichen Mandatsräuber aus, daß er zehn Minuten lang vergeblich versuchte, zu Wort zu kommen.

Schließlich schloß der diensthabende Polizeioffizier die Versammlung.

Die KPD stimmte die Internationale an, alle Teilnehmer fielen in den Gesang ein, und langsam, ohne weiteren Zwischenfall, leerte sich der Saal.

So erlebten wir das traurige Schauspiel, daß die angeblich einzig berufene Partei der Einigung des Proletariats wegen ihres blinden Hasses gegen die Bruderpartei KPO deren Vertreter ein Redeverbot aufzwang! Haben solche Verfechter einer blinden Parteijustiz noch das Recht, sich über die Klassenjustiz des kapitalistischen Staates zu beklagen? Und als Folge konnte nun die Protestresolution gegen die Mundtotmachung ihres eigenen Genossen auch nicht zur Abstimmung gelangen!

Leider konnten wir infolge dieses unvorhergesehenen Abschlusses unserer Versammlung unsere Werbeaktion nicht voll durchführen, immerhin steht aber jetzt auch schon in Erfurt eine Ortsgruppe von 50 Mitgliedern und arbeitet mit Eifer und Zielbewußtsein für die Schaffung der wahren Einheitsfront des Proletariats. Dank der Taktik unserer Freunde von rechts und links sind wir auch hier in den Blickpunkt des politischen Interesses gerückt und hoffen, bald von größeren Werberfolgen berichten zu können.

## Bettfedern-Verkauf

zu staunend billigen Preisen!

Reine Gänsefedern handgeschliffen Pfund 3.50 **4.50**  
Allerbeste Sorte schneeweiß, daunig Pfund nur **5.50**  
Schneeweiße Volldaunen Pfund nur **8.50**

**Josef Blumenfeld, Breslau**  
Oderstr. 12, 1 Treppe / Tel. von 53724

## Fußballspiele in Berlin - Brandenburg

Am letzten Sonntag hatte die Fußballsparte wegen der in den Bezirken ausgetragenen Herbstwaldläufe nur wenige Spiele von Bedeutung angesetzt. Umso größer ist der Spielbetrieb am kommenden Sonntag. In der Kreisklasse und auch in den Bezirken finden entscheidende Spiele statt.

In der Abteilung A der Kreisklasse spielen: Lichtenberg I—Eintracht-Reinickendorf auf dem Stadt Sportplatz Lichtenberg, Kynaststraße; Luckenwalde I—Luckenwalde III in Luckenwalde, Vereinsplatz der Turnerschaft in der Hetzheide; Spandau 25—Luckenwalde V in Spandau, Seeburger Straße. — Das Spiel in Lichtenberg wird ohne Zweifel das interessanteste der in Berlin stattfindenden Kreisklassenspiele sein. Gelingt es Eintracht-Reinickendorf auch dieses Spiel erfolgreich zu beenden, dann sind ernsthafte Konkurrenten um die Abteilungsmeisterschaft nur noch Luckenwalde I und III. Aber auch Lichtenberg I will den Anschluß an die Spitze nicht verlieren und wird deshalb den Reinickendorfern haupten Widerstand entgegensetzen. Punktgewinner dürften aber schließlich die Reinickendorfer sein, die doch über die bessere Mannschaftseinheit verfügen. — In Luckenwalde treffen der Kreismeister Luckenwalde I und die junge aufstrebende Mannschaft von Luckenwalde II aufeinander. Verliert der Kreismeister, dann ist Eintracht-Reinickendorf der lachende Dritte. Doch Luckenwalde I muß erst einmal geschlagen werden und gerade bei derart wichtigen Spielen hat die Meisterrolle gezeigt, daß sie zu kämpfen versteht. Dieses Lokaltreffen in Luckenwalde wird sicher eine große Schar Fußballanhänger nach dem herrlich in der Hetzheide gelegenen Vereinsportplatz der Luckenwalder Turnerschaft locken. — In Spandau geben sich im Spiel Spandau 25—Luckenwalde V zwei Mannschaften vom Tabellende ein Stelldichein. Die 5. Abteilung der Luckenwalder erscheint uns zur Zeit etwas spielstärker als Spandau. Wenn man weiter berücksichtigt, daß Luckenwalde V im Serienspiel gegen den Kreismeister Luckenwalde I ein Unentschieden erringen konnte, dann dürfte zu erwarten sein,

daß Luckenwalde V die Punkte mit nach Hause nimmt.

In der Abteilung B der Kreisklasse sind zwei Spiele angesetzt. Minerva-Neukölln—Vorwärts-Trebbin in Neukölln, Sportpark Tempelhofer Feld, Platz 6 und Weißensee—Adler 08 in Weißensee, Stadion Buschallee. Das wichtigste Spiel dieser Abteilung ist der Kampf in Weißensee. Vor 14 Tagen spielten beide Vereine in Pankow und war hier Adler 08 mit 3:2 knapper Sieger. Die Adler-Mannschaft scheint sich nun wieder gefunden zu haben. Gegen den Dresdener Meister „Helios“ spielte Adler 08 am letzten Sonnabend in Dresden und verlor knapp, und wie der „Sachsen-Fußball“ schreibt unverdient, mit 2:1. Dafür nahm Adler 08 im zweiten Spiel gegen „Helios“ am Sonntag in Freiberg Revanche und schlug die Dresdner einwandfrei mit 4:1. Das ist mehr als ein Achtungserfolg des früheren Bundesmeisters und Weißensee wird am Sonntag schwerer zu kämpfen haben als vor 2 Wochen. — Minerva hat in Neukölln die Trebbiner zu Gäste. Die Minerva-Mannschaft hat sich, das muß anerkannt werden, in der letzten Zeit wesentlich verbessert. Ein Erfolg über Trebbin würde hoch zu werten sein.

1. Bezirk (Berlin-Osten). Die wichtigsten Serienspiele des 1. Bezirks finden in Abteilung A statt. Es sind angesetzt: Oberspree—Herzfelder; Ost—ASV; Neukölln; Britz 88—Hoppegarten (13 Uhr); Abteilung B: Wildau—Frohe Stunde; Lichtenberg I (Bez.)—Minerva-Neukölln (Bez.) (13 Uhr); Südost—Kegel; Eiche-Köpenick (Bez.)—Eiche (13 Uhr); Abteilung C: Friedersdorf—Normania 2; Lichtenberg II—Dolgenbrodt; Abteilung D: Südost 2—Wacker 30 2 (13 Uhr); Südost 3—Schweifsterne (11.30); BSV 30—Frohe Stunde 2; Deutsch-Wusterhausen—Wacker 30. 2. Mannsch. Oberspree—Herzfelder; Ost—ASV—Neukölln; Britz 88—Hoppegarten (14.30). — 2. Bezirk (Berlin-Norden). In Abteilung A wird der Meisterschaftsanwärter Hansa im Spiel sein. Weitere Spiele: Eintracht-Reinickendorf (Bez.)—Saxonia; Zehlendorf—Blauenburg; Weißensee (Bez.)—Wandsd.; Freie Scholle—Vorwärts-Wedding; Abteilung C: Zehlendorf 2—Blauenburg 2; Hansa 2—Pankow 3; Pankow 2—Saxonia 2; Freie Scholle 2—Lychen 1. — 3. Bezirk (Berlin-Westen). Die Serienspiele sind bis auf einige noch nachzuholende Spiele beendet. Schon am übernächsten Sonntag werden die Kämpfe um die Bezirksmeisterschaft einsetzen. Diesen Sonntag spielen: Drewitz—Staaken; Elstal—Weißer 77 und in der Havelgruppe Jeserig—Treichwitz. — 4. Bezirk (Berlin-Süd und Luckenwalde). In der Abteilung B dieses Bezirks findet in Woltersdorf bei Luckenwalde das Endspiel um die Abteilungsmeisterschaft statt. Der SC 1910-Woltersdorf empfängt den Ballspiel-Club Ruhlsdorf. Woltersdorf dürfte die größeren Aussichten haben, die Meisterschaft zu erringen. Weitere Spiele: Treuenbrietzen—Jüterbog; Union-Tempelhof—Brück (14 Uhr). 2. Mannschaften: Teltow 2—Friedenau 3; Teltow 3—Friedenau 2 (11 Uhr); Schöneberg 3—Schöneberg 2; Luckenwalde V 3—Niemegk 1; Hertha-Luckenwalde 2; Lowendort 1 (13.30); Jankendorf 1—Luckenwalde III 2 (14.30); Jugend-Treuenbrietzen—Jüterbog (13.15). Beginn der Spiele ist, sofern nicht andere Anstoßzeiten angegeben, 1. Männer 14.30, 2. Männer 12.45 Uhr.

Der Eintritt einschl. mit darauffolgendem geselligen Beisammensein beträgt 1,— Mark, Erwerbslose gegen Ausweis 0,60 Mark.

## Sport im Reiche

Ratingen meldet:

Meisterschaftsspiele im Handball

Am kommenden Sonntag steigt auf dem bekannten Platz an der Taülstraße das Meisterschaftstreffen F.T. Ratingen—F.T. Gerresheim.

Obgleich die gut eingespielte Mannschaft der Gerresheimer alles daran setzen wird, um den Kampf siegreich für sich zu entscheiden, werden ihnen die technisch vollendeteren Spieler des F.T. Ratingen dennoch den Sieg streitig zu machen versuchen. Nach dem bisher Gezeigten dürfte voraussichtlich ein knapper Sieg der Ratinger-Mannschaft zu erwarten sein. Spielbeginn: 15.30 Uhr, vorher Ratingen 2—Gerresheim 2.

Die Ratinger Turnerinnen tragen gegen Schwarz-Gelb Düsseldorf um 13.30 Uhr ebenfalls auf diesem Platz ein Gesellschaftsspiel im Handball aus.

## Aus dem Breslauer Fußball-Lager

Nachdem der Termin zur Ermittlung des Breslauer Fußball-Meisters in greifbare Nähe gerückt ist, ist die Spannung unter den noch im Rennen liegenden Mannschaften bis aufs äußerste gesteigert.

Die vielen Ueberraschungen, die die Vorrundenspiele gebracht haben, lassen deutlich erkennen, daß der diesmalige Meister keineswegs vor der Hand auch nur einigermaßen sicher getippt werden kann. Ueberraschend kam die Meldung des Gruppenmeisters Einigkeit. Noch überraschender war das Versagen der Mannschaft Sterns in den Meisterschaftsspielen. Stern war eigentlich von der Fußball-Gemeinde als diesjähriger Meister getippt. Auch ist mit der Mannschaft des VfL Oels zu rechnen, zumal sie gegen Blau-Weiß eine überragende Form an den Tag legte. In der Zwischenzeit ist an der ständigen Verbesserung der Oelser Mannschaft gearbeitet worden. Am Sonntag vormittag stehen sich Einigkeit und VfL Oels gegenüber. Sollte auch dieses Spiel mit einer Ueberraschung enden? Wenngleich für die Mannschaft des Vereins Einigkeit größere Siegaussichten bestehen, so kann eine Unterschätzung des Gegners leicht das Gegenteil zeigen. Man weiß, daß Einigkeit bis zum Schlußpfeiff, aber dennoch muß unbedingt mit der großen Energie und dem eminenten Kampfeswillen der Oelser Mannschaft gerechnet werden. Es ist also ein vollständig offenes Spiel und dürfte als eines der besten des Sonntags zu bezeichnen sein. Spielbeginn: Vormittags 10.15 Uhr. Für Groß-Breslau ist in Anbetracht der Wichtigkeit dieses Spiels bis 12 Uhr Spielverbot festgesetzt.

Gesellschaftsspiele

1930—VfL: St. Kick—Wacker im Stadion; Märzdorf—Rosenthal, um 14 Uhr in Märzdorf; VfB—1928 in Ottusch; Einheit—Canth auf der Brückenaue; Freie Sportfreunde—Sturm auf der Zankholzwiese; 1921—Rapid am Backerteich; Tasmania—VfK, an der Riemannshöhe; Sparta—Südost, um 14.45 Uhr, am Schlachthof; Gr. Nadditz—ZdA, in Gr. Nadditz; Gr. Trebnitz—Hundsfeld, in Trebnitz; Adler—Cawallen in Steine; Stern—FSB, in Gräbchen; Eintracht—Vorwärts, in Masselwitz; Skama—1924, um 14.30 Uhr, auf der Brückenaue; Oswitz—Rothsüßen, in Oswitz; Falke—Union, in Neukirch. Sowie kein anderer Termin festgelegt, beginnen die Spiele um 15 Uhr.

## Handballvorschau

für Sonntag, den 8. November.

Anläßlich des Waldlaufes fallen bis auf ein A-Klassenspiel sämtliche Serienspiele der Männer-A-, B- und C-Klasse aus. Nur die unteren Mannschaften sowie Jugend- und Sportlerinnen-Mannschaften bringen ihre Serienspiele zur Durchführung. Um 15 Uhr steigt in Gandau das Serienspiel.

Gandau I—St. Kick, 1. Sportlerinnen: 2. Abt.—FSB, auf der Lohwiese; 4. Abt.—Herta-Briex im Eichenpark; VfL—St. Kick, um 10 Uhr in Gandau; 9. Abt.—3. Abt. I im Ostpark.

## Großberliner Handballspiele

In der 1. Klasse gibt es sechs Spiele, die von hoher Bedeutung sind und ausschlaggebend für die Mannschaften sein dürften.

Abteilung A. Der Kreismeister Volkssport-Wedding erwartet um 15.10 Uhr den Neuling FTGB-Nordost im Volkspark Rehberge. — Auf demselben Platz spielen um 14 Uhr Volkssport-Wedding 3 und FTGB-Osten. — Eiche-Köpenick und Nowawes sind um 15 Uhr auf dem Eicheplatz in Köpenick die Konkurrenten.

Abteilung B. Eintracht-Mahlsdorf, hat FTGB-Süden um 15.10 Uhr zu Gast und wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht allzu viel zu bestellen haben. — FTGB-Oberspree spielt gegen Volkssport-Neukölln um 10.45 Uhr in der Wühlheide. — ASV—Schöneberg gegen Luckenwalde, Sport, um 15.10 Uhr, Platz Rubensstraße.

Bezirksklasse Osten. FT-Erkner gegen FTGB-Adlershof um 14.15 Uhr, Platz Dameritzsee. — Friesen-Lustenwalde gegen Eiche-Köpenick 2 um 15.15 Uhr, Platz Friedersdorf in Friesenwalde. — Freiheit-Fichtenau gegen FTGB-Trebnitz, um 14 Uhr in Fichtenau. — FT-Frohberg gegen VfL-Osting, um 14 Uhr in Kalkberge. — Freiheit—Eiche-Köpenick gegen FTGB-Osten, um 14.15 Uhr, Eicheplatz. — Eiche-Bohdorf gegen FSV-Karlshagen, um 15 Uhr in Bohldorf. — FTGB-Adlershof gegen ASV, um 15 Uhr, Platz Wühlheide.

Bezirksklasse Norden. FT-Friedrichshof gegen SV-Trebnitz um 15 Uhr, Reinickendorf gegen Bernau um 15 Uhr, Schwanenbergerstraße. — Altrupp gegen ASV-Wedding um 14 Uhr. — Schwante gegen Moabit um 14 Uhr. — Frauen: Volkssport-Wedding gegen Velten um 14 Uhr, Volkspark Rehberge. — Helmsdorf gegen ASV, Wühlheide, um 15 Uhr.

Bezirksklasse Westen. FTGB-Siemensstadt gegen Falkensee um 15 Uhr, Platz Jungfernheide, Volkspark. — FTGB-Spandau gegen Turnerschaft Brandenburg, Bezirk, um 15.10 Uhr, Platz Seeburger Straße. — FT-Nauen gegen Turnerschaft Brandenburg, 2. Bez., um 15 Uhr in Nauen.

Bezirksklasse Süden. Berlin XII gegen FT-Wilmersdorf um 10 Uhr im Stadion Lichterfelde. — ASV—Schöneberg 2 gegen FTGB-Süden um 14 Uhr, Platz Rubensstraße. — FTGB-Lankwitz gegen FSV-Fichte um 10.20 Uhr in Lankwitz. — FT-Teltow gegen FTGB-Friedenau um 12 Uhr in Teltow. — Frauen: Luckenwalde A gegen Luckenwalde B um 10 Uhr; Luckenwalde C gegen Luckenwalde I, Abt., um 10.50 Uhr, beide in der Hetzheide. — FT-Zehlendorf gegen FT-Wilmersdorf um 14.30 Uhr, Spandauer Straße. — FSV-Fichte gegen Volkssport-Neukölln um 13 Uhr, Platz Kutzbachstraße.

## Hockey

Bei den sonntäglichen Serienspielen kommen Tennisrot 1 und VfL-Osting um 15 Uhr auf Platz Ost, Lasker-Straße, zusammen. — ASV. Rotweiß 1 und FHC-Spandau treffen sich um 15 Uhr in der Schönhauser Allee. — FTGB-Tempelhof 1 und ASV. Rotweiß 2 spielen um 12.30 Uhr im Volkspark Mariendorf. — Ein Pflichtspiel liefern sich der Athletik-Sport-Club 1 und Sportverein Moabit 1 um 10.30 Uhr auf Platz Ost.

Weitere Spiele: FTGB-Tempelhof 2 gegen Tennisrot 2 um 15 Uhr in Mariendorf und Rotweiß 3 gegen Tennisrot 3 um 12.30 Uhr, Schönhauser Allee. — Tennisrot 4 und Sportverein Moabit 3 um 12.30 Uhr, Platz Ost. — Frauen: Tennisrot 1 gegen Tennisrot 3 um 14 Uhr, Platz Ost. — Rotweiß gegen Pankow um 14 Uhr, Schönhauser Allee. — VfL-Osting gegen Tennisrot um 14 Uhr im Volkspark Mariendorf.

## Proles ruft zum Kampf!

Unter diesem Motto steigt am Sonntag, dem 8. November 1931, im Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114 eine

### Bühnenschau

mit moderner Gymnastik nach neuester Art.

Die Berliner Arbeiterschaft wird auf diese großzügige, proletarische Veranstaltung hingewiesen und um zahlreiche Unterstützung gebeten. Beginn der Veranstaltung 16 Uhr.

## SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr  
wöchentlich . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr  
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

## BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsbobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

**SAP** Unterbezirk  
**Zwickau-Crimmitschau**  
Sonntag, den 8. November  
im Lindensäle, Zwickau  
**Revolutions-Kundgebung**  
Gen. Klaus Zwilling, Plauen  
spricht  
Beginn 15.30 Uhr Eintritt 30 Pfennig  
Erwerbslose 10

## Eine wichtige Aussage

Im Calmette-Prozess

Gr. Lübeck, 7. November. Auch in der heutigen Sonnabendverhandlung bemühte sich das Gericht, die einzelnen Todesursachen bei den gestorbenen Säuglingen aufzuklären. Mehrere Lübecker Aerzte äußerten sich größtenteils zu dem klinischen Verlauf der Krankheit, da andere Befunde in diesen Fällen nicht vorliegen. Dr. Wundt-Lübeck behandelte ein gefüttertes Kind und betonte, daß ihm von den Eltern dieses Kindes nichts davon gesagt worden sei, daß es bereits mit ECG gefüttert worden war. Er habe damals deshalb auch keinen Zusammenhang der Todesursache mit der BCG-Fütterung feststellen können. Heute sei er allerdings der Meinung, daß der Tod mit größter Wahrscheinlichkeit auf die Fütterung zurückzuführen war. Frau Dr. Degener äußert sich zu einem anderen Fall. Sie betonte, daß das betreffende Kind eine ausgesprochen schwere Furunkulose gehabt habe, und daß es schließlich gestorben sei. Sie habe damals die gerichtsarztliche Untersuchung der Leiche gefordert, die aber von den Eltern abgelehnt worden sei. Professor Dr. Schürmann-Berlin äußerte sich dann nochmals über den Befund eines von ihm sezieren Kindes, das an Gehirnhaut-Tuberkulose gestorben sei. Dieses Kind habe bei der Geburt eine Verletzung am Gehirn erlitten. Hierbei entstand, wie der Sachverständige ausführte, eine Art verminderten Widerstandes, an dem sich die Tuberkulose-Bazillen angesammelt hatten. Als Dr. Wiener, früher Assistenzarzt am Kinderhospital in Lübeck vernommen wurde, stellte ein Sachverständiger die Frage, ob ihm der Zusammenhang des Todes eines Kindes mit der Fütterung nicht damals schon klar geworden sei. Der Zeuge antwortete überraschend,

daß ihm seinerzeit die Tatsache, daß in Lübeck allgemein mit BCG gefüttert wurde, nicht bekannt gewesen sei.

Die Mitteilung darüber habe er erst Mitte April erhalten. Auch die Frage, ob ihm denn keine Mitteilung von dem Beschluß der ärztlichen Versammlung gemacht worden sei, verneint der Zeuge. Mehrere Verteidiger und Anwälte wollten zu diesem Punkt noch Aufklärung haben, doch der Vorsitzende lehnt die Fragestellung mit dem Hinweis ab, daß der jetzige Teil der Beweisaufnahme nur der Feststellung der Todesursache gelte und deshalb die Fragen zurückgestellt werden müßten.

## Eine weibliche Leiche im Grunewald gefunden

Im Berliner Grunewald-Forst wurde in einer Schonung in der Nähe von Paulsborn die Leiche einer noch unbekannt, etwa 50 bis 55 Jahre alten Frau aufgefunden. Die Feststellungen der zweiten Reserve-Mordkommission, unter Führung des Kommissars Dr. Bartsch, haben ergeben, daß es sich hier aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Selbstmord handelt. Neben der Leiche wurden zwei Rasierklingen gefunden, mit denen sich vermutlich die Frau die Schnitte an den beiden Pulsadern, dem Schienbein und an der Halsschlagader beigebracht hat. Die Tote war bekleidet mit einem schwarzen Mantel, graublauen Strümp-

## Frenzel Nr. 2

Wie ein Blutschandeprozess zustande kam

Vom Brandenburger Schöffengericht war der 45 Jahre alte Laborant Karl Ruppin aus Pritzerbe wegen fortgesetzten Sittlichkeitsverbrechens, das er an seiner Tochter Ilse begangen haben soll, zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Er hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, die jetzt vor der Potsdamer Großen Strafkammer zur Verhandlung kam. Der Schmied Peter Graboff, der die Tochter Ilse heiraten wollte und dem diese von den angeblichen Verfehlungen ihres Vaters erzählte, hatte gegen Ruppin Anzeige erstattet. In der Verhandlung bestritt Ruppin entschieden, schuldig zu sein, die Aussagen der Tochter Ilse seien auf einen Druck des Schmiedes Graboff zurückzuführen. Eine sehr merkwürdige Darstellung der Entstehung dieses Prozesses bot dann die Aussage der Tochter Ilse. Sie erklärte, Graboff habe ihr zugeredet, mit ihm ins Ausland zu fliehen.

hüt und einem braunen Kleid. Außerdem schwarzen Halbschuhen, schwarzem Filzwurde eine Handtasche in Pompadour-Form gefunden und eine Geldbörse mit einigen Groschen Inhalt. Die Kommission nimmt an, daß die Frau aus den Kreisen des verarmten Mittelstandes stammt und erbittet Anzeigen, die zur Feststellung ihrer Personalien führen könnten, an das Polizeipräsidium. Die Leiche wurde ins Leichenschauhaus Charlottenburg geschafft.

## Drei weitere Gefährten Wegeners zurückgekehrt

Aus Hamburg wird gemeldet: Mit dem Zug von Kopenhagen trafen drei weitere Teilnehmer an der Wegener-Expedition hier ein, und zwar die in Hamburg ansässigen Lissey und Friedrichsen, von denen der erste Student und der zweite Mechaniker ist, sowie der Isländer Gutmund Gislarsen. Die drei Heimkehrenden weilen schon seit einiger Zeit wieder in Europa, nachdem der Dampfer „Gertrud Rafk“ sie von Grönland herübergebracht hatte. Alle drei waren auf der sogenannten Weststation tätig und haben auch die Auflösung dieser Station durchgeführt. Die Stationen Ost und Eismitte sind schon früher aufgelöst worden, wogegen West noch bis zuletzt als Stützpunkt behalten wurde. Mit der Auflösung der Weststation war auch die Aufgabe der drei jetzt Heimgekehrten beendet.

## Neuer Dynamit-Diebstahl

WTB. Kassel, 7. November.

Aus der Sprengkammer des Steinbruchs Johannisberg bei Witzhausen haben bisher unbekannte Täter 55 Pfund Gelatine-Dynamit gestohlen. Der Sprengstoff war erst vor einigen Tagen angeliefert worden und lagerte in einer Kammer, die durch zwei Türen gesichert war. Die äußere Tür haben die Diebe mit Nachschlüsseln, die zweite dagegen mit Gewalt, wahrscheinlich unter Benutzung einer Brechstange, geöffnet. Die

Um Schwierigkeiten durch den Vater aus dem Wege zu gehen, hätten sie vereinbart, gegen ihn die Anzeige zu erstatten, damit er in Haft genommen würde.

Ueber die sich regenden Gewissensbisse hätten sie sich dann hinweggesetzt in der Annahme, daß der Vater ja nicht bestraft werden könne, wenn sie, die Hauptzeugin, im Ausland sei. Ilse erklärte dann noch einmal mit großer Bestimmtheit, daß der Vater „mit ihr nichts vorgehabt habe.“ Daraufhin beantragte der Staatsanwalt, das Urteil erster Instanz aufzuheben und den Angeklagten freizusprechen. Das Gericht folgte bei der Urteilsfällung dem Antrage. In der Begründung des Urteils erklärte das Gericht, es habe nicht die volle Überzeugung von der Schuld des Angeklagten gewinnen können, obwohl schwere Verdachtsgründe vorlägen. (!?)

Landesschutzpolizei Kassel, die sofort die Ermittlungen aufgenommen hat, vermutet, daß der Sprengstoff von radikalen politischen Elementen von auswärts, die in Witzhausen Helfershelfer hatten, entwendet worden ist.

## Die Katastrophe von Mont Cenis

Die Entstehungsursache ermittelt

WTB. Dortmund, 7. November.

Die hiesige Grubensicherheitskommission befaßte sich heute mit der Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion, die sich am 19. Oktober auf der Grube Mont Cenis ereignet hat. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, daß als Zündquelle eine nach der Explosion am Entstehungsort aufgefundene, durch Steinfall beschädigte elektrische Mannschafslampe angesehen werden muß. Im Anschluß an die Besprechung wurde die Frage erörtert, ob sich Mittel und Wege finden lassen, die elektrischen Grubenlampen, die bisher zu Bedenken keinerlei Anlaß gegeben haben, in Hinsicht auf ihre Sicherheit noch weiter zu verbessern.

## Wegen Schwarzbrönnerei verurteilt

Das Schöffengericht Neuwied verurteilte den Kaufmann Max Salomon aus Köln wegen Steuerhinterziehung zu sechs Monaten Gefängnis und 206 131 Mark Geldstrafe, den Kraftwagenführer Helmut Pilleng zu zwei Monaten Gefängnis und 51 532 Mark Geldstrafe. Die drei Angeklagten hatten in Unkel a. Rh. im Juli 1930 eine „chemische Fabrik“ eröffnet. Die einzige Tätigkeit der Firma bestand jedoch darin, aus Spirituslack Branntwein zu gewinnen und diesen in Verkehr zu bringen. Salomon war erst wenige Wochen vor der Einrichtung der Schwarzbrönnerei in Unkel von der Strafkammer in Köln wegen des gleichen Vergehens bestraft worden.

## Um 300 000 RM geschädigt

WTB. Siegen, 7. November

Die Sparkasse des Amtes Keppel ist durch die satzungswidrige Kreditgewährung ihres Rendanten um etwa 300 000 RM. geschädigt worden, für die die kleinen Gemeinden des Amtes als Gewährträger mit ihrer Steuerkraft einzustehen haben. Der Rendant, der sofort seines Amtes enthoben worden ist, hat freiwillig auf seine Ansprüche auf Gehalt und Pension verzichtet. Die Kredite, die hauptsächlich an zwei Firmen gegeben worden sein sollen, werden als verloren betrachtet.

## Ein neuer britischer Reichsrundfunk

Die britische Rundfunkgesellschaft gibt bekannt, daß die seit längerer Zeit erörterten Pläne zur Errichtung einer Kurzwellenstation für einen Reichsrundfunk unmittelbar zur Ausführung gelangen sollen. Die Station soll in Davenport errichtet werden. Die Gesellschaft beabsichtigt, von dort ein Programm für das ganze Reich zu verbreiten. Die ersten technischen Vorbereitungen werden sich u. a. auf die Wahl der geeignetsten Wellenlänge und Festlegung der Sendezeiten erstrecken.

## Der schmuckreiche Delegierte

Diebstahl im Savoy-Hotel

WTB. London, 6. November.

Einem Delegierten der Indienkonferenz am Runden Tisch, dem Maharadscha von Darbhanga, sind aus seinen Räumen im Savoy-Hotel Schmuckgegenstände im Werte von 10 Millionen Pfund Sterling gestohlen worden.

## Cholera-Epidemie in Rumänien

In Braila (Rumänien) ist eine Typhus- und Cholera-Epidemie ausgebrochen. Bisher wurden 124 Fälle gemeldet; mehrere Erkrankte sind bereits gestorben.

## Orkan über Venezuela

WTB. Port of Spain (Trinidad), 6. November.

Ein schwerer Orkan ist über die Petroleumstadt Maracaibo (West-Venezuela) dahingebraust und hat auf den Oelfeldern von Langunillas und Las Salinas großen Schaden angerichtet. Verschiedene Häuser sind dabei zerstört worden und der Verkehr eine Zeitlang stillgelegt, jedoch sind jetzt wieder normale Verhältnisse hergestellt. Todesopfer scheint die Sturmkatastrophe, soweit bisher bekanntgeworden ist, nicht gefordert zu haben.

## Neuer Ausbruch des Krakatau

Der Inselvulkan Krakatau, der in letzter Zeit ruhig war, ist erneut in Tätigkeit getreten. Es wurden Ausbrüche bis zu einer Höhe von 400 m festgestellt.

## Stammeskämpfe auf den Papuainseln

Der Gouverneur von Neu-Guinea teilte dem Premierminister des Australischen Bundes mit, daß es zwischen einzelnen Stämmen auf den Papuainseln zu einem Kampf gekommen sei, in dem 17 Eingeborene getötet worden seien.

## DER GAST

Von Anna Karawajewa

(Copyright by Malik-Verlag, Berlin.)

### 1. Fortsetzung.

Er grinste melancholisch: „Nix zu machen... bei uns in Lewochina, nicht, da gibt's kein einziges Mädel, die was hat; die bringen dem Mann gar nix mit, die Säue, nicht? Mein Bruder, der ist älter wie ich... Da sagt er: fahr los auf Arbeit, ich bleib zu Hause mit dem Alten. So ist's gekommen, nicht?..."

Tags darauf, in der Mittagspause, erzählte der Betriebsratsvorsitzende:

„Heute ist unser Wächter zu mir gekommen und klagte über Iwan Steligin. Ich schlafe ganz fest,“ sagte er, „plötzlich... bums, knallt es ans Fenster!“ Der Alte ist erschrocken, springt auf, läuft ans Fenster. Auf der Straße ist noch kein Mensch, am Fenster aber steht ein Kerl und trommelt wie ein Verrückter. „Wer bist du denn? Ich werde gleich die Miliz holen.“ Der aber brüllt: „Mach's Tor auf, ich bin arbeiten gekommen!“ Um fünf Uhr früh ist der gekommen.“

„Ha... ha... der ist aber eifrig!“

„Der wird mit den Hühnern schlafen gegangen sein.“

„Ein komischer Kerl! Der macht alles, wie sie's im Dorfe gewohnt sind.“

Mit seinen dreckigen und ausgelatschten Bastchuhen und der schmutzigen Sackleinwand seines Hemds stach Iwan Steligin selbstsam von den anderen Tischlern ab.

Sie waren fast alle vom Dorf, aber schon seit langem städtisch geworden, redeten flott, arbeiteten aber, so schien es ihm, ohne Lust, und waren faul. Ihm brannte der Hobel nur so in den Händen. Wütend spuckte er in die Handflächen, kniff seinen Mund mit dem dünnen Schnurrbart zusammen, führte den Hobel wie wahnsinnig auf dem Brett hin und her und stieß an seine Nachbarn.

Die Tischler schimpften:

„Du willst uns wohl schwitzen lassen, was? Zappelt da rum, wie ein Wahnsinniger, pfui Teufel! Bis er sich den Arm verrenkt.“

Er rechtfertigte sich düster:

„Zu Hause, da sind wir's so gewöhnt, nicht?..."

„Jetzt mußt du dich anders gewöhnen, hier hast du mit vernünftigen Menschen zu arbeiten.“

Kolosow ging häufig mit Iwan zusammen. „Na, wie gefällt's dir hier? Kommst nicht mehr um vier Uhr früh?“

Der aber verstand keine Späße, schnaufte durch die Nase und seufzte beengt und böseartig:

„Das wollen hier auch Menschen sein? Was ist denn das für 'ne Arbeit? Bis Mittag pennen sie, dann stärken sie sich und frühstücken, dann schaut du dich bloß um, schon brüllt wieder die Sirene, kannst nach Hause gehen, nicht, Feierabend, Schluß... Pfui Deibel! Wir im Dorf, wir fangen an zu arbeiten, wenn's eben hell wird, und machen, bis es dunkel ist, nicht? ... Und hier... Was?“

Kolosow mühte sich den ganzen Weg mit ihm ab, er blieb aber hartnäckig und wurde anscheinend noch wütender:

„Faulpelze sind's hier alle, Nichtstuer, faule Hunde. Das ist hier nicht so wie bei uns im Dorfe, nicht... Den ganzen Tag sollst du mal rumrackern, da merkst du gar nicht wo du den Kopf hast, und wo die Beine... Hier aber, guten Morgen, da hast du's: acht Stunden!... Kannst hier Maulaffen feilhalten und mit den Pfoten rumfuchteln, nicht? Bin ich denn dazu hergekommen, was? Ich hab eine Wirtschaft, einen Acker, meine Sorgen... Ich denke immer an meine Sachen, nicht? Ruhe hab ich keine, immer lauf ich rum, wie ein Gaul, immer rund um die Dreschtemme, da dreht sich einem der Kopf nicht?“

Kolosow hörte seine mißvergnügte Stimme und krächzte ärgerlich:

„Ach, ich seh's schon, dich erwürgt dieser Acker und die Wirtschaft... An der Gurgel packen sie dich direkt, als ob du gar keine anderen Gedanken hättest...“

Steligin zuckte in düsterer Verständnislosigkeit wie ein Bär mit seinen klafferbreiten Schultern:

„Was soll denn der Mensch sonst noch für Gedanken haben? Wovon wir leben, das kommt einem in den Kopf.“

Der Kreis seiner Sorgen war klein und eng, wie Lewochina selber, ein Dorf von vierzig Höfen, zwischen lauter Sümpfen. Der Fluß Lewocha hat viel Wasser und fließt langsam; im Frühjahr aber, bei Hochwasser, strudelt das Wasser und gebärdet sich so toll, daß die Lehmufer jeden Augenblick abzusacken drohen.

Am Fluß steht das Haus der Steligin. Der Fluß gluckert leise am halbverfaulenden Landungssteg, wo die Weiber immer ihre Wäsche spülen. Auch Awdonka; einen riesigen Korb Wäsche hat sie gebracht; ihre Familie hat zehn Mäuler. Rasch steckt Awdonka sich die Röcke

auf und krepelt die Ärmel hoch. Ihre Arme sind ziegelrot und fest wie Holz. Auf dem breiten Rücken zappelt ein fettes Zöpfchen, und ihr runder Hintern wackelt. Das Wasser klatscht an ihre Füße, und die Tropfen glänzen und trocknen auf ihren dicken, verbrannten Waden. Sie hat große Füße, mit kurzen gespreizten Zehen. Sie prügelt die nasse Wäsche mit einer Birkenwalze (Iwan hat sie ihr zum Geschenk gemacht), die Bretter, die Hemden, die Hosen schnorpsen und quicken wie lebendig, und die raschen Schläge der klatschenden Walze widerhallen drüben im Walde. Wenn die Awdonka ihre Wäsche auswringt, dann zieht sie ihr dickbackiges Gesicht mit der Stupsnase zu einer runzligen Knolle zusammen, und ihre Brüste heben sich unter der Bluse wie zwei gute Brote, die eben aus dem Ofen kommen.

Awdonka spült die Wäsche wie spielend, dann geht sie nach Steligin's Haus. Die Mutter sitzt auf der Lehmbank und füttert die Hühner.

Awdonka schreit durchdringend und hoch: „He, ist 'ne Nachricht da vom Iwan?“

Dann sagt die Mutter jedesmal: „Warum denn? Der ist doch auf Arbeit.“

Die Awdonka geht vorüber, wackelt mit den Hüften und wirft hinter sich:

„Bis Philipp, da muß er fertig werden. Sonst kann was passieren, verstanden?“

Das muß man so verstehen: sonst könnte ein anderer die Awdonka freien, vorläufig aber sei sie noch bereit, auf ihn, den Iwan, zu warten. Er hatte ihr Stiefel mit Gummizügen versprochen und ein Kleid. „Das soll wie Himbeeren sein, so 'ne Farbe“, hatte die Awdonka gesagt.

(Fortsetzung folgt)

# Wirtschaft und Arbeit

## Revolte der Rentner

„Ehrbare Kaufmannsmoral ist heute wichtiger als alles andere“ — es ist Professor M. J. Bonn, der bekannte scharfe Kritiker des deutschen Nachkriegskapitalismus, der dieses Gebot der Stunde Anfang Oktober im Berliner Tageblatt aufgestellt hat. Es ist kaum möglich, den tiefen Seufzer zu überhören, mit dem Bonn seine Forderung begleitete. Mußte er doch im Eingang seiner Abhandlung feststellen: „Wir stehen heute einer weit verbreiteten Revolte der Rentiers gegenüber, die durch Inflation, Mißerfolge, schlechte Behandlung und betrügerische Maßnahmen so erschreckt sind, daß sie ihr Geld zurückziehen und es lieber in den Strickstrumpf stecken, als es Banken, Industrien und Regierungen zu überlassen.“ Professor Bonn deutete hiermit auf die empfindlichste Stelle des ganzen kapitalistischen Systems. Dieses bedarf zu seiner Existenz des bedingungslosen und unerschütterlichen Vertrauens aller kleinen und großen Sparer. Es ist ja nicht so, wie primitives Denken sich den heutigen Kapitalismus vorstellt, daß der Besitz an dem Produktionsapparat sich nur auf einige Dutzend Familien verteilt. Das gilt nur von dem Kommando über das Kapital. Der Kreis der besitzmäßig Beteiligten ist vielmehr nach wie vor unübersehbar weit und in Wirklichkeit ist es die Masse der kleinen Ersparnisse, deren Zusammenfügung erst die Entstehung großer und größter Unternehmungen ermöglicht hat.

Im wesentlichen war diese Zusammenfügung das Werk der Banken. Gleich einer riesigen Pumpstation mit ungezählten Zweigstellen haben sie die ehemals in Strickstrumpf und Truhe aufbewahrten Beträge aufgesaugt und diese in die Wirtschaft hineingepreßt, wobei sie sich verlockendster Zins- und Rentenversprechungen bedienten. Solange sie ihre Versprechungen einzuhalten vermochten, funktionierte auch dieses Saugsystem. Die Sparer brachten ihre Gelder willig und gern zur Bank, in der Gewißheit, daß diese für die bestmögliche Verwertung und Verwaltung sorgen werde. Krisenzeiten schwören dagegen immer die Gefahr herauf, daß die Sparer mißtrauisch werden. Sie erleben mit Schrecken, wie die Aktienkurse der Unternehmungen in die Tiefe gleiten, und werden sie dann gar noch von Pleiten bisher als solid bekannt stehender Firmen überrascht, dann setzt in der Regel der Sturm auf die Banken ein und fordern die Sparer ihre Guthaben in hellen Scharen zurück, womit sich über Nacht zu der Krise der Produktion die weit gefährdetere

### Krise des Kredits

gesellt.

Das ist das Stadium, in dem die Krise sich heute allüberall befindet. In allen Ländern ergreifen die Sparer mit ihren Guthaben die Flucht und berauben die kapitalistische Maschinerie des für ihre Inganghaltung unentbehrlichen Betriebsstoffes. Das macht es auch erklärlich, warum in dieser Zeit der Schrei nach Wiederherstellung des Vertrauens besonders laut ertönt und warum sogar Staatsmänner sich zu gegenseitigen Besuchen bequemen, die eine derartige Zumutung noch vor einem Jahr als verrückt abgewiesen hätten. Der Öffentlichkeit soll bekundet werden, daß in dieser Welt nicht nur der Friede eine sichere Heimstatt habe, sondern daß auch kein Land im Kampf gegen die Krise isoliert stehe.

Auf das gleiche Ziel sind nun die Maßnahmen ausgerichtet, die in den einzelnen Ländern selbst ergriffen werden. Abbau der Löhne, Abbau der Soziallasten und Abbau der Steuern sollen dem Kapitalistenpublikum neuen Mut einflößen, da sie eine Wiederherstellung der bedrohten Rentabilität versprechen. Desgleichen wird nichts unterlassen, um den Bankgläubigern alle sonstigen seelischen Erschütterungen zu ersparen. Die Unternehmungen haben die Pflicht, mit möglichst günstigen Bilanzern aufzuwarten, wie überhaupt der Pessimismus nur die Begleitmusik zu guten kapitalistischen Zeiten bildet und in Krisen verfiert ist. Es gilt, den Kapitalisten bei guter Stimmung zu halten und in dieser Hinsicht fallen namentlich den Regierungen wichtige Aufgaben zu. Von den Staatsmännern wird erwartet, daß sie sich als unbedingt zuverlässige Stützen des kapitalistischen Systems erweisen und wo dies nicht einwandfrei der Fall ist, wird — wie kürzlich erst wieder in England — für entsprechende Auswechslung der Personen gesorgt.

### Krise und politische Reaktion

marschieren stets zusammen.

Das ist der Hintergrund, von dem allein aus die Politik Brüning's zu verstehen ist. Brüning ist der Arzt, den der deutsche Kapitalismus an das Krankenlager gerufen hat und als solcher liegt es ihm ob, alle Wunden,

die am Körper des Patienten aufbrechen, unverzüglich zu verbinden. Die Verbandsliste, aus der er das notwendige Material zaubert, ist der Artikel 48, die Verbände selbst sind die Notverordnungen. Mit diesem Rüstzeug ist Brüning instandgesetzt, jeweils sofort entsprechend den auftretenden Notwendigkeiten ohne Rücksicht auf die parlamentarische Konstellation zu handeln und jeden etwa auftretenden Brand unverzüglich im Keime zu löschen. Das System hat sich auch — vom Standpunkt des Patienten — durchaus bewährt. Einen kleinen Radbruch mit großen Folgen erlebt es nur in der historischen Nacht vom 12. zum 13. Juli dieses Jahres, als man die Danatbank die Schalter schließen ließ; doch war dies weniger die Schuld Brüning's, als eines anderen großen, mit der Danatbank in heftiger Konkurrenzfehde liegenden Finanzinstituts. Die Regierung selbst versagte nicht in ihrer bewährten Großzügigkeit; ermächtigte sie damals doch die Danatbank, zugleich mit der Bekanntgabe ihres Schalterschlusses zu erklären, daß das Reich die Bürgschaft für alle Einlagen übernehme, so daß darum niemand in Sorge zu geraten brauchte.

Es ist bisher nicht bekannt geworden, welche finanzielle Last dem Reich allein mit dieser einzigen Hilfsstellung erwachsen dürfte. Sicher geht sie in einen vielfachen Hundertmillionenbetrag. Der eigentliche Zweck,

### die Beruhigung der Sparer,

wurde aber, wie der weitere Ablauf der Ereignisse lehrt, nicht erreicht. Das einmal geweckte Mißtrauen fraß weiter und schon wenige Stunden später knisterte es auch im Gehäke der anderen Großbanken, so daß auch hier kostspielige Stützpfiler eingebaut werden mußten.

Bezeichnenderweise war Brüning im Reichstag gerade über diese Seite seiner Tätigkeit recht wortkarg. Einige dunkle Andeutungen über die in der Privatwirtschaft angetroffenen Mißstände, sowie das entschleppte Geständnis, daß „wir den Umfang unserer Hilfe für einzelne wirtschaftliche Unternehmungen sehr viel weiter ausdehnen mußten als uns lieb war und als öffentlich bekannt ist,“ war alles, was der Kanzler von sich gab. Offenbar wollte er verhüten, daß das Kapitalistenpublikum durch

eine nähere Beschreibung der Abgründe, die sich aus Anlaß der Bankenkrise vor seinen Blicken aufgetan hatten, aufs neue erschreckt werde. Doch so loblich dieses Beginnen vom Standpunkt der Privatwirtschaft auch sein mochte — dunkle Andeutungen sind heute schlimmer als grausamste Wahrheiten. Diese lassen wenigstens den ernstesten Willen zur Bereinigung der Mißstände erhoffen, während jene dem Mißtrauen und dem Argwohn nur neue Nahrung geben. Vor allem aber: nur eine gründliche Operation und ein tiefer Schnitt vermag aufzuhalten, daß die Fäulnis weiter um sich greift, wie ohne sie alle Lösungsversuche, die das Reich auf Kosten der Steuerzahler unternimmt, zur völligen Zwecklosigkeit verurteilt sind.

Das hat sich soeben in diesen Wochen wieder bestätigt. Nachdem es dank der großzügigen Zuwendungen des Reichs an Großbanken und mittels dieser an Großkonzerne gelungen schien, der ausgebrochenen Kreditkrise wenigstens die akuterste Schärfe zu nehmen, ist jetzt durch die Vorgänge im

### Schultheiß-Patzenhofer-Konzern

der Anstoß zu einer neuen gewaltigen Erschütterung des Vertrauens gegeben worden. Sind die Ziffern über die diesem Konzern durch die Transaktionen Katzenellenbogens bisher bekannt geworden, richtig, dann steht dieser neueste Industriekandal hinsichtlich der materiellen Größe weit hinter den Skandalen Favag und Nordwalle zurück. Gleichwohl stellt die von ihm ausgehende Beruhigung aller bisherigen Erscheinungen der gleichen Art in den Schatten. Und das hat seine guten Gründe. Denn konnte man sich in den Fällen Favag, Nordwalle und dergleichen allenfalls noch damit trösten, daß es sich hier um grobe Verfehlungen einzelner Personen handle, so zieht der Schultheiß-Skandal ungleich weitergehende Kreise. Einmal kehren in ihm all die Auswüchse wieder, die schon das System der Industrieverschachtelung bei den bisherigen Skandalen geoffenbart hat, und zum anderen zeigt er zum ersten Male mit erschreckender Klarheit, daß die Banken bewußt Hilfsstellung bei den von

Katzenellenbogen betriebenen Schwindeleien geleistet haben.

Das ist dann auch die Seite, die den Fall Schultheiß über alles in dieser skandalreichen Zeit bisher Erlebte weit heraushebt und diesem seine eigentliche Bedeutung verleiht. Wohl fiel schon bei den bisherigen Skandalen auf die Banken kein sehr günstiges Licht, aber über den Vorwurf einer verantwortungslosen

### Lässigkeit und Unbekümmertheit

gelang man bisher nicht hinaus. Noch immer galten deren Direktoren mehr als die Opfer denn als die Mitschuldigen nachgewiesener Verfehlungen. Diese Legende ist jetzt endgültig zerstört. Schon heute ist erwiesen, daß Katzenellenbogen sein Schieberhandwerk längst hätte aufgeben müssen, wenn die Banken von ihm abgerückt wären, und nicht selber die Hand zu objektiven Fälschungen bzw. Verdunkelungen geliehen hätten. Somit im Grunde genommen doch auch nur wieder Verfehlungen von einzelnen Personen? Es ist schon schlimm genug, daß Schieber vom Schlage Katzenellenbogens überhaupt den Zutritt zu Banken finden, die doch mehr als jedes andere private Unternehmen auf Solidität achten müssen. Katzenellenbogen fand bei den großen Finanzinstituten indessen nicht nur einen Komplizen, sondern er war der bedingungslosen Freundschaft fast aller Bankdirektoren sicher. Es gibt in Deutschland wohl keine Finanzgröße, die sich nicht gern von der Sonne dieses erfolgreichsten Hochstaplers des Kapitalismus der Nachkriegszeit bescheinen ließ und an dessen Erfolgen partizipieren wollte.

Wie dies zu erklären ist? Die Frage führt unmittelbar an den Kern der Dinge: in den deutschen Großbanken herrscht seit der Inflation die Großmannsucht. Jede von ihnen hatte den Ehrgeiz, am Jahresende mit den imponierendsten Ziffern aufwarten zu können.

### Ein gegenseitiger Krieg

setzte ein, der jeden Blick für Gefahren trübte. Unternehmungen wurden — oft gegen ihren Willen und ohne nach der Zweckmäßigkeit zu fragen — zu riesigen Konzernen zusammengeschweißt, über die dann die Generaldirektoren der Banken das Szepter schwangen. Die finanziellen Ergebnisse waren zwar in den meisten Fällen fatal, aber nun wurde die Erhaltung dieser monströsen Gebilde zu einer Prestigefrage, und lieber verzichtete man auf kleine, aber sichere und gewinnreiche Geschäfte, als daß die Hand von den Konzernen abgezogen wurde. In den Zeiten der Konjunktur bewegten sich diese Konzernverbindungen noch in aussichtsvollen Bahnen. Dank ihrer

### Versteifung durch Kartellabmachungen,

wofür wieder eine entsprechende Zollpolitik die notwendige Voraussetzung lieferte, gelang es den Unternehmungen, wirksame Preisdiktate zu errichten und aus den so erzielten Ueberpreisen beträchtliche Renten herauszuquetschen. Mit dem Abzug der Konjunktur begann sich auch dieses Bild gründlich zu wandeln. Zwar blieben die Preisdiktate bestehen, aber der Umsatz auf dem kartellgeschützten Markt schrumpfte mit jedem Tage immer mehr ein, und mit dem Auslandsmarkt winkten Erlöse, die nicht einmal die infolge der Ueberkapitalisierung ins Gigantische aufgeblähten Selbstkosten deckten.

Man kann es sich leicht vorstellen, daß es ob dieser Entwicklung in den Direktionsstuben der Großbanken bald

### überall lange Gesichter

gab. Wäre Mut dort so häufig wie Herrschaft und Anmaßung, dann bot sich den Herren nur ein Weg: sie mußten schleunigst abbrechen, was sie im Schweiße ihres Angesichts und mit ungezählten Millionen der Sparer und Einleger aufgebaut hatten und die Konzerne ihrem vorbestimmten und unabwendbar gewordenen Schicksal überlassen. Das bedeutete natürlich die Kapitulation und die eigene Pleite; aber nur so war es möglich, ein Weitergreifen der Krise zu verhindern. Es fand sich indessen keiner, der sich an die Brust schlug und diese Konsequenzen zog. Statt dessen begann man über die Löhne, die Gehälter, die sozialen Leistungen, die Steuern, die Reparationen, die Tarifverträge, die öffentliche Hand und dergleichen zu wettern und mobilisierte die Regierung zu einem

### Kreuzzug gegen das eigene Volk.

### Helft mit!

Genossen! Helft mit am Aufbau der S. A. P. Unterstützt unsere Arbeit durch pünktliche Zahlungen.

## Sterbende Wirtschaft

Die Stilllegungen und der Lohnabbau geht lustig weiter. Die gesamte Belegschaft der Lerbacher Hütte, ein fiskalisches Werk, von 114 Mann und 11 Angestellten ist gekündigt. Die Portland-Cementfabrik „Teutonia“ in Misburg bei Hannover wird stillgelegt, auch die anderen der Norddeutschen Cement-Interessen-Gesellschaft angeschlossenen Werke sollen ebenfalls stillgelegt werden. Die Mechanische Weberei in Hannover-Linden ist ebenfalls vollständig stillgelegt. Bis zum 1. Oktober waren noch 120 Arbeiter beschäftigt, gegenüber 400 sonst. Die Grube Eschweiler Zug hat für Anfang November die vollständige Stilllegung beantragt, sie gehört zum Hoesch-Konzern und beschäftigte etwa 700 Arbeiter. Auch der Stahlwerks-Verein will seine Siegerländer Erzbergwerke in Kürze einstellen. Die Howaldts-Werke in Kiel haben den Arbeiterstand weiter eingeschränkt, zur Zeit werden noch einige hundert Arbeiter beschäftigt, es ist aber zweifelhaft, ob diese in Zukunft gehalten werden können. Die Gubener Hutfabriken sind zur Zeit noch voll beschäftigt, haben aber vorsorglich die Stilllegung beantragt. Durch die Einstellung des Brennofenbetriebs der Breitenburger Portland-Cement-Fabriken A.G. in Hamburg werden wieder einige hundert Arbeiter brotlos. Es ist Stilllegung beantragt. Die Gladbacher Tuchfabrik Gebr. Aschaffenburg hat Stilllegung beantragt und den größten Teil der Belegschaft gekündigt. Zum 1. November kommen die Röhrenwalzwerke des Stahlvereins in Bochum und Dinslaken zur Stilllegung, etwa 450 Arbeiter und Angestellte werden brotlos. Alle Waldarbeiter in der Gemeinde Buntentrop, die nur in den fiskalischen Wäldern des Oberharzes beschäftigt werden, sind gekündigt. Die Not auf dem Oberharz steigt immer mehr, nachdem schon die dortigen Erzgruben stillgelegt sind, herrscht in den kleinen Bergstädten und den kleinen Dörfern des Oberharzes die größte Not, die dort schon seit langem heimisch ist. Der Oberharz war seit jeher eine arme Gegend.

Einige Werke teilen mit, daß sich die Beschäftigten gehoben hat. Die Kammgarnspinnerei Schelewitz A.G. in Silberstraße bei Wiesenburg, welche etwa 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, arbeitet wieder voll, teilweise in Doppelschichten. Aber wie lange wird das dauern?

Die Kammgarnspinnerei Stöhr A.G. in Leipzig kann ebenfalls wieder voll arbeiten. Das Lüneburger Eisenwerk A.G. befindet sich im Konkurs, der Magistrat Lüneburg hat die Zwangsverwaltung übernommen und einen Betriebskostenvorschub geleistet, dadurch ist es möglich geworden, wieder etwa 300 Mann zu beschäftigen.

Dabei gibt es aber immer noch Werke, die eine gute Dividende verteilen. Die Gewerkschaft Langenbrahm in Essen gibt für das 3. Vierteljahr 100 Mark Ausbeute auf den Kux. Für 1929 wurden 1200 Mark für den Kux bezahlt. Die Münchener Export-Malzfabrik A.G. verteilt 5%, die Sächsische Malzfabrik A.G. in Dresden 8% und die Dommitscher Tonwerke A.G. 12% Dividende. Der Eschweiler Bergwerksverein in Kohlscheid bei Aachen zahlt 14%, die Mühle Rünigen bei Braunschweig 10% und das Warenhaus W. Jacobsen A.G. in Kiel 6% Dividende, die Gladbacher Wollindustrie A.G. vorm. Josten 11% auf 4000000 Mark Aktienkapital.

### Der tägliche Lohnabbau

In dem Lohnstreit im rheinisch-westfälischen Ziegeleigewerbe wurde unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters für Westfalen ein Schiedsspruch gefällt, in dem es heißt: Der bisherige Lohn-tarif wird mit Wirkung vom 1. November 1931 in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die Löhne des zuletzt gültigen Vertrages um 7 Prozent gesenkt werden.

Für die Frankfurter Metallindustrie wurde vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt, der den Spitzenlohn von 82 auf 79 Pfg. senkt und die Akkordbasis für Arbeiter über 20 Jahre auf 71 Pfg. für Arbeiter unter 20 Jahren auf 60 Pfennig festlegt. Die Neuregelung tritt vom 1. November ab in Kraft.

Im Lohnstreit der Aachener Metallindustrie fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch. Hiernach werden mit Wirkung vom 1. November 1931 ab die Spitzenstundenlöhne des gelernten Arbeiters über 22 Jahre von 77 auf 72 Pfg. gesenkt. Das Abkommen kann erstmalig zum 31. Dezember 1932 gekündigt werden. Ueber Annahme oder Ablehnung haben sich die Parteien bis zum 11. November zu erklären.

## Demokratie und Diktatur

## Proletarische Diktatur?

von Hans Lemmer

Auf dieser Seite hat der Leser das Wort. Die Redaktion, die größten Wert auf die Mitarbeit der Leser legt, wird entsprechend den Raumverhältnissen jede Woche diese Seite zu einer wirklichen Tribüne der freien Meinungsäußerung werden lassen. Die Redaktion übernimmt für den Inhalt dieser Beiträge und Briefe nur die preßgesetzliche Verantwortung.

### Ein Diskussionsbeitrag

von Hermann Scheler-Titus.

Die Spaltung der SPD fällt in eine Zeit, in der sich auf Grund der durch die Krise gewaltig gesteigerten Widersprüche im Kapitalismus, die völlige monopolkapitalistische Diktatur, eine Militärdiktatur, vorbereitet. Die letzten politischen Ereignisse lassen erkennen, daß der Arbeiterklasse vom Halbfaschismus der Brüning-Groener bis zu einer vollständig faschistischen Regierung der „nationalen Opposition“ und der dahinterstehenden Wirtschaftskreise nur eine kurze Galgenfrist gesetzt ist. In einer solchen Situation ist es Aufgabe der Arbeiterklasse, keine Zeit zu verlieren, sondern zur aktiven Politik überzugehen. Dem steht ein hemmend im Wege, das ist Unsicherheit und Unklarheit über die Notwendigkeiten und über die Richtung des proletarischen Klassenkampfes.

Eine solche Unsicherheit aber kommt zweifellos im provisorischen Programm der Partei zum Ausdruck, dort wo von den Möglichkeiten einer proletarischen Diktatur gesprochen wird. Nur die Möglichkeit der proletarischen Diktatur und nicht ihre Notwendigkeit und Unumgänglichkeit anerkennen heißt neue Illusionen erwecken und damit neue Enttäuschungen und Niederlagen in die Arbeiterklasse hineintragen.

Im Programm heißt es: „Gelingt es, die Macht auf demokratischem Wege zu erlangen, weil sie (die Arbeiterklasse) wehrhaft und stark genug war, jede Gegenrevolution zu verhindern, so wird sie die Macht demokratisch ausüben...“ Das sind gesetzte Möglichkeiten, die nur auf einer utopischen Welt eintreten können aber nicht im monopolkapitalistischen Deutschland und der vom fortgeschrittenen Kapitalismus erfassten Welt. Es heißt einfach die wirkliche Lage verkennen, wenn man auch nur noch mit 1 Prozent Wahrscheinlichkeit an die Möglichkeit einer demokratischen Machtergreifung glaubt, und das in einer Zeit, da der Kapitalismus, durch die ungeheure Krise bedrängt, alle Machtmittel des Staates in fester Hand hält, sich eine faschistische Knittelgarde geschaffen und bereits den Parlamentarismus schach matt gesetzt hat. Aber sehen wir einmal davon ab und nehmen wir einmal für einen Augenblick an, der Parlamentarismus funktioniere noch, was ja Voraussetzung für die demokratische Machtergreifung wäre. Die Arbeiterpartei müßte also im Parlament die Mehrheit der Sitze erhalten, heißt das aber schon Machtergreifung? Nein, die Macht läge immer noch in den Händen derer, die über dem Staatsapparat, über Militär und Polizei und über die Wirtschaft verfügen. Um diese reale

Macht aber zu brechen genügt nicht ein parlamentarischer Erlaß, dazu wäre der außerparlamentarische Machtkampf, der nicht mit Stimmzetteln und demokratischen Mitteln geführt wird unvermeidlich. Denn wer glaubt daran, daß sich die Bourgeoisie den Beschlüssen eines Arbeiterparlamentes freiwillig fügen würde? Man könne sie mit der staatl. Macht dazu zwingen, die Beschlüsse anzuerkennen? Nein, dieser Staatsapparat ist in den Händen der Arbeiterschaft untauglich, er funktioniert nur im Interesse der kapitalistischen Gesellschaft. Ganz abgesehen davon, daß es eine Illusion ist, an die demokratische Fortentwicklung zu denken, würden wir also die wirkliche Macht und nicht nur den Schein der Macht gegen den mehr oder weniger großen außerparlamentarischen Widerstand der Kapitalistenklasse erringen müssen. Aber ein noch größerer verhängnisvoller Irrtum ist es, zu glauben, man könne diese Macht demokratisch ausüben. Dem Gegner die Macht entwenden heißt seine Militär- und Polizeigewalt zerschlagen, heißt den Staatsapparat zerschlagen und an die Stelle dessen die Volksbewaffnung und die Organe der Arbeiterklasse setzen, das sind die Räte. Die Arbeiterklasse muß sich für die Zeit des sozialistischen Um- und Aufbaues als herrschende Klasse organisieren, wozu sie aber ihre spezifischen Herrschaftsorgane schaffen muß in Form der Räte, denn sie kann den neuen Inhalt des Staates nicht einfach in die alte Form pressen.

Ausprechen was ist, die Realitäten sehen wie sie sind, das ist das erste was eine revolutionäre Partei tun muß. Hier darf die programmatische Klarheit einer Partei auch nicht darunter leiden, daß man durch dehnbare Formulierungen nach Möglichkeit niemand abstoßen will. Wir müssen die Dinge beim richtigen Namen nennen, nur dann werden wir auf die Dauer die Arbeiterklasse hinter uns sammeln. Heute gibt es kein Zurück zum Parlamentarismus mehr, er ist schon längst nicht mehr die geeignete Regierungsform für den Monopolkapitalismus. Umso mehr muß die Arbeiterklasse nach vorwärts stoßen, sie kann und darf nichts halten wollen, was überlebt hinausgeht, sie muß sich für die proletarische Diktatur entscheiden. Hat die SAP dies erkannt, dann ergibt sich für sie auch die Notwendigkeit wirklicher revolutionärer Taktik. Ueber Bord mit opportunistischen Tageslosungen. Wir müssen der Arbeiterklasse die Illusionen auf Flickwerk am Kapitalismus nehmen, wir müssen ihr klar machen, daß man nur dann Forderungen der Arbeiterklasse, die das System selbst angreifen, erfüllen kann, wenn das Proletariat die Macht ergriffen hat. Daher gilt es das Bewußtsein der Arbeiterklasse zu klären durch unermüdete revolutionäre Propagandearbeit. Solche Politik heißt den Sozialismus auf die Tagesordnung setzen. Da bleibt nichts mehr übrig von parlamentarischem Kuhhandel um Augenblicke, „erfolge“, sondern da wird die Arbeiterschaft lernen im zähen, öffentlichen Klassenkampf die Voraussetzungen für die erfolgreiche proletarische Revolution zu schaffen, die allein zum Siege führen wird.

Bei der programmatischen Festlegung der Partei nimmt die Frage der Demokratie und der Diktatur eine Hauptstelle, wenn nicht die ausschlaggebende Rolle ein. Nur-Demokratie steht gegen Nur-Diktatur. Oder Demokratie wird mit der Diktatur beliebig nach Bedarf ausgewechselt. Aber der Zweck der sozialistischen Bewegung ist zweifellos weder die Regierungsmethode der Demokratie noch der Diktatur, sondern die Revolution, und es kommt daher darauf an, ob die „Demokratie“ revolutionär oder konservativ wirkt oder nicht, ob die Diktatur ein notwendiges oder nicht-notwendiges Übel ist.

Die „Arbeiterpolitik“ hat dieser Tage in besonders geschickter Weise gegen den verdienten Revolutionär Ledebour Stellung genommen, weil er in diesen Spalten angeblich für Parlamentarismus und Demokratie eingetreten sei. Aber hat Ledebour an den Reichstag Lobes dabei gedacht? Hat er an die Demokratie der Republik Hindenburg-Brüning-Groener gedacht? Oder hat er nicht gerade an das gedacht, was wir nicht haben und seit dem Januar 1918, als Noske die Revolution besiegte, nicht mehr gehabt haben: eine wirkliche Demokratie und einen wirklichen Parlamentarismus!

Als Lassalle das allgemeine Wahlrecht und die Demokratie verlangte, da sagte er im Kreise der Vertrauten: Wenn ich allgemeines Wahlrecht sage, so meine ich die Revolution. Auch wir können heute sagen: Wenn wir die Demokratie verlangen, so meinen wir die Revolution, so wissen wir, daß die Bourgeoisie, die demokratisch nicht mehr existieren kann, in der Demokratie eine revolutionäre Forderung erblicken und sich gegen ihre Erfüllung mit allen Mitteln zur Wehr setzen wird. Es gibt Zeiten und soziale Bedingungen, unter denen die demokratische Regierungsweise eine revolutionäre Funktion hat, und es gibt Zeiten und soziale Bedingungen, unter denen sie absolut konterrevolutionär wirkt.

Im Rußland der Bauern ist die Demokratie für lange Jahre eine Unmöglichkeit gewesen, weil die Bauern in der Demokratie die proletarische Revolution nach Abschluß der bürgerlichen Agrarrevolution allein durch ihr Zahlen-gewicht erdrosselt hätten. Man könnte sich als Gegenpol ein Land denken, in dem die Konzentration des Kapitals soweit fortgeschritten ist, daß tatsächlich einer kleinen Zahl von Kapital-

magnaten die große Mehrheit eines in langer revolutionärer Geschichte klassenbewußten und kampfwilligen Proletariats gegenüberstände. In einem solchen Land wäre Demokratie tatsächlich die proletarische Diktatur, die Verwirklichung der Demokratie wäre die Revolution.

Ein solches Land gibt es nicht und wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Hier haben sich zweifellos Marx und Engels im Tempo geirrt, das sie der kapitalistischen Entwicklungsperspektive unterlegten. Die Ideologien der Vergangenheit, gestützt und gefördert durch die Kapitalmacht der herrschenden Klasse, hat eine viel größere Beharrungsfähigkeit gezeigt, als man glaubte annehmen zu dürfen. Und man braucht nur an das hochindustrielle Deutschland mit seinen christlichen und nazistischen Arbeitern, Angestellten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden zu denken, um zu sehen, wie unter solchen sozialen Bedingungen die Demokratie eine ganz andere Funktion hat, die sich stärker ihrer Funktion in Rußland anschließt. Die Demokratie hätte auf die Dauer nicht den Prozeß der Herausbildung der proletarischen Klassenherrschaft bannen können, aber die Bourgeoisie ist stark genug, um diesen Prozeß zu unterbrechen und abzufangen. Die Schlußfolgerung aus dieser Sachlage kann nicht die sein, daß das Proletariat gegen Demokratie sein muß. Die Schlußfolgerung muß sein, daß die Erhaltung der Demokratie eine revolutionäre Aufgabe ist, die zu lösen bisher (seit 1918) dem deutschen Proletariat nicht gelang.

Freilich bleibt die Frage dabei offen, ob und wieviel die Demokratie der Mehrheit des Volkes, die proletarisch ist, die in der Demokratie also gerade ihre Klassenherrschaft ausübt, tatsächlich innerhalb des kapitalistischen Systems in absehbarer Zeit erobert werden kann. Brauchte die russische Revolution als Gewicht am kürzeren (proletarischen) Arm der Klassenordnung das Räte-system, das die industrieproletarische Minderheit wirksamer macht, als ihr der Zahl ihrer Mitglieder nach zukommt, so kann auch die Revolution in Deutschland nicht einfach auf solche künstliche Verlagerungen verzichten. Nur ist in Deutschland das Problem nicht so sehr das der Vorherrschaft des Proletariats gegenüber der Bauernklasse, die abgesonderte Interessen vertritt, als das der Bewußtseinsklärung und Vorbereitung der revolutionären Bereitschaft.

### Wie war es in der SPD?

„Es ist, als ob ich von einer schweren Last befreit worden wäre.“ So hörte man die Genossen sprechen, nachdem von unseren Ausschüssen der Ruf zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei ergangen war. Und für alle diejenigen war es eine befreiende Tat, die jahrelang in den Reihen der SPD immer wieder darum gekämpft hatten, eine reine sozialistische Grundlage zu schaffen.

Nicht vergebens waren diese Kämpfe gewesen, davon zeugt die Begeisterung, mit der sich die Genossen um das neu aufgerichtete rote Banner der SAP scharten. Die Idee des Sozialismus ist nicht tot, sie lebt! Das las man von den Gesichtern, die sich in den Gründungsversammlungen der verflorenen Wochen zeigten, das hörte man aus den Worten, die da gesprochen wurden. Wie ganz anders war das alles als das, was man von den Versammlungen der SPD seit langem gewöhnt war! Es war kein Feilschen mit ausgetüftelten Redensarten, kein vorsichtiges Hin- und Herlavieren, „um es den anderen beizubringen“. Klar und eindeutig hieß die Parole: So geht es nicht mehr, laßt uns die Reihen schließen, damit wir die Kraft erhalten, um das Ziel zu erreichen, das uns vor-schwebt, den Sozialismus!

„Es ist wieder eine Lust zu arbeiten!“ sagen die Genossen. Keiner von uns braucht mehr zu fürchten, daß er, wenn er an die Grundsätze sozialistischer Weltanschauung mahnt, böhsch beiseite gedrückt und mit schulmeisterlicher Zurückweisung wird: Davon verstehst du nichts! Selbstverständlich werden auch bei uns Meinungsverschiedenheiten kommen, sie müssen kommen. Wie sagte doch Hegel schon: Was überhaupt die Welt bewegt, ist der Widerspruch! Nur darf der Widerspruch nicht in Gehässigkeit, in Unduldsamkeit, in Vernichtung des anderen ausarten. Dann bringt er nicht Leben, dann tötet er eine Bewegung. Das haben wir in der SPD tagtäglich erleben können. Wer durfte denn außer den sogenannten Führern noch eine freie Meinung haben! Ja, die freie Meinungsäußerung wurde noch allenfalls gelitten, solange sie nicht Aussicht hatte, die Massen der Mitgliedschaft zu gewinnen. Aber der Widerspruch, dem es gelingen konnte, eine andere Ansicht als die der hochobersten Parteileitung zu verbreiten, wurde als Rebellion, als Spaltung gebrandmarkt. Und wenn es dennoch dazu kam, rasselte es Ausschlußanträge. Dadurch gerade geriet das Parteileben mehr und mehr in Dämmerzustand, es wurde zur Schablone, und Schablone ist geistlos, ist leblos, ist der Tod. Mitglieder-ersammlungen gab es nur noch in unregelmäßigen Abständen, und wenn sie stattfanden, herrschte gähnende Leere, die Mehrzahl der Genossen stumfte ab, sie zog sich resignierend zurück: Wir können doch nichts ändern. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß eine Bewegung, die eine Million zählte, so kampfunfähig, so tatlos wurde.

Nach stehen viele Zweifler abseits von uns. Noch haben sich viele, die dasselbe bewegt,

wie uns, nicht dazu entschließen können, aus der SPD den Uebertritt zu vollziehen. Ja, es fiel auch uns schwer, den Schritt zu tun! Aber keiner darf sich von Gewohnheiten leiten lassen! Wir wissen, wie tausende zum Verbleib verurteilt sind, weil materielle Gebundenheit ihnen Fesseln auferlegt. Andere sagen: Wird es bei euch nicht genau so kommen, sobald ihr größer geworden seid; werden bei euch dann nicht auch die Führer alles, die Mitglieder nichts mehr gelten? Nun, wir haben einen Schutzwall, der uns davor bewahrt, das ist unser Organisationsstatut. Und unsere Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß es lebt, daß es uns erhalten bleibt. Wir können es ändern, aber jede Aenderung muß eine Besserung, ein Fortschritt sein.

Vielleicht mag es manchem von uns zunächst Mühe kosten, sich darin einzuleben, einzuordnen. Auch die Freiheit fruchtbringend auszuwerten, muß verstanden sein! Vielleicht mögen manche Bestimmungen in der ersten Zeit von uns übersteigert werden, mag die Freiheit, die uns die Partei gibt, in späteren Diskussionen abgleiten, und manchmal ein buntes Durcheinander dadurch entstehen. Da hilft nur eins: Uns selbst erziehen, uns immer wieder bei unseren Handlungen die Frage vorlegen: Ist das richtig, ist das demokratisch, läßt sich das mit unseren obersten Grundsätzen der sozialistischen Weltanschauung vereinbaren? Nur wenn wir selbst wahrhaft demokratisch, wahrhaft sozialistisch sind, kann unsere Partei das werden, was wir von ihr erstreben, die Einheitsfront des Proletariats.

C. Di.

### Versteckte Fonds

Neben den großen Summen, die den Kirchen aus staatlichen Mitteln zufließen, spielen die Zuschüsse der Kommunen eine nicht unbedeutende Rolle.

Ein Musterbeispiel liefern die Etats des „roten“ Berlin. Im Kapitel „Aufwendungen für Vereine auf dem Gebiete der Wohlfahrt“ sind im zentralen Haushalt 1 158 070 M. für kirchlich und christlich orientierte Organisationen eingesetzt (Gemeinnütziger Ver. Rechtsauskunft (christlich) 45 000 M.; Bahnhofsmission 85 000 M.; Evangelischer Verband für Kinderpflege 263 040 M.; Verein Mädchenhort zu Berlin 82 980 M. usw.); aus den Etats der einzelnen Stadtbezirke kommen noch weitere 677 000 M. hinzu.

Unter „Unterstützungen“ werden an kirchliche Einrichtungen (Krankenhäuser, Pflegeanstalten, Wohlfahrtsküchen usw.) insgesamt 4 986 450 M. gegeben; beim Kapitel „Jugendwohlfahrt“ entfallen auf kirchliche Institutionen insgesamt 6 153 150 M.; aus den Kapiteln „Gesundheitswesen, allgemeine Verwaltung, Schulverwaltung, Kunst und Wissenschaft“ kommen weitere 363 893 M. hinzu.

Allein diese Posten ergeben die schöne Summe von 13 371 363 M.; dabei sind alle Summen außer Betracht gelassen, die in den ominösen Kapiteln unter „Sonstiges“ stecken; auch die Summen, die für Religionsunterricht an allen Schulgattungen ausgegeben werden.

## Briefe an die SAZ

### Wir stehen!

Als der Genosse Ziegler unlängst im Reichstag darauf hinwies, daß die SAP schon in kurzer Zeit zu einer Massenbewegung werden würde, wurde ihm von seiten der KPD zugerufen, daß die SAP in kurzer Zeit gestorben sein werde. Wenn wir wirklich eine so kleine, unscheinbare Gruppe wären, so fragen wir uns: Weshalb wird dann von der SPD und der KPD der ganze Redner- und Presseapparat gegen uns eingesetzt? Hier muß doch irgend etwas nicht stimmen!

Und wirklich: es stimmt etwas nicht. Die SPD hat selbstverständlich alle Ursache, uns so klein wie möglich zu machen. Sonst könnten ja die Mitglieder etwas mühter werden und sich ihre Führer und deren Politik mal auzmerksamer ansehen. Um das zu verhindern, wird das kleinlichste und widerlichste Material zusammenzutragen, um unsere führenden Genossen in Mißkredit zu bringen. Sollte das alles nicht genug ziehen, dann fährt man das größte Geschütz auf: „Die Einheit der Partei darf auf keinen Fall in Gefahr gebracht werden.“ Was nützt aber die Einheit der Partei, wenn der größte Teil der Führer dieser Partei ganz offensichtlich gegen den Willen der Mitglieder Politik macht? Die deutsche Sozialdemokratie hat aufgehört, die Partei Bepels oder Liebknechts zu sein. Sie ist zu einer Staatspartei geworden, geführt von einer erstarrten Parteibürokratie. Deshalb ist für wirkliche Sozialisten kein Platz mehr in ihr.

Beinahe noch größer als die Hetze der SPD ist die Hetze der KPD gegen die SAP. Die KPD-Führer sehen sich jetzt das Wasser abgraben, das bisher ihre kaputtten Parteimühen trieb. Sie sehen ihre Felle fortschwimmen!

Die alten Parteien der Arbeiterschaft müssen abtreten. Die eine ist keine Klassenkampfpartei mehr, die andere kann wegen ihrer Abhängigkeit von Moskau keine wirkliche revolutionär-sozialistische Politik treiben. So wie die Nationalsozialisten auf der rechten Front die bürgerlichen Parteien aufsaugen, so

werden wir als internationale Sozialisten das gleiche auf der Linken tun.

Walter Meichner, Planitz.

### Kleine Anfragen an eine große Partei und ihre Parteiführung

Wie schützt man den Parlamentarismus und die Demokratie?

— Ganz einfach: man schaltet beide aus.

Wie lange wird die trostlose Lage der Arbeiterschaft noch dauern?

— Bis infolge der vielen kleineren Uebel der Arbeiterschaft die große Uebelheit ankommt oder eine verzweifelte Mehrheit des deutschen Volkes ihr größtes Uebel auf legalen Wege als Kanzler beruft.

Warum macht eine große Partei, wenn sich von ihr ein ganz kleines Splitterschen löst, ein so großes Geschrei?

— Weil das Splitterschen nicht einsehen will, daß die Partei das Recht der freien Meinung des Parteivorstandes schützen muß.

Was tut eine Partei, wenn sie oppositionelle Mitglieder hat?

— Manche Parteien haben Geld, andere benutzen Revolver und Dolche, das einfachste Mittel ist: die Partei spaltet diese Leute von sich ab.

Warum ist gerade die Sozialdemokratie berechtigt, dem deutschen Volk zu sagen: Geht uns die Mehrheit!

— Sie ist dazu berechtigt auf Grund der in den letzten Jahren so erfolgreich begangenen Schritte auf dem Wege zum sozialistischen Volkstaat.

Das Volk ist untreu, sagt die Sozialdemokratie, es wählt bei 4 Millionen Erwerbslosen 197 Nazis in den Reichstag, was sagt diese Partei, wenn bei 3 Millionen 250 Faschisten in das hohe Haus marschieren?

— Sie wird nichts mehr zu sagen brauchen, denn sie versichert heute schon, daß sie noch nie etwas zu sagen gehabt habe.

Kurt Leinca.

# Jugendblatt der SAJ

## Die Partei der Zukunft!

### Jugend und Partei

Carl Hiestermann, Planitz (Sachsen).

Der Profit, das treibende Motiv und die lebende Kraft der kapitalistischen Produktion, hat nicht nur Männer und Frauen, eine Generation nach der anderen, in den gähnenden Abgrund der Sklaverei und des Elends hinabgerissen. Hat nicht nur unsere Väter und Mütter an den Fels tierischer Qualen geschmiedet — der Profit hat auch die jüngsten Glieder der Gesellschaft, er hat blutjunge Menschen in die grauen Höhlen des stählernen Mechanismus hineingepfercht. Die kapitalistische Produktion hat alle Unterschiede zwischen alt und jung, zwischen Mann und Weib erbarmungslos niedergewälzt und übrig gelassen nur den Unterschied zwischen arm und reich, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern.

Wir, die Jugend von heute, und die Alten, im Kampf Ergrauten sind eins. Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not zu einer unzweifelhaften Kampfgenossenschaft. Wir sind eine Einheit, weil wir alle von den gleichen Kräften gefangen gehalten, versklavt und ausgebeutet werden, weil wir alle, alt und jung, Mann und Weib ein Ziel: die klassenlose sozialistische Gesellschaft und weil wir schließlich alle einen Weg zu dieser sozialistischen Gesellschaft haben. Alles Gerede von den Differenzen der Generationen muß angesichts unserer Aufgaben verstummen. Von einem Ausgangspunkt ausgehend, nach einem Ziel hinstrebend und von einer Kraft geleitet sind wir, die Jugend und die Partei — ein geschlossenes Ganzes. Die Partei und die Jugend haben sich in dem großen Ringen der alten und der neuen gesellschaftlichen Kräfte gegenseitig zu ergänzen. Kein Glied darf bei der Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie vernachlässigt werden. Die Partei, deren Formationen an den vordersten Fronten des gesellschaftlichen Schlachtfeldes kämpfen, braucht im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung, in der diese Kämpfe nicht nur an Umfang, sondern auch an Tiefe und Schärfe zunehmen, immer neue, immer bewußtere Mitstreiter, immer zielklarere und tapferere Genossen, die die immer zahlreicher werdenden Lücken dieser Kampffront auszufüllen in der Lage sind. Diese Aufgabe, die Ausfüllung der Lücken in der kämpfenden Front, kommt in erster Linie der sozialistischen Jugend, in der die junge Generation die Waffen und die Methoden der gesellschaftlichen Kämpfe kennenzulernen Gelegenheit hat, zu.

Wir, die sozialistische Jugend, sind nur ein Glied der Sozialistischen Arbeiter-Partei. Ein Glied mit gleichen Zielen und gleichen Wegen. Daß dies so ist, hat nun die Praxis schon längst bestätigt. In kameradschaftlichem Ringen der alten, wie der jungen Genossen werden alle Beschlüsse unserer Konferenzen gefaßt.

Wir, die junge Generation im SJV, haben heute die Möglichkeit, von uns aus ohne das Einspruchsrecht der Älteren unserer klügsten und befähigsten Genossen in die Parteivorstände aller Gruppen zu entsenden. Es wird, ja, es darf in der Partei keine Korporation und keinen Ausschuß geben, in dem nicht die Jugend vertreten ist.

Bei all unserer Eignigkeit bleiben wir organisatorisch selbständig. Diese organisatorische Selbständigkeit, die in der SAJ von Tag zu Tag mehr abgebaut und aufgehoben wird, ist für die arbeitende Jugend unbedingt notwendig. Nötig in erster Linie deshalb, weil unsere Aufgaben

im wesentlichen lernender und schulender Natur sind. Eine Organisation, deren wesentlichste Aufgabe im Lernen und Schulen besteht, kann nur in einer möglichst freien Entfaltung ihrer einzelnen Glieder den gewünschten Erfolg haben. Nur eine völlig selbständige, demokratische (nicht bürokratische) Organisation wird dieser Aufgabe gerecht werden können. Ohne diese Selbständigkeit können die wertvollsten Kräfte der jungen Generation verschüttet werden, was sich nur zum Schaden und zum Nachteil der gesamtproletarischen Bewegung auswirken müßte. In unserer selbständigen Organisation werden wir die ausgebildete Jugend sammeln, ihnen die heutige kapitalistische Ausbeuter-gesellschaft, das Ziel, die sozialistische, klassenlose Gesellschaft, den Weg, der zu ihr führt, klar und verständlich machen. Wir werden den jungen Proleten das Rüstzeug des proletarischen Klassenkampfes in die Hand geben und sie lehren, sie im marxistischen Sinne zu gebrauchen.

Unsere älteren Kampfgenossen von der SAP verstehen besser als alle anderen die Worte des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, wenn er sagt: „Der aufgeklärteste Teil der Arbeiterschaft versteht vollständig, daß die Zukunft seiner Klasse und damit der ganzen Menschheit durchaus von der Ausbildung der werdenden Generation abhängt.“ Sie, die Aufgeklärtesten von dem aufgeklärtesten Teil der Arbeiterschaft, sie werden an unserer Ausbildung lebendig Anteil nehmen, sie werden uns unterstützen und uns an den richtigen Platz in dem großen Kampffeld stellen. Wir haben die Pflicht, uns und unsere ganze Kraft diesem aufgeklärtesten, dem organisierten Teil der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen und im Sinne des revolutionären Sozialismus zu wirken. Unsere ganze Kraft, unser Leben und Wirken gehört der revolutionär-sozialistischen Partei, gehört der SAP, und mit uns wird diese Partei, die Partei der Jugend und damit auch die Partei der Zukunft sein!

## Front gegen jeden Arbeitsdienst!

Von Herbert Frahm, Lübeck.

Der Gedanke, die deutsche Jugend durch eine Arbeitsdienstpflicht zu beglücken, ist nicht von gestern. Die Gegner der Arbeiterklasse haben sich diese Jugendbeglückung ausgedacht, um an die Stelle der fortgefallenen allgemeinen Wehrpflicht eine neue Methode zu setzen, die Menschen zu „treuen Untertanen“ zu erziehen. Es ist wohl verständlich, daß der Dienstpflichtgedanke gerade in der Zeit des besonders starken Anwachsens der Arbeitslosigkeit wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Jungproletariat hat sich von Anfang an dafür bedankt, wieder in Kasernen gedrillt zu werden, hat von Anfang an die großen Gefahren aufgezeigt, die durch die nationalistische Erziehung der Jugend entstehen würden. Diese Dinge sind so klar, daß man garnicht erst zu fragen braucht, wie sehr dann die jungen Menschen noch ausgebeutet werden sollen. Das Proletariat überhaupt hat aufgezeigt, wie dem Klassengegner mit den Dienstpflichtabteilungen Streikbrechergarden und Kulikonkurrenten der freien Arbeiter entgegenstehen würden. Im Januar dieses Jahres war der Gedanke der Dienstpflicht bis in das Arbeitsministerium des reaktionären Kabinetts Brünings vorgedrungen, und nicht an den Argumenten des Proletariats, sondern an der finanziellen Unmöglichkeit ist — vorläufig — die Durchführung gescheitert.

Seit einigen Monaten ist es ein anderes Schlagwort, das die Jugend beglücken soll: das Schlagwort vom „freiwilligen Arbeitsdienst“. Als am 5. Juni von Brünning wieder einmal Not verordnet wurde, fand man auch die Bestimmung, den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern. Mittel sollten aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Krisenfürsorge zur Verfügung gestellt werden. Am 3. August hat Treviranus, der offenbar nichts anderes zu tun hat, in einer „Verordnung über die Förderung“ die praktische Durchführung eingeleitet.

Was ist es mit diesem freiwilligen Arbeitsdienst, der in manchen Teilen des Reiches schon in die Wege geleitet worden ist, hier und da mit Organisationen, wie z. B. Reichsbanner, unter Duldung der SPD? Der freiwillige Arbeitsdienst bietet nicht den erwerbs-

losen Jungproleten, sondern denjenigen, die verstehen, sie geschäftstüchtig auszunutzen, Aussichten auf Gewinn. Dem freien Arbeiter wird Arbeit weggenommen, die zu Tariflöhnen vergeben werden mußte. Die ganze Verordnung ist unklar, und das ist wahrscheinlich auch ihr Zweck. Aber man erkennt leicht, daß faschistische

## Verantwortungslose Jugend?

Von Reinh. Walz, Berlin-Tempelhof

Den vielen persönlichen Verunglimpfungen unserer Genossen wird man leicht begegnen können, wenn sie offen erhoben werden. Schwieriger ist es, versteckte und scheinbar objektive Behauptungen ihres demagogischen Mäntelchens zu entkleiden.

Als uns die Mitteilung erreichte, die Breslauer SAJ stehe zu Seydewitz, und als dann immer deutlicher wurde, daß an vielen Orten die SAJ zur SAP kommt, da sagte mir ein Parteigenosse in Amt und Würden: „Das sieht der Jugend ähnlich! So ist sie immer gewesen: verantwortungslos und leichtsinnig! Was wißt ihr von den Schwierigkeiten der Politik! Ihr Jungen habt es leicht, euch für Opposition zu entscheiden!“

Stimmt das? Haben wir es wirklich so leicht, gerade wir jungen Genossen?

Immer wieder muß es den parteivorstandsfremden Mitgliedern der SAJ gesagt werden, daß wir niemals von vornherein die Spaltung wollten. Das haben wir an anderer Stelle beweisen können. In Frankfurt — es sind erst wenige Wochen her — haben wir trotz großer Meinungsverschiedenheit, trotz unserer anderen Auffassung über die Taktik der Parteiführung ein starkes, erhebendes Bekenntnis zur geschlossenen Arbeiterbewegung abgelegt. Waren es nicht gerade die heute verfeimten Bezirke Breslau, Zwickau, Berlin usw., die durch Geschlossenheit und Entschlossenheit unser aller Begeisterung entfachten, die dem Jugendtag das Kampfgepräge gaben? Er hat

Bünde, wie Stahlhelm, Jungdo usw., in der Führung der Schnapsidee stehen. Jedoch, wie gesagt, fehlt auch das Reichsbanner nicht. Volksgemeinschaft...!

Die Verordnung ist deshalb so unklar, weil man nachverordnen will. Der freiwillige Arbeitsdienst — darüber hat uns die Rechtspreste nicht im Zweifel gelassen — soll ein Uebergangsstadium sein zur Arbeitsdienstpflicht. Man wird nach einiger Zeit über die „großen Erfolge“ des freiwilligen Dienstes berichten, um den Weg für die Dienstpflicht freizumachen. Weil aber der junge Proletarier nicht die Beglückung durch den faschistischen Gedanken der Arbeitsdienstpflicht will, lehnt er auch die Vorstufe dazu ab, jenen freiwilligen Dienst, der ihm auch nicht einmal anständigen Lohn, anständige Verpflegung und Unterbringung sicherstellt.

Überall muß die proletarische Jugend die Boykottierung des freiwilligen Arbeitsdienstes propagieren, auch wenn SPD, Reichsbanner usw. keine klare Stellung einnehmen. In Lübeck z. B. beschloß die SAJ schärfsten Kampf gegen den von ihren Parteigenossen in Aussicht genommenen Arbeitsdienst. Aber auch das Jungbanner lehnte ihn — sogar einstimmig — ab. Das zeigt, daß die jungen Arbeiter sich nicht mißbrauchen lassen wollen zu diesem Plan der Arbeiterfeinde. Sie haben längst erkannt, wie man heute kalt faschistische Methoden einführt: von hinten herum.

Die Ausrede, daß „wir dabei sein müssen, damit Schlimmeres verhütet wird“, gilt nicht. Die Jugend läßt sich auch nicht mit dem „kleineren Uebel“ fangen, das uns so herrlich weit gebracht hat. Man muß Grundsätze hochhalten wissen, wo wichtige Teilkämpfe zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten werden. Und ein solcher Kampf ist der Streit um den Arbeitsdienst.

Mögen die Herren um Treviranus — aber auch die Herren mit dem „kleineren Uebel“ — erkennen, was es heißt, wenn das Jungproletariat ruft: Front gegen jeden Arbeitsdienst!

uns Älteren in der Arbeiterjugend zuweilen Mühe gekostet, in unseren Jugendgenossen die Hoffnung auf einen Umschwung der gegenwärtigen Tolerierungspolitik wachzuhalten. Wer da sagt, die Jugend entschlief sich leicht zur Opposition, der will nicht die wahren Tatsachen sehen. Ud allen, ob jung oder alt, ist der Entschluß schwer gefallen. Es gibt viele, viele unter uns, die in den entscheidenden Nächten nicht schlafen konnten. Es war nicht unsere Unsicherheit, die uns nicht schlafen ließ, es war unser Verantwortungsbewußtsein.

Wer unser Opponieren nur eine Jugendtorheit nennen will, hätte jene erschütternde Vorsitzendenkonferenz in Berlin miterleben sollen. Unser 2. Vorsitzender war abgesetzt worden. Nicht nur oppositionelle Genossen haben zugegeben, daß das Vorgehen gegen ihn skandalös war. Die Gründe sind auch heute noch nicht stichhaltig. Es sind warnende Stimmen und Stimmen ehrlicher Empörung bei unseren ausländischen Bruderparteien laut geworden. Wir haben damals den vollen Ernst der Situation begriffen. Wir haben uns nochmals gefügt, wenn auch mit geballter Hand in der Tasche.

Wir sind in Drangsalierungen und Schikanierungen hart geworden, und deshalb geben wir zu — so höhnisch es klingen mag: das drakonische Vorgehen des Parteivorstandes und das Verhalten des Hauptvorstandes der SAJ im Punkte Selbstverwaltung hat nicht unwesentlich zu unserer Bewußtseinsklärung beigetragen. Woher sollte unser Vertrauen zur Führung kommen, wenn diese uns gegenüber dauernd Mißtrauen zeigte? Was nützte uns die Parole: „Wo bleibt der zweite Mann?“, wenn alles ohne uns gemacht wurde? Was heißt es schon: „Gebt uns die Macht!“, wenn wir, die Mitglieder, für einen Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit nicht eingesetzt wurden?

Gerade wir, die wir von der Arbeiterjugend zum SJV gekommen sind, wissen, was wir hinter uns zurücklassen. Wir hängen an unseren Gruppengemeinschaften. Diese Gruppengemeinschaften sind die Versuchsstationen der kommenden Gesellschaft, wie uns Anna Siemsen in ihrem Buch „Selbsterziehung der Jugend“ sagte. Sie werden und müssen erhalten bleiben. Jetzt erst recht bauen wir unsere Gruppen zu wahren Lebens- und Arbeitsgemeinschaften aus. Unsere Aufgabe ist es unvermindert, uns kampffähig zu machen, nicht tolerierungsfähig. Das kleinere Uebel hat uns zum Erbbrechen gebracht.

Nicht in Aufträgen — und auch da nur, wenn es rührend wirken soll — wollen wir uns auf unsere Führer Bebel und Wilhelm Liebknecht besinnen, wir werden den Geist unserer Führer auf uns wirken lassen und danach handeln. Jetzt sind wir mit Herz und Hirn dabei!

## Arbeiterjugend und Bildung

Von Gottfried Riehl, Köln-Kalk.

Bildung und Bildung ist zweierlei. Besser ausgedrückt: unter Bildung kann man das eine Mal rein äußerliches Wissen verstehen, das andere Mal Charakterbildung.

Eines sowohl wie das andere tut dem Proletariat not, wenn es jemals daran denken will, eine neue Mehrheitsepoche heraufzuführen.

Besonders ist es die Aufgabe unserer Bewegung, das Jungproletariat, das dereinst mitten im sozialen Umsturz stehen wird, auf die kommende Zeit vorzubereiten.

Die eigentliche Wissensvermittlerin unserer Zeit ist die höhere Schule, sie aber ist dem Proletariat meistens verschlossen. Es muß sich mit einer mangelhaften Volksschulbildung begnügen, weil der Kapitalismus Menschen braucht, die schreiben und lesen, nicht aber solche, die denken können.

Er braucht Menschen, die das, was sie an Bildung in sich aufgenommen haben, im Dienst und im Sinn der bestehenden Welt- und Gesellschaftsordnung abgeben. Die Volksschule ist die rentabelste Einrichtung, die der Kapitalismus geschaffen hat. Wir müssen uns dar-

über klar sein, daß die sogenannte höhere Schule so lange nicht zu einer Schule des gesamten Volkes wird, so lange nicht die sozialistischen Tendenzen der Gesellschaftsordnung die Oberhand gewinnen über die kapitalistischen. Der Bildungskauf, die Ware „Bildung“ oder anders ausgedrückt: die Ware „Wissen“ wird erst dann verschwungen sein, wenn das Waren-system an sich in der sozialistischen Zukunft gefallen ist. Für uns erweitert sich die Bildungsfrage zu einem Teil des Menschheitsproblems Sozialismus.

Wir wollen das Wissen, uns fehlen die Mittel, um es zu geben. Um zu ihm zu gelangen, sind wir genötigt, die Bildungsmittel zu erkämpfen, die uns erst zufallen werden, wenn das Proletariat im Kampfe gegen den Mammomonismus gesiegt hat. Die Bildung, die wir geben können, ist eine andere als jene ideale, die der Mehrzahl unserer Mitglieder verschlossen ist, unsere Bildung ist Mittel zum Kampf, unsere Bildung ist die sozialistische Bildung. Durch sie werden wir einst zur wirklichen gelangen. In Vorträgen, Diskussionen und

Kursen wollen wir den jungen Arbeitern die Erkenntnis ihrer Lage, das Klassenbewußtsein geben. Wir wollen ihnen zeigen, „was die Welt im innersten zusammenhält“.

Sozialistische Bildung ist Massenbildung, nicht Bildungsarbeit mit Massen, aber Bildungsarbeit an Massen! Hier und da aber wird es uns möglich sein, Literatur, Musik, überhaupt Kunst, kurz, ein wenig jener idealen Bildung zu geben. Das über das Wissen; aber dieses ist nicht alles. Wir haben lebendige Menschen vor uns und wollen keine Bücherwürmer aus ihnen machen. Auch Sport, Spiel, Tanz und Wandern sind Mittel der Erziehung und Bildung, nicht Mittel der Wissensbereicherung, wohl aber Mittel der Charakterbildung. Und die zu fördern, haben wir uns ebenfalls zur Aufgabe gemacht. Für die Erwerbung eines Wissens lassen sich Programme aufstellen, für den Gewinn von Charakterbildung nicht. Charaktere bilden sich im pulsierenden Leben, im Zusammensein von Mensch und Mensch. Wissen ist macht und Bildung macht frei! Menschen zu formen, die den tiefen und wahren Inhalt dieser Worte zu fassen vermögen, Menschen mit Kenntnissen und Charakterbildung heranziehen, ist unser edelstes Bestreben und in diesem Sinne wollen wir unsere Bildungsarbeit betreiben.

## BVG in der Krise

### Unhaltbare Zustände

Die Berliner Verkehrsverhältnisse sind unhaltbar geworden. Man braucht nur in einer Hauptverkehrsstunde die Straßenbahn, Untergrundbahn oder eine der Omnibuslinien zu benutzen, dann wird man immer wieder die menschenunwürdige Art der Beförderung feststellen und den Kampf nicht mehr um den Sitzplatz — der fällt wie das große Los in der Lotterie alle paar Monate zu — sondern den Kampf um den Steh- oder vielmehr Hängeplatz mitmachen müssen. Dazu kommt die andere Erscheinung: daß Tausende und aber Tausende heute gar nicht mehr in der Lage sind, eines der Verkehrsmittel der BVG zu benutzen, sondern Reisemärsche von mehreren Stunden Dauer innerhalb der Großstadt zur Erreichung ihrer Ziele unternehmen müssen. Die Direktoren der BVG aber klagen über den Rückgang des Verkehrs.

Der neueste Plan einer weiteren rücksichtslosen Verkehrseinschränkung durch Einstellung wichtiger Linien der Straßenbahn, durch den besonders die in den proletarischen Stadtteilen und Vororten wohnenden Berliner aufs schwerste getroffen werden, hat in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

So sahen sich die verantwortlichen Leiter der Stadt und der BVG gezwungen, in einer Konferenz der Presse ihre Auffassungen von der Notwendigkeit der Verkehrsrosselung zu entwickeln.

Statistiken, die nichts beweisen

Bürgermeister Elsas erläuterte unter Hinweis auf zahlreiche Tabellen und graphische Darstellungen die Lage der BVG. Er verwies auf die gesteigerte Konjunktur-empfindlichkeit des gesamten Verkehrs und auf die Tatsache, daß im selben Maße, wie die Arbeitslosenziffern gestiegen sind, die Verkehrszahlen fielen.

Aus diesen Zahlen geht jedoch mit großer Deutlichkeit hervor, daß die BVG kein anderes Mittel kennt gegen die Auswirkungen der Krise als jeder andere großkapitalistische Konzern: Drückung der Löhne und Drosselung der Leistungen. Um 15 Prozent sind die Löhne herabgedrückt und um 19 Prozent die Gehälter der Angestellten abgebaut.

Durch den Nachweis, daß die Drosselung des Verkehrs in anderen Städten prozentual erheblich stärker ist als in Berlin, versuchte man die neuen Abbaumaßnahmen zu rechtfertigen. Dabei vergißt die BVG zu erwähnen, daß in einer Stadt von dem Ausdehnungsradius Berlins Millionen der Bevölkerung gezwungen sind, die städtischen Verkehrsmittel zu benutzen, so daß der Vergleich ein völlig schiefes Bild der tatsächlichen Lage gibt. Ähnlich steht es übrigens mit allen den anderen Tabellen und Statistiken, die man den Pressevertretern an den Kopf geworfen hat: sie geben kein klares Bild über die wirkliche Lage der BVG. Vor allem wurde vorsichtig um jede nähere Angabe über die sachlichen Ausgaben der BVG herumgegangen, die Frage, wo und wie an anderen Stellen als den Löhnen und der weiteren Verkehrsrosselung gespart werden könne, existierte nicht für die Einberufer dieser Pressekonferenz.

Die Sünden von gestern

Nur in seinen Ausführungen über den von der Danabank empfangenen kurzfristigen Kredit von 124 Millionen ging Bürgermeister Elsas auf eine der wichtigsten Ursachen der Krise der BVG ein. Die Sünden vergangener Jahre rächen sich heute. Wie hat man seinerzeit die Zusammenlegung der Berliner Verkehrsbetriebe 1929 als eine kommunalpolitische Großtat gefeiert. Wie ist der kleine Reuter groß geworden, und wie hat die Berliner Sozialdemokratie ihre positiven Eigenschaften sich selbst bescheinigt. Auf dem Gebiete des Wohnungsbaus — da waren keine Lorbeeren zu ernten. Aus der Fürsorge stieg der Skandal um Scheuen, und die Stadträtin Weyl wurde aus einer großen Dame eine Figur, die man hinter die Kulissen schob. Dazu die Blößen aus dem Korruptionssumpf der Sklareks. Aber auf dem Gebiete des Verkehrswezens? Derselbe Schwindel, dieselbe Kurzsichtigkeit wie überall.

Man hat 1929 ganz nach dem Vorbild großkapitalistischer Konzerne die Verkehrsbetriebe zusammengezwungen, ohne eine innere organische Verschmelzung vorzunehmen.

Man hat dann kurzfristige Kredite verbaut, die jetzt durch Zinsbelastung und die von Bürgermeister Elsas besonders betonte Notwendigkeit baldiger Zurückzahlung die BVG zu einem unrentablen Zuschußbetrieb mit sinkenden Leistungen gemacht haben. Man hat aus dem Vollen gewirtschaftet, und jetzt sollen die Arbeiter, Angestellten und die Berliner Bevölkerung die Kosten bezahlen. Ueber diese Seite der Angelegenheit hat Bürgermeister Elsas nur insofern gesprochen, als er die Fehler von 1929 vorschob, um die Fehler von heute damit zu verdecken.

Weitere Drosselung angekündigt

Wichtig war dann noch besonders die Ankündigung, daß für 1932 eine Drosselung der öffentlichen Ausgaben in ganz anderem Ausmaße bevorstehe, als sie bisher schon erfolgt ist. Wie man die gegenwärtige Wirtschaftslage in den Finanzberatungen der verantwortlichen Leiter der Stadt Berlin be-

urteilt zeigt die Bemerkung, daß die Annahme des gleichen Verkehrsrückganges wie im Dezember 1931 für das ganze Jahr 1932 viel zu optimistisch sei.

Die Krise verschärft sich, der Abbau geht weiter, das Elend steigt. Und die Berliner Stadtväter stehen vor dieser Situation, schütteln die Köpfe, sanieren die Pleite, bis sie ihnen über den Kopf wächst, und wissen keinen Ausweg. Die Berliner Arbeiter müssen ihnen beibringen, daß es einen gibt.

Nur eine Verkehrspolitik, die nicht von angeblichen wirtschaftlichen Rücksichten ausgeht, sondern die klar und eindeutig nach sozialen Gesichtspunkten handelt, ist in einer Arbeiterstadt wie Berlin berechtigt und notwendig. Bezeichnend war es, daß sowohl Bürgermeister Elsas wie sein Famulus Zangenmeister, der nach ihm sprach als einziges Problem der Ueberfüllung die Nöte der Theaterbesucher erwähnte. Gewiß, die können auch einmal zwei Minuten warten, aber die Arbeiter können und wollen nicht warten, sie wollen nicht wie die Heringe verfrachtet sein, wenn sie müde aus dem Betrieb kommen, und sie pfeifen auf den guten Rat des Herrn Zangenmeisters, eben gefälligst die Anschlußstrecke zu laufen, wenn ihnen der Umsteiger zu teuer ist oder durch die

neuen Linieneinschränkungen der Anschluß wegfällt.

Die Presse ist schuld!

Dieser Herr Zangenmeister, Direktor der BVG, hatte den Mut, zu erklären, daß nur die Presseberichte die Ursache der Beschwerden über Ueberfüllung seien. Die Empörung in der Pressekonferenz über diesen Auspruch wie über die ganze Verkehrspolitik der BVG war so allgemein, daß dies den Herren doch zu denken geben sollte. Denn das war nur ein kleiner Widerhall der ungeheuren Empörung über die Verkehrspolitik der BVG und des Berliner Magistrats, die in der gesamten Berliner Bevölkerung herrscht.

Am kommenden Montag werden die Abbaupläne noch einmal durchberaten. Ob der scharfe Protest in der Öffentlichkeit eine Wirkung zeigen wird, ist abzuwarten. Bis jetzt haben sich die verantwortlichen Herren wenig um die Kritik gekümmert. Auch die Mehrheit des Berliner Stadtparlaments hat in Verkehrsfragen völlig versagt. Dies gilt besonders auch von der sozialdemokratischen Fraktion, der die Hauptschuld an der Gestaltung der Berliner Verkehrsverhältnisse zuzusprechen ist. Die Quittung wird nicht ausbleiben!  
F. R.

## Universitäts-Krawalle auch in Berlin?

### Nazistudenten organisieren Pogrom für den 9. November

Von zuverlässig informierter Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die nationalsozialistischen Studenten für den Revolutions-Gedenktag, Montag, den 9. November, antirepublikanische und antisemitische Ausschreitungen nach dem Muster des Kurfürstendamm-Pogroms organisieren.

Dem Universitäts-Skandal von Halle soll sich der in Berlin allem Anschein nach würdig anreihen. In den nationalistischen Studentenkreisen der Universität Halle war, wie man gehört hat, der Gedanke verbreitet, daß es nur noch einer geringen Anstrengung bedürfe, um das Dritte Reich herbeizuführen, und die von ihrer Vortrupp-Mission berauschten Studenten wähten sich berufen, den letzten, entscheidenden Stoß gegen „das morsche System“ zu führen.

In diesem Sinne und mit ebensolchen Parolen wurde auch in den letzten Tagen an der Berliner Universität eifrig agitiert. Am Freitag schon herrschte bei den Universitäts-

behörden eine derart erregte Stimmung, waren Rektor und Senat, wie Dozentenschaft von solcher Unruhe vor kommenden Ereignissen erfüllt, daß dem blinden Alarm geglaubt wurde, der von bereits ausgebrochenen Tötlichkeiten der Studenten sprach. Polizei rügte an — und zog zunächst unverrichteter Dinge wieder ab.

Die Nazi-Studenten haben es offensichtlich darauf angelegt, das Universitätsleben vollkommen lahmzulegen. Man wird abwarten müssen, ob ihre Kräfte bereits stark genug dazu sind, die Universitätsbehörden unter ihren Willen zu zwingen.

Die schwächliche Haltung des Universitäts-Rektorats in Halle eröffnet für den 9. November in Berlin die angenehmsten Aussichten.

Auch von der Universität Heidelberg kommen wieder Nachrichten, die besagen, daß der Sturm gegen Professor Gumbel mit neuen Kräften beginnen soll.

## Am Donnerstag wieder Stadtverordnetenversammlung

Am Donnerstag ist wiederum eine ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. U. a. will man sich über die Sparmaßnahmen des Magistrats unterhalten.

### Streik bei Goldacker

Das gesamte Fuhrpersonal der Firma Eduard Goldacker Nachf. ist geschlossen in den Streik getreten. Wie erläutert, hatte dieses Unternehmen, das über ganz Groß-Berlin ein dichtes Netz von Backwarengeschäften besitzt, die Absicht, rigorose Lohnkürzungen bei den Chauffeuren und Mitfahrern vorzunehmen. Bei einer zustande gekommenen in-

ternen Lohnverhandlung forderte die Firma eine Lohnreduzierung von 5 Prozent. Da zudem von seiten des Unternehmens der Wille vorliegt, zugleich einen allgemeinen Personalabbau vorzunehmen, antwortete das Fuhrpersonal mit dem Streik.

### Familientragödie

Eine grausige Familientragödie hat sich am Sonnabend nachmittag in Berlin-Niederschönhausen abgespielt. Im Hause Schönhauser Straße 33b erschoss der 22jährige Chauffeur Saalfeld, vermutlich im Verlauf eines Familienstreites, seine 45jährige Mutter. Er richtete dann die Pistole gegen seine 18jährige Schwester Elisabeth und brachte ihr durch mehrere Schüsse schwere Verletzungen bei. Das Ueberfallkommando konnte den Täter verhaften.

## Geflüster im Zuhörerraum

Moabit. Großer Schwurgerichtssaal. Sklarek-Prozeß.

Das gewohnte bunte Bild: Ein Dutzend Angeklagte, ebensoviel Verteidiger, Dutzende von Zeugen, Pressevertretern, Sachverständigen, mit Aktenbündeln beladene Sekretärinnen. Man kennt sich, man kennt alle Gewohnheiten der amtierenden Gerichtspersonen, man weiß: dieser Anwalt pflegt regelmäßig seine Vorstöße zu Beginn der Sitzung einzuleiten, (Sklarek behauptet, daß ihm dabei immer der Morgenkaffee hochkomme), ein anderer liebt die Ueberraschung kurz vor Toresschluß. Man ist in den wochenlangen Verhandlungen zu einer großen Familie zusammengewachsen.

Bei den vielen Verhandlungspausen dauert es keine zwei Minuten, und der Verhandlungssaal bietet das Bild gähnender Leere. Beim Wiedereinzug hallt der Gerichtskorridor wider von den Schritten der einmarschierenden Bataillone. Eine merkwürdige Massendemonstration in den Gerichtssaal, bei der Willi Sklarek, dessen hellbrauner Anzug scharf von den schwarzen Roben der Anwälte absticht, die Spitze mit sonderbaren Ehrgeiz verteidigt.

Auch hinter der Barriere, welche die Zeugenbank vom Zuhörerraum trennt, kennt man sich. Der Sklarek-Prozeß hat sein Stammpublikum. Es hat sich bald herumgesprochen bei den Besuchern der Moabiter Gerichtssäle, daß der Neuling bei Sklareks „nichts werden kann“.

„Ich hab Dir ja gesagt, wir wolln lieba zu den großen Prozeß in de Turmstraße jehn“, sagt griesgrämlich mein Hintermann (bei einer der endlos langen Zwangspausen) zu seinem Kumpel. „Mir ham se aba diesmal alle jesscht, bei Sklareks ist et langweilich“.

So überwiegen die Fachleute. Es hat sich sogar eine besondere „Sachverständigenbank“ gebildet, die in den Pausen den Neulingen Nachhilfeunterricht erteilt. Sie kennt jeden Richter und jedes einzelne Delikt der Angeklagten, sie kennt die Staatsanwälte, jeden einzelnen Verteidiger und ganz besonders gut die Angeklagten. Sie weiß jedenfalls in vielen Fällen mehr als die Staatsanwalt und der Angeklagte zusammen.

Der Unterricht setzt sofort nach Pausenbeginn ein. Vier von den fünf Sachverständigen werden schnell von der Unlösbarkeit ihrer Aufgabe überzeugt. Sie resignieren vor soviel Unwissenheit und geben nur ersichtlich widerwillig und mit verächtlichem Achselzucken Antwort.

Der fünfte aber ist ein Mann mit einem goldenen Herzen; nur manchmal mitleidig lächelnd, wird er nie müde, ist mit Fragen nicht tot zu kriegen. „Na dann will ich Se, det ooch noch erklären“, legt er agitierend los, gerät schnell in Schweiß und beendet seine Philippika erst, wenn ihm der Wachmeister an den Wiederbeginn der Sitzung energisch mahnt.

Nervenzusammenbruch des Angeklagten Kohl, Bürgermeister von Köpenick, der sich einer Untersuchung durch den Gerichtsarzt unterwerfen muß. Als Kohl herausgeführt wird, meint mein Nachbar: „Jetzt is er jeknickt, als ich den noch kannte, war er noch nich jeknickt.“ Der sollte se mal zum Vertrauensarzt von die Kasse schicken, der schreibt'n bestimmt ka-vau.“ „Ob se wohl so'n Theater mach'n würden, wenn einer von uns dasteh'n würde?“

Nach der Untersuchungspause von einer Stunde Wiedereinzug der Prozeßbeteiligten. Du, det is Willi Sklarek, sich Dir 'n an, den

## Versammlungskalender

Ortsverein Wedding. Montag, den 9. Nov., 1939 Uhr. Mitgliederversammlung bei Dabbert, Schulstraße 66. Referent: Genosse Seizewasser.

Schützbandstafel Naukölln. Mitgliederversammlung Montag, den 9. November, bei Lochner, Kaiser-Friedrich-Str., Ecke Innstr. Tagesordnung: 1. Vortrag: Gen. Dr. Rosenfeld. 2. Verschiedenes.

Ortsverein Charlottenburg. Dienstag, den 10. November. Die Frauensammekunft findet nicht statt, sondern wird bis nach dem 15. November verschoben.

Kreis Tiergarten, Distrikt Westan. Mitgliederversammlung Mittwoch, den 11. November, 20 Uhr, im „Bärensprinz“, Lützowstr. 7. Vortrag.

Mitte: Mittwoch, den 11. November, 20 Uhr. Mitgliederversammlung bei Dietersen, Prinz-Luitpold-Str. 8 (Nähe Bahnhof Friedrichstraße). Thema: Unser Aktionsprogramm. Schützband bereits 19 Uhr in demselben Lokal.

Ortsverein Treptow. Mittwoch, den 11. November, 19 Uhr. Funktionärkonferenz der Bezirke Treptow, Oberschönau, Niedererschönau, Adlershof, Johannisthal im Lokal Grahl, Niedererschönau, Berliner Straße 129. Wichtige Besprechungen. Mitgliederannahmen werden dort entgegengenommen.

Ortsverein Tiergarten: Bildungskursus. Die Rüstungsindustrie, ihre Profiteure und ihre internationale Verpflichtung. Ref. Lehmann-Rudbyld. Kursbeginn Dienstag, den 17. November, 20 Uhr, im Parkrestaurant Turnstr. 13. Anmeldungen und Anfragen an Hans Rubin, Pienburger Str. 10, Tel. Tiergarten 7340.

Verein sozialistischer Lebensreformer Berlin. Donnerstag, den 12. November, 19.30 Uhr. Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. Aufgang C, 3 Trp. Deutsche Friedensgesellschaft, Bezirksgruppe Berlin-Nordwest: Dienstag, den 10. November, 20 Uhr. Armilinus-Festspiele. Bremer Straße 72/73 (am Arminiusplatz). Genosse Heinrich Strobel spricht über das Thema „Novemberverbrecher“ Gäste willkommen.



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes. Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 54. J. Hof II. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat.

Sonntag, den 8. November: Bekenntnis zur Revolution. Elysium, Danziger Straße, Ecke Prenzlauer Allee. Georg Ledebour spricht. Es wirken mit die Speltruppe. Ton-Film: „Panzerkreuzer Potemkin“. Gaschlossene Veranstaltung. Alle erscheinen im blauen Kittel und roten Schlägen.

Montag, den 9. November, 19.30 Uhr: Tambourkorps. Jede Genossin oder Genosse, die mitgehen wollen und sich für die Schaffung eines Tambourkorps interessieren, schicken ihre Adresse an Gen. W. Kreßmann.

Pankow. Die Agitations-Genossen treffen sich um 19.30 Uhr beim Gen. Rocher.

Steglitz. Jugendheim, Albrechtstraße 47. Mitgliederversammlung. Die SAZ ist eingeladen.

Reinickendorf. Heim, Kopenhagener Str. 24, II. — Die Revolution von 1918.

Naukölln. Heim, Kaiser-Friedrich-Straße.

Moabit. Heim, Lehmstr. Str. 18-19. Revolutionsbekenntnis.

Hansa. Heim, Schleswiger Ufer 16. Revolutionsbekenntnis.

Friedrichshagen-Rosa Luxemburg. Heim, Diestelmeistr. Revolutionsgedenktag.

Marlendorf, Rote Plonerer. Was lehrt uns der 6. November?

Charlottenburg-Mitte. Revolutionsgedenktag.

Westend. Treffpunkt zur Revolutionskundgebung 9 Uhr.

Friedrich-Karl-Platz.

Mitte-Süd: Heim, Waisenstraße 18. Mitglieder-

versammlung.

Mitte-Nord: Ernst Toller, Jugendheim Elisabethkirchestr.

19. Schule. Politisch-satirischer Abend.

Falkenberg. Kampfliederabend.

Aktionsbezirk West: Im Jugendheim Spreestraße. Wil-

helmsplatz. Politischer Arbeitskreis. Thema: Reform-

mission.

Mitteilung der BL. Donnerstag, den 12. Nov., pünktlich

19 Uhr, im Jugendsekretariat: Erweiterte Bezirks-

leitungs-Sitzung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi

Schäber, für Inserate: Johannes Hoff-

mann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.

Druck: Georg Koenig, amtlich in Berlin O 27,

Magazinstr. 15/16

Besagte für einen Monat durch die Expedition

RM 2,40 einschließlich Postgeld. Durch die

Post bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustell-

gebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10

und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband:

RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.

„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint

täglich außer Montags

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund

unserer Spezialtarife für die Verbreitungsg-

ebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungs-

Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazin-

straße 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7,

Nr. 153 028.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel.

Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazin-

straße 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2905.

ausgefressen Schieba.“ Der Angeredete

rutscht unruhig auf seinem Stuhl und zischt:

„Und wo is Leo?“ „Sachte, der kommt zu-

letzt, der bezahlt erst noch für alle.“

Die Prozeßführung ist sehr scharf, die

Ironie des Vorsitzenden stellt die Nerven der

Prozeßbeteiligten auf manche harte Probe.

Aber der Zuhörerschaft geht er noch nicht

weit genug, sie ist gefühllos gegen die

Schleimner von gestern, die jetzt geduckt

auf der Anklagebank sitzen. Jeder Witz ist

giftig, schmerzend, kein freier billiger Humor.

Nein, eine maßlose Erbitterung ist hier auf-

gespeichert. Jeder weiß: wenn unsere Er-

werbslosen, unsere Wohlfahrtsempfänger,

unsere Kriegsbeschädigten, unsere hungernden

Kinder etwas von einem dieser Herren woll-

ten, waren sie nicht zu sprechen. Aber

pressen, zechen, jubeln, schieben mit unserem

Geld, dem Geld der Berliner Arbeiter, das

konnten sie. Die Aermtsten der Armen wur-

den mit Sklarekscher Schundware betrogen,

aber die Sklareks und ihre Garde, — hoppla,

die lebten!

Und dann noch eins, alle diese Prozeß-

besucher kennen ein anderes Bild: das Arme-

sünderbänkelein, wo der kleine Sünder wider

die Gesetze dieser Gesellschaft sitzt, hilflos,

zerquetscht durch die Autorität, entnervt

durch die Ironie des Vorsitzenden, ohne Mut

zu einer Verteidigung, rettungslos gefangen

in den Maschen des Gesetzes zum Schutze der

kapitalistischen Klasse. Wie anders das Bild,

das sich hier bietet! Nie war ein Staats-

anwalt so populär, wie der schneidige

Sprecher der Anklage gegen die Sklarek-

Garden. Als er dem Medizinalrat Störmer

entgegenhielt, daß schließlich kein Angeklag-

ter es als besondere Annehmlichkeit empfinde,

sich vor Gericht zu verantworten; da hätte

nicht viel gefehlt, und ein Beifallssturm wäre

durch den Zuhörerraum gebrast.

Das Urteil des Volkes in diesem Prozeß

ist hart, ist gallig bitter, — aber es ist

gerecht. W. E.

# Feuilleton der SAZ

## Erinnerung und Appell

Zum Jahrestag der deutschen Novemberrevolution — Ein Buch über Wilhelm II.

Es begann, wie bekannt, im Jahre 1914 mit der Bewilligung der Kriegskredite jene Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie, die man bildkräftigen Volksmüden am treffendsten „das eigene Grab schaufeln“ nennt. Seither hat es nicht aufgehört, im innersten Gebälk zu knacken, mitten in der Logik, mitten im Existenzsinn der Partei. Der letzte, zweifellos entscheidende Riß ist alleinstenigsten Datums; nun ist endlich das Gebäude bruchreif und spruchreif das Gleichnis vom Grabe, das sich inzwischen zum geräumigsten Massengrab ausgewachsen hat. An eifrigen Schaufelern war ja wahrlich kein Mangel.

Es ist schade, daß ein Großteil der Jungen, in ihrer Kindheit zwar noch mit Trockenmilch und Dörrgemüse gefüttert, dennoch kein wirklich plastisches Gefühl für die Gegenwart hat. Sie laufen in Haufen wahrhaftig Faschisten und Nationalisten nach! Das ist ihr Spieltrieb, ihr eiliger Geltungsdrang, und es ist die Unwiderstehlichkeit der Verlockung, das Lebensrätsel durch Subordination zutraulich zu lösen, persönlicher Verantwortlichkeit entziehen und, gratis, gar noch fesch dabei zu sein!

Gesetzt: eine denkende Jugend, deren Gegenwartsgefühl sich prägte aus dem Wissen um die wirklichen Geschehnisse der drei letzten und um die dringenden Erfordernisse der drei kommenden Jahrzehnte — die Leichtfertigkeit einer solchen Haltung wäre undenkbar; wiewohl auch der besten heutigen Jugend (und das ist die mit gutem Grunde ernsteste und sachlichste, die proletarische Jugend), wiewohl ihr allerlei unvermeidliches Gerümpel in den Weg geworfen ist. Die „große“ Zeit, aus der sie, zwar nur mit einem Zipfelchen ihres Daseins, kommt, ist doch noch allzu nah mit ihren schweren Bedeutungsgewichten: auch verbauen ihre Exponenten die klare Akustik nach hinten: die großen Brüder, die Väter und die Onkels — alle, ja alle stolz auf ihre Kriegserinnerungen! — verwischen die notwendige Distanz zum Gestern, sie entkleiden es gewissermaßen der historischen Weihe und Objektivität durch das profane Faktum ihres Nochvorhandenseins. Man darf überzeugt sein, daß vielen Jungen die täglich mannigfach in Wort und Schrift aufs Butterbrot gestrichene Erinnerung an enorme Wichtigkeiten, bei denen sie nicht dabei gewesen sind, zum Halse herausragt. Sie fühlen sich, die sie jetzt da sind, die augenblicklich wichtig sind, durch übertrieben betonte Balladen um Vergangenes — übersehen, geringgeschätzt, vernachlässigt. Und da Jugend rechthaberisch

ist, und das mit Recht, lehnt sie oft allzu kurzerhand Erfahrungen, die nicht ihre eigenen sind, ab, zugunsten eines kühn umrissenen Kommenden, das sie mit Unverbrauchtem, mit Neuem, mit sich selbst zu erfüllen gedenkt.

Doch um sich eben dieses Vorhaben zu erleichtern, würde die revolutionäre Jugend von heute doch mit Vorteil dort ansetzen, wo die revolutionäre Jugend von gestern jäh vergraste und erlosch.

So, beispielsweise, hängen die beiden Panzerkreuzerbauten unserer Tage vor jeder klaren jungen Vernunft wie ein Irrsinn in der Luft (und möchten zu Putsch und Verzweiflung treiben!), sofern sie nicht auch psychologisch folgerichtig in gerader Linie aus der Flottenmanie Exkaiser Wilhelms begriffen werden, — der seine Zukunft damals bekanntlich auf dem Wasser vermutete, zu dem sie inzwischen geworden ist. Da sieht man: der Irrsinn hat Methode, und die Methode hat Tradition. Denn Wilhelm ist nicht irgendeiner, nicht ein privatisierender abgebauter Kaiser und nicht zu geschlossenen Akten gelegt, nein, Wilhelm ist ein Gattungsbegriff, heute noch, immer noch — ein sturer Plural. Volk und Kaiser hatten sich ja durch lange Friedensjahrzehnte so ineinander „versehen“, daß sie einander zu ähneln begannen, wie der Herr und sein Hund. Wilhelm liebte es, sich herrscheramtlich vor seinem Volke in eitle Szenen zu setzen und das harmlose Volk bezeugte getreulich seine Dankbarkeit für dieses Bemühen, nicht nur, indem es das Theater glaubte, sondern indem es gar wacker selbst mitzuspielen begann, Phrasen zu dreschen, die das deutsche Eigenlob in der ganzen Welt berühmt und berüchtigt machten und einen Wilhelm über den anderen in die Welt zu setzen nicht verabsäumten.

Und unter den Barrikaden der Revolution, die der 9. November feiert, schlüpfte, da das Original selbst entschlüpfte war, schlaue ihrer Tausende durch! Verknappte Wilhelme, Geister von seinem Geiste, die heute noch unter uns weilen, die es sogar verstanden haben, sich im innerpolitischen Orchester der Republik die ersten Geiger zu sichern, der törichtesten Menge die „Revolution“ gleich einem Volksfest, die „Republik“ gleich einem Magentrost belassend. Es entspricht diese heutige allgemeine Situation der 1914 speziell sozialistischen Situation — sie heuchelt. Beide aber haben den deutschen Wilhelm, den Bestechenden, den ganzen sturen Plural dieser Gattung „Wilhelm“ zu ihrem wahren Urheber.

So ist es angebracht, am 9. November in Erinnerung zu versinken . . . , angebracht, sich des Stammvaters der Vielzuvielen zu erinnern, all derer, die heute etwa bestrebt sind, den ernstgemeinten Auftrieb der Revolution völlig zunichte zu machen, indem sie eine Diktatur über die Republik zu schicken trachten, wie sie sich seiner Zeit selbst Wilhelm kaum anmaßte, als er glossierte: „Ich werde Mich in der Praxis nur auf Gott und Mein scharfes Schwert verlassen und — — schieße auf die ganzen Beschlüsse.“ (Und doch möcht' da beinahe einen Hitler der Neid fressen!)

Wenn daher zum 9. November im Luzifer-Verlag, Berlin W., „Wilhelm II., ein Film“ von Dosio Koffler erscheint, so ist die revolutionäre Jugend gebeten, sich nicht wie von „ollen Kamellen“ wegzuwenden. Sie hat zu bedenken: Wilhelm lebt ja de facto noch . . . Während die Russen, soweit sie seiner habhaft wurden, noch den windigsten ihrer unzähligen Fürsten an die Laternen knüpften, um reinen Tisch zu machen, sitzt unser Ex-Monarch im schönen Abend seines Lebens noch immer an unserm . . . reinen Tisch. Republikaner wünschen ihm hin und wieder telegraphisch guten Appetit, und die Zeche haben sie ihm auch schon bezahlt.

Das ist das eine. Das andere zum Tag der Feier der Revolution — „ER“ lebt ja lebendiger noch, als nur lebendig! —, das andere ist in seinen vielen Vertretern dieser ganze Typus, den zwar die Revolution beseitigen zu können sich eingebildet hatte, der aber, wie man nach so viel Jahren erleben muß, immer noch recht aktuell ist.

Es geht in Kofflers kühnem Drehbuch beileibe nicht um das Problem der Monarchie; es geht dem Buche darum, den Nachweis zu erbringen, daß und auf welche Weise unter dem Einfluß Wilhelms II. der Gedanke der sozialen Revolution von den Sozialdemokraten selbst — aufgegeben worden ist.

Und das ist das dritte: die wahre Abrechnung mit IHM und seinesgleichen steht überhaupt noch bevor!

Es geht dem Buche also darum, aufzurufen zur sozialen Revolution etwa mit Worten seines Karl Liebknecht: „Der heutige Zustand ist die Tünche, unter der die bankrotten alten Mächte neuen Atem schöpfen, bis sie eines Tages den roten Anstrich leicht abkratzen“, aber „ob Sie wollen oder nicht, meine Herren, wir werden mit unserer ganzen Kraft die Volksmasse aufpeitschen, damit sie sich . . . endgültig befreit!“  
Else Rützel.

Geschwindigkeit von 300.000 Kilometer in der Sekunde hat, also in einer einzigen Sekunde siebenmal den Weg um den Erdaquator zurücklegt. Tagtäglich beobachten wir fernste Vergangenheit, wenn wir zum Sternenhimmel aufblicken. Wir sehen heute den Polarstern so, wie er in Wirklichkeit vor dreihundert Jahren ausgesehen hat, als er die mit einer Geschwindigkeit von 300.000 Kilometer in der Sekunde zu uns gelangten Lichtstrahlen in den Weltraum aussandte. Wir sehen Fixsterne blinken, von denen die Wissenschaft festgestellt hat, daß viele von ihnen in Wahrheit schon seit Tausenden von Jahren kein Licht mehr aussenden, weil ihre Leuchtkraft erloschen ist. Die Entfernung dieser Fixsterne von uns ist so ungeheuer groß, daß ihr Licht trotz der größten Geschwindigkeit, die überhaupt im Weltraume möglich ist, viele Jahrtausende braucht, um bis zu uns zu gelangen. Und die Explosion einer Sonne im unermesslich weit von der Erde entfernten Andromeda-Nebel, die kürzlich beobachtet wurde, hat sich in Wirklichkeit vor über achttausendtausend Jahren ereignet!

Die Lichtgeschwindigkeit wird nach Einsteins Theorie von keiner andern Geschwindigkeit auch nur im entferntesten erreicht werden können. Gleichwohl hat der Mensch im Flugzeug schon erstaunliche Geschwindigkeiten zu erzielen vermocht. Die kürzlich von den beiden englischen Fliegern Boothman und Stainforth erreichte Fluggeschwindigkeit von 211 Meter in der Sekunde läßt es als sehr wohl denkbar erscheinen, daß der einst auch noch die 79 Meter in der Sekunde betragende Geschwindigkeit der Drehung der Erde um die Sonne erreicht werden wird. Würde das gelingen, so würde unser Tagesgestirn für die Insassen des Flugzeuges stillstehen und nicht mehr untergehen. Unsere Technik arbeitet mit allen Mitteln an der Konstruktion geeigneter Stratosphärenflugzeuge, die gewiß sehr hohe Fahrgeschwindigkeiten erreichen werden, da sie in Höhen von über zwölftausend Meter „verkehren“ sollen und der Reibungswiderstand der Luft in diesen Höhen sehr gering ist. Die „Beherrscher der Lüfte“, die Flieger, können dann vielleicht mit Kaiser Karl V., der als König von Spanien zugleich Herrscher über die südamerikanischen Kolonien Spaniens war, sagen: „In meinem Reiche geht die Sonne nicht unter.“

### Künstlicher Gummi

Dem amerikanischen Gelehrten Jules A. Nieuwand soll es nach längeren Versuchen gelungen sein, künstlichen Gummi herzustellen. Bekanntlich hat Edison jahrelang daran gearbeitet, künstlichen Gummi aus Pflanzenstoffen herzustellen. Nieuwand will nun Gummi auf synthetischem Wege erzeugen und zwar hauptsächlich aus Azetylen und Salzwasser. Eine der größten chemischen Fabriken Amerikas, Dupont, soll bereit sein, die Auswertung der wichtigen Erfindung zu übernehmen.

### Das Vitamin A

Der englische Arzt Dr. Edward Mellanby in Sheffield hat eine neue Methode gefunden, um die gefährliche Blutvergiftung im Kindbett, die sogenannte „puerperale Sepsis“, mit Erfolg zu bekämpfen. Nach der Meinung von Mellanby müsse das Vitamin A der Nahrung der Mütter beigelegt werden. Damit würden alle Formen der Infektion abgewendet. Bei seinen Versuchen, die der Engländer an über 6000 Frauen in seiner Klinik vornahm, wurden die Patientinnen im letzten Monat vor der Geburt mit einer Nahrung versehen, welche sehr viel Vitamin A enthielt. Damit wurden günstige Erfolge erzielt, da man bei zwei Gruppen (Nahrung mit Vitamin A — Nahrung wie gewöhnlich) feststellen konnte, daß bei den vitaminreich Ernährten 1,09 Proz. Zwischenfälle gegenüber 4,73 Proz. bei den vitaminarm Ernährten auftraten. Speisen, welche dieses Vitamin A reich enthalten, sind z. B. Milch, Butter und Eier, welche aber leider zu teuer sind, um sie in großem Maße bei der ärmeren Bevölkerung, bei der die Säuglingssterblichkeit und die Todesfälle im Kindbett besonders häufig auftreten, zur Anwendung zu bringen. — Auch ein Streiflicht zu der heute herrschenden „Ordnung“!

### Proletarische Kampflieder

die für unser Liederbuch geeignet sind, schickt uns sofort ein!

Wir brauchen Text und Melodie (Noten oder Angabe bereits bekannter Melodien).

Nachdruckerlaubnis des Autors muß beiliegen.

Hauptvorstand d. SAP  
Berlin-Tempelhof  
Hohenzollernkorso 67

### Kriegsgericht

Von Dosio Koffler

Wir entnehmen diese Szenen dem oben erwähnten Drehbuch „Wilhelm II.“ von Dosio Koffler.

Offiziere in purpurnen Generalsmanteilen mit blitzenden Orden am Richtertisch. Liebknecht stehend davor. Elektrisches Licht, denn die Fenster sind gegen Licht und Laut von außen dicht verschlossen und verhängt.

Der Ankläger spitz:

„Dieses ungeheuerliche Verbrechen des Landesverrats ist einer ehrlosen Gesinnung entsprungen, ich beantrage daher sechs Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte!“

Er setzt sich.

Liebknecht gegen ihn gewendet:

„Man nennt mich ehrlos, weil ich ein bewußtes Werkzeug des internationalen Sozialismus bin und kein Handlanger der Hohenzollern und Krupp; ich aber nenne den ehrlos, der dem Massentrag Vorschub leistet und seine feigen Streiche gegen mich aus der Deckung der Zensur und im Dunkel geheimer Verhandlung führt und den Sinn meines Kampfes mit dem Gaukelwort „Vaterland“ zu verwirren sucht.“

Der Vorsitzende braust auf:

„Angeklagter, ich werde solche Beleidigungen nicht dulden! Sie haben sich lediglich zum Landesverrat zu äußern.“

Liebknecht höhnisch darauf eingehend:

„Also Landesverrat ist seit je ein Privileg der herrschenden Klassen: die wirklichen Landesverräter sitzen noch nicht auf der Anklagebank, sondern in Industriekontoren, auf Rittergütern, an der Moltkebrücke, in der Wilhelmstraße und auf den Thronen!“

Das Gericht schlägt mit den Säbeln auf den Tisch — aber unbeeindruckt klingt durch das Gerassel die Stimme Liebknechts: „Es sind jene Beutejäger und Vabanquespieler, die in einer Atmosphäre von Lüge und Heuchelei den Schweiß, die Not, den Jammer und das Gebein des Volkes in Gold und Macht münzen, bis diesem infernalischen Treiben die blutenden Massen dereinst ein Ende bereiten.“

Klirrend springt das Gericht von den Sitzen:

„Schluß damit! Das Gericht zieht sich zurück.“

Das Gericht erscheint, nimmt die Plätze ein; der Vorsitzende, erhoben, verliest das Urteil:

„Der Armierungssoldat Karl Liebknecht wird zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus und zum Verlust der Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren verurteilt. Von Rechts wegen!“

Liebknecht greift den letzten Satz auf:

„Von Rechts wegen, denn ihre Ehre ist nicht meine Ehre, und kein General trägt seine Uniform mit soviel Ehre, wie ich meinen Zuchthauskittel tragen werde!“

„Ihre anmaßende Sprache ist umso weniger angebracht, als selbst das Volk, das Sie zu vertreten vorgeben, nur Spott und Verachtung für Sie übrig hat!“

Liebknecht:

„Sie berufen sich gegen mich aufs Volk, warum verstecken Sie sich dann in zehnfach verriegelter Verhandlung? Wagen Sies doch: nehmen Sie dem Volk die Knebel und Handschellen ab, rufen Sie es zusammen und lassen Sie uns vortreten, auf der einen Seite Sie mit Ihrer ganzen Gefolgschaft, mit wem Sie wollen! Auf der andern Seite ich ganz allein. Wo das Volk stehen wird, wenn der Vorhang des Trugs von seinen Augen fällt, bei Ihnen oder bei mir — ich zweifle nicht!“

### Literatur über Sowjet-Russland

Ueber Sowjetrußland ist in den letzten Jahren eine nach Hunderten von Büchern zählende Literatur entstanden. Der Überblick über diese Literatur wird nun wesentlich erleichtert durch ein Verzeichnis der deutschen, englischen und französischen Bücher, Zeitschriften usw. über Sowjetrußland, das bei der Buchhandlung Bukum A.-G. (Hugo Heller & Cie.) Wien I, Bauernmarkt 3, unter dem Titel „Literatur über Sowjetrußland“ soeben erschienen ist.

### Schwalben werden geschmort

Ein Kulturbild aus Italien.

Eine Wiener Zeitung schildert die verschiedenen Methoden, nach denen italienische Vogelfänger die Schwärme der Zugvögel abfangen. Laut offizieller Statistik sind im letzten Jahre in den staatlichen Fangbetrieben — die Erlaubnis kostet jährlich 500 Lire — über 1000 Doppelzentner Singvögel „geerntet“ worden. Professionelle Vogelfänger fangen nicht selten an einem Nachmittag 5000 Tiere. Die Beute wird von Großhändlern aufgekauft und an die Restaurants geliefert. Es widerspricht durchaus nicht der „Kultur“ der „besseren“ italienischen Gesellschaft, Singvögel zu verspeisen. Natürlich wird man so „feine“ Gerichte nicht auf dem Tisch des einfachen Proletariats finden. Aber desto häufiger sind sie auf der Tafel der reichen Schlemmer vertreten. Zu den genießbaren Vögeln zählt dieses elegante Gesindel auch die Schwalben, die man gerne in geschmortem Zustand isst . . .

Angesichts solcher Verhältnisse fragt man sich, wie es jenen Schwalben ergangen sein mag, die nach dem vorzeitigen Kälteeinbruch Ende September in Oesterreich zurückgeblieben waren und von den Tierschutzvereinen bekanntlich per Flugzeug nach dem Süden transportiert wurden. Nur eine Flugzeugladung brachte mehrere tausend Schwalben nach Konstantinopel, wo man sie gestrot in Freiheit setzen konnte. Wie viele von den armen Tierchen aber, die nach Italien gebracht und dort ihrem Schicksal überlassen werden mußten, mögen wohl den italienischen Vogelfängern zum Opfer gefallen sein?

### Die Größe der Welt

Nur zu leicht sind wir Menschen geneigt, den Planeten Erde als den Mittelpunkt des Weltgeschehens zu betrachten. Dabei können wir nicht einmal ahnen, wie unendlich groß die Welt ist. Wir rechnen in der Wissenschaft mit Hundertsteln und Tausendsteln von Sekunden und mit Millionen von Jahren. Das sind Gegensätze, die menschliches Vorstellungsvermögen überschreiten. Schon seit drei Jahrhunderten wissen wir, daß das Licht eine